Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

...kampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei ...stellt 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: ...burger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 22251. Drahtanschrift: Klassenkampf Halle.

...elpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, 13. November 1929 | 9. Jahrgang • Nr. 250

...r unerhörter Korruptionsfall der Gewerkschaftsbürokratie

...0000-Mark-Betrug im DMV. Halle

... Metallarbeiter-Bezirkskassierer Ohme, Halle, bringt falsche Marken in Umlauf — DMV. heißt Sozialfaschisten „Deutscher Militärverein" — Rößler, Drescher und König wußten Bescheid

Fort mit dem korrupten Rößler!

...g mit der Kommissarwirtschaft, folgt der rechtmäßig gewählten Ortsverwaltung!

...er gestrige Veröffentlichung im „Klassenkampf" über den gro...ngsfall im hallischen Metallarbeiter-Verband hat im Lager ...ialfaschisten und auch in den Reihen der Renegaten wie ...mbe eingeschlagen, vorläufig haben sie die Sprache verloren. ...m Fall selbst werden noch weitere Einzelheiten bekannt: ...Stadtbezirkskassierer Ohme, der von Rößler und Konsorten ...n „Musterkassierer" in jeder Generalversammlung, in jeder ...ktionsversammlung hingestellt wurde, hat in einer hallischen ...ckerei für 28 800 Mark Beitragsmarken anfertigen lassen. Und ...t hat dieser Lump, der sich als Kommunistenfresser jederzeit ...ert, eine großzügige Schiebung, ein unerhörtes Betrugs...ver organisiert. In der bereits erwähnten Druckerei hat er ...Anfang d. Js. drei Markenbücher herstellen lassen, wovon jedes ...190 Blatt mit je 64 Beitragsmarken aufwies. Insgesamt be...der Wert der Marken die oben erwähnte Summe von 28 800 ...

...Laufe der Monate ist ein ganz erheblicher Teil von ...en Marken bereits umgesetzt worden. Die Gelder dafür hat Ohme eingestrichen.

...t sich also ganz enorme Nebeneinnahmen zu verschaffen ge...ja man kann sagen, er ist sogar über die Einnahmen der ...ersstandsmitglieder (die mit Reichstagsdiäten 2000 Mark ...tlich ausmachen) hinausgekommen. Es ist daher auch ganz selbst...ndlich, daß Ohme das allerregste Interesse an der Bekämpfung ...revolutionären Gewerkschaftsopposition hatte; er war ja ...nziell an der Politik des Sozialfaschisten Rößler inter...

...ßler machte ihm seine Betrügereien überhaupt erst ...lich durch die Kommissarwirtschaft im DMV., durch ...ewige Nichtbestätigen rechtmäßig gewählter Orts...verwaltungen.

...e hat an die Druckerei, die seine Marken herstellte, die Klischees ...ert und vom Drucker ausdrücklich die Herstellung in der genauen ..., wie sie die richtigen DMV.-Marken haben, verlangt. Der ..., der die Farben nicht aufzuweisen hatte, hat sie erst mit ...Mühe von auswärts beziehen müssen. Auf die Frage des ..., für wen die Marken eigentlich geliefert werden sollen, ...e Abtürzung „D.M.V." hieße, hat Ohme erklärt:

„DMV. heißt: Deutscher Militär-Verein!"

...s Betrugsmanöver wird ihm sehr leicht angekommen sein, ...t D.M.V. durch Rößler von jeher Unteroffiziermethoden an...t worden sind und weil nach dem Willen der Sozialfaschisten ...er Kadavergehorsam in der Organisation herrschen soll.

Wenn nun einer glaubt, daß die Betrügereien erst jetzt durch unsere „Klassenkampf"-Enthüllungen der Rößler—Drescher- und König-Klique bekannt werden, der ist sehr auf dem Holzwege.

Rößler weiß länger als seit vier Wochen, daß Ohme die falschen Marken an den Mann brachte. Er ist selbst mit noch einem Kumpan bei dem Drucker wegen der gelieferten Marken vorstellig geworden. Er hat aber bis heute den Ohme noch nicht seines Amtes als Bezirkskassierer enthoben. Damit beweist er, daß er solche Betrügereien deckt, daß er selbst ein außerordentlich korrumpierter Bursche ist. Ein Bezirksleiter, der auf Sauberkeit in der Organisation hält, darf nicht einen Tag solche Schweinereien decken. Ohme mußte ohne jede Untersuchung aus dem DMV. ausgeschlossen und seine Schandtaten mußten der Mitgliedschaft bekanntgegeben werden.

Aber es kommt noch besser. Nicht nur Rößler, sondern auch die Renegaten Drescher und König wußten von der Geschichte. Sie konnten es mit ihren „proletarischen Auffassungen" vereinbaren, die Mitgliedschaft im Unklaren und den Ohme immer noch von Rößler als „Musterkassierer" bezeichnen zu lassen (!) Beide haben in den letzten Wochen die Einziehung der Verbandsbücher zwecks einer Nachkontrolle angeordnet. Das geschah nur in der Absicht, die Sache stillschweigend aus der Welt zu schaffen, das besudelte Ehrenschild des Ohme wieder blank zu putzen. So verwandt sind diese Abtrünnigen bereits mit den Sozialfaschisten!

Zur besonderen Kennzeichnung des „Falles Ohme" sei noch hervorgehoben, daß der Lump von Rößler ausersehen war, nach Frankfurt als hauptamtlicher Kassierer des D.M.V. zu gehen (!) Er hatte das abgelehnt, weil ihm die Bedingungen in Frankfurt nicht zusagten, weil er in Halle finanziell viel besser weg kam als dort, als besoldeter Kassierer.

Was ist nun zu tun?

1. Die gesamte Metallarbeiter-Mitgliedschaft muß auf den Plan treten und die sofortige Einsetzung einer Untersuchungskommission fordern, die sich aus Mitgliedern der gewählten Ortsverwaltung und aus direkt in den Betrieben zu wählenden Kollegen zusammensetzt.

2. Ein Verfahren wegen Vertuschung und Korruptionsbegünstigung ist sofort gegen Rößler, Drescher, König und alle sonstigen in die Affäre verwickelten Personen einzuleiten. Der Lump Ohme, der sich an Proletariergeldern bereicherte und der dabei noch ehrliche revolutionäre Kollegen bekämpfte, muß ohne Verfahren von der Mitgliedschaft aus dem DMV. ausgeschlossen werden.

In die Gosse mit der korrupten Gewerkschafts- und SPD.-Bürokratie!

3. Die vom Hauptvorstand eingesetzte kommissarische Ortsverwaltung ist sofort abzuberufen. Die Geschäfte sind der in der letzten Generalversammlung gewählten Ortsverwaltung zu übertragen.

So und nicht anders dürfen die Metallarbeiterkollegen handeln. Jeder Betrieb muß zur Lage im D.M.V. Stellung nehmen und vor allen Dingen müssen sich sämtliche Kollegen Klarheit über den Fall Ohme verschaffen, der von Rößler und Konsorten einfach nicht zu trennen ist. Der revolutionäre Bezirks-Betriebsräteausschuß beruft für Freitag, 18,30 Uhr, nach dem großen Volksparksaal eine

öffentliche Versammlung für die hallischen Metallarbeiter

ein, in der Bericht über die geschilderten Vorgänge gegeben wird und in der auch Beschlüsse über die durchzuführenden Maßnahmen gefaßt werden.

Metallarbeiter, erscheint restlos in der Versammlung! Räumt in Eurer Organisation auf! Hinaus mit allem korrumpierten Gesindel aus den D.M.V.! Fort mit dem korrumpierten Rößler!

Wählt Delegierte zum Reichskongreß der Gewerkschaftsopposition!

...ermann Müller kennzeichnet die SPD.-Wahlagitation als Schwindel

Hermann Müller erklärte nach dem offiziellen Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages im Frühjahr 1929 in Magdeburg wörtlich:

„Ich habe nie im Traume erklärt, der Panzerkreuzer wird nicht gebaut. Es ist mir niemals eingefallen, daß der nächste Reichstag die Kinderspeisung wieder einführen wird. So habe ich meine Wähler nicht unterrichtet. Deshalb werden sie auch nicht so enttäuscht sein . . . Wir müssen uns daran gewöhnen —

im Wahlkampf müssen wir selbstverständlich Ziele aufstellen, die wir als Sozialisten wünschen —,

unsern Wählern nicht vorzugaukeln, daß diese sozialistischen Ziele in einer Koalitionsregierung erfüllt werden könnten. . . . das ist doch Illusionspolitik, wenn jemand so weit geht, das den Wählern zu erzählen!"

Wie wir auf der anderen Seite sehen, geht Dr. Hertz so weit!

Dr. Hertz, der junge Mann Hilferdings, gaukelt auch in diesem Wahlkampf den Wählermassen das Blauefte vom Himmel vor. Gestern schreibt er im „Volksblatt".

„Bei den Kommunalwahlen geht es noch viel mehr um die Lebensinteressen jedes einzelnen. Billige und gesunde Wohnungen. Fürsorge für Gebrechliche und Rentner, für Kinder und Kranke, und eine allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen kann sich der Arbeiter nur schaffen, wenn er für eine machtvolle Vertretung seiner Klasse durch die Sozialdemokratie in den Stadtparlamenten sorgt."

Auch zu den Reichstagswahlen 1928 versprach Hertz den Wählern billige Wohnungen, ausreichende Renten, Kinderfürsorge, Verbesserung aller Lebensbedingungen, wenn der Arbeiter für einen machtvollen Einfluß der SPD. sorgt. H. Müller bezeichnet das als Gaukelei, d. h. als Wahlbetrug. Und tatsächlich, es war Wahlbetrug. Was Hertz und Peters, Franken und Bergholz heute wieder den Massen erzählen, ist ebenfalls dicker Schwindel. Darum:

Ihr seid belogen und betrogen von Hermann Müllers Demagogen!
Gebt Antwort dieser Sumpf-Partei: Wählt nur die Listen Nr. 3!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291113-16/fragment/page=0001

Verschwörung Hilferding-Schacht

1,2 Milliarden Steuergeschenke an die Kapitalisten — Erhöhung der Massensteuern
Einführung der Kopfsteuer — Drosselung aller Sozialausgaben

(Eig. Drahtb.) **Berlin, 13. November.**

Die sozialdemokratisch-Koalitionsregierung holt zu einem neuen Schlage gegen die Werktätigen aus. Der Finanzminister der SPD., Rudolf Hilferding, hat mit dem Reichsbankpräsidenten, dem Scharfmacher des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, ein Programm entworfen, durch das die Kapitalsteuern eine Senkung um 1,2 Milliarden Mark, die Verbrauchersteuern aber eine Erhöhung von 400 Millionen bis 500 Millionen Mark erfahren sollen. Zugleich werden die finanziellen Leistungen des Reiches an die Kommunen immer mehr gedrosselt, um jede soziale Ausgabe, die ein Stadtparlament unter kommunistischem Druck etwa beschließen könnte, von vornherein unmöglich zu machen.

Aber Hilferdings tollster Streich, die Perle seines erzreakitonären Aushungerungsprogramms, wird der proletarischen Oeffentlichkeit wohlweislich noch immer verschwiegen. Es wird geplant, ein- für allemal den Gemeinden und Städten das Recht zu nehmen, sich durch Steuern, die das Kapital belasten, Einnahmen zur Erfüllung ihrer dringendsten sozialen Aufgaben im Interesse der Werktätigen zu verschaffen. Statt dessen will Hilferding die reaktionärste Steuer, die es gibt, nämlich die Kopfsteuer, den Gemeinden als Haupteinnahmequelle zuweisen.

Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, jedes proletarische Kind wird durch diese Steuer auf das härteste getroffen, während sie für den Reichen eine Lappalie ist.

Die Sozialdemokraten möchten ihre schamlose Absicht, die Kopfsteuer einzuführen, vor den Wahlen gern verschleiern. Die Arbeiter sind durch die Erfahrungen, die sie mit der SPD. gemacht haben, gewitzigt. Sie werden sich nicht irreführen lassen. Sie werden den Sozialdemokraten und ihren kapitalistischen Auftraggebern am 17. November die erste Quittung für die neuesten Schandtaten geben durch die Wahl der kommunistischen Listen, der Listen 3.

Zollerhöhungen und Steuerreform

(Eig. Meldg.) **Berlin,** 12. November.

Heute vormittag fanden verschiedene Besprechungen zwischen den Vertretern der Regierungsparteien statt, die sich mit den nächsten Aufgaben des Reichstags, also der Durchführung des Young-Planes, beschäftigten. Reichsernährungsminister Dietrich entwickelte sein Programm der Zollerhöhungen, die noch vor Ablauf des Jahres beschlossen werden sollen.

*

Der „Berliner Tageblatt" veröffentlicht in seiner Abendausgabe vom 9. November einen Artikel über „das Hauptmotiv der Steuerreform", der mit beispielloser Offenheit ausspricht was ist:

„Der eigentliche Sinn der bevorstehenden Finanzreform, die unabhängig von der Entlastung des Reichshaushaltes durch Fortfall eines Teiles der Reparationen aber an dieses Wachstum anknüpfend, einen Umbau des Steuersystems herbeiführen soll, ist die steuerliche Entlastung der Unternehmungen, die Erleichterung der Steuerbürde für die mittleren und größeren Einkommen und Vermögen. Ueber das Ziel ist man sich dabei im Wesentlichen einig bis in die Reihen der Sozialdemokratie hinein."

Offener kann man kaum sprechen: Ueber die Erleichterungen des Young-Planes hinaus sollen — was natürlich nur durch Erhöhung der Massensteuern möglich ist — die Besitzenden entlastet werden. Alle bürgerlichen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, sind sich in dieser Politik einig. Der Artikel bezeichnet in seiner Ueberschrift selbst diese Einstellung als „vielleicht nicht gerecht, aber notwendig".

200 000 unterstützte Erwerbslose mehr als im vergangenen Jahre

(Eig. Ber.) **Berlin, 13. November.**

Nach amtlichen Erklärungen ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung in der zweiten Oktoberhälfte von 784 000 auf 889 000, also um rund 105 000 (12 000 Frauen und 93 000 Männer) oder 13,5 Prozent gestiegen. Die Gesamtzahl der in der Arbeitslosenversicherung unterstützten Erwerbslosen ist zurzeit um 200 000 höher als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Dazu kommen noch die Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge, deren Zahl in der zweiten Oktoberhälfte von 165 000 auf 172 000, also rund 7000 oder 4 Prozent gestiegen ist.

Der erhöhten Erwerbslosigkeit, der erhöhten Not hat die Sozialdemokratische Partei im Verein mit ihren kapitalistischen Auftraggebern nichts anderes entgegenzusetzen vermocht, als einen Abbau der Erwerbslosenunterstützung, einen schamlosen Unterstützungsraub. Die in den Betrieben stehenden Arbeiter und die Erwerbslosen müssen gemeinsam den Kampf gegen die verschärfte Ausbeutung, gegen den Unterstützungsraub aufnehmen. Am 17. November müssen sie Kommunisten wählen.

Der Schlichter gegen die Schuhar

(Eig. Bericht) **Berlin,** den 12. N

Der Reichsarbeitsminister Wissell hat den kürzl tretenden Schlichter für Bayern, **Böhm** in Nürnberg, derschlichter im Lohnstreit der deutschen Schuhindu **Die Verhandlung im Reichsarbeitsministerium** ist auf vember, einen Tag nach der Stadtverordnetenwahl ansa **worden. Durch die Abwürgungsaktion** des Schlichters **Ergebnis der Wahl für die SPD.** nicht ungünstig **werden.**

Die Schuharbeiter müssen jedem Abwürgungsversuch die Durchsetzung ihrer Forderungen erkämpfen.

Verschlechterung der Krankenversicher

(Eig. Meldg.) **Berlin,** 12. N

Gestern vormittag fand im Reichsarbeitsministerium ein ferenz statt über die Verschlechterungen der Leistungen versicherungsanstalten. Vertreten waren auf der Konf sozialen Ministerien der Länder, Vertreter der Krankenk nehmer, Gewerkschaften und der Krankenkassen. Sofort Wahlen am 17. November sollen diese „Reformen" beg durchgeführt werden.

In der Nacht zum Dienstag kam es in Berlin zu Zu stößen zwischen Arbeitern und Hitlerbanditen. Ein Arbeiter durch Messerstiche verletzt. Hitlerleute überfielen in Wed SPD.-Versammlung und eröffneten ein Bombardement glässern und Stuhlbeinen.

Der Bischof von Hildesheim verklagt den Braunschw Staat, weil das Geschichtslehrbuch in den braunschw Schulen materialistisch und atheistisch sein soll, obgleich Lob sicher nicht verdient.

Republikanische Hofnachricht: Frau Zoubkoff, die Schwe helms II., ist gestorben.

Neue Massenentlassungen in Leuna

Im letzten sozialdemokratischen „Leuna-Coco" wird ein Bericht der Werksleitung von der letzten Betriebsratssitzung wiedergegeben, wonach die Entlassungen aufgehört haben sollen. Bezeichnend ist, daß die Reformisten die Zahlen, die der Werksvertreter angegeben hat, verschweigen und

nur von 1600 Entlassungen schreiben, obwohl sie genau wissen, daß es in Wirklichkeit 4000 sind.

Wie wenig die Werksleitung sich an ihre Versprechungen hält, zeigt die Tatsache, daß seit einigen Tagen die Entlassungen weiter fortgeführt werden. Diesmal handelt es sich in erster Linie um die entfernt wohnenden Arbeiter. Bei der Bauperiode im Jahre 1926 hat die Werkleitung diese Arbeiter aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands unter den schönsten Versprechungen herangelockt, und sogar noch eine Entfernungszulage, berechnet nach Kilometern, gezahlt.

Jetzt bei der neuen Rationalisierungswelle sind diese Arbeiter zu teuer und müssen entweder in teure Werkwohnungen ziehen, die ein Arbeiter nicht bezahlen kann, oder ihre Papiere in Empfang nehmen.

Auch diese Entlassungen werden mit Arbeitsmangel begründet. In Wirklichkeit handelt es sich wieder um eine allgemeine Sparmaßnahme der Werkleitung. Die Jahresbestellungen, die seither von den Meistern ausgeführt wurden, müssen jetzt unterbleiben und nur die Betriebsleiter dürfen solche Bestellungen aufgeben. Diese aber haben wieder Anweisung, nur das allernotwendigste machen zu lassen.

Die Säuberungsaktion ist jedenfalls noch nicht ge geführt, denn auch bei diesen Entlassungen treten bie denzen auf wie bei den früheren Massenentlassungen.

Die Sparmaßnahmen der Werkleitung gehen sogar so weit, die Bleiröter, die eine besonders gesundheitsschädigende haben, und als Handwerker bezahlt werden, zum Teil in andere Betriebe versetzt werden sollen, wo sie für den Lohn Reisenden lernten Arbeiters, also für 20 Pfg. pro Stunde arbeiten sollen. Auch bei den Angestellten sind Reisenentlassungen vorgesehen.

Leuna-Arbeiter, wehrt Euch endlich gegen diese neue kapitalistische Rationalisierungswelle! Die Millionengewinne der Leuna-Aktionäre sind ihnen immer noch nicht genug und aus Euren Knochen, aus Eurem Schweiß soll noch mehr herausgeschunden werden. Nehmt Euch ein Beispiel an den Arbeitern der Bayrischen Stickstoffwerke Piesteritz, sammelt Euch zum Kampf

für den Siebenstundentag bei Lohnausgleich,
für die 48-Stunden-Woche in den kontinuierlichen Betrieben
Einsetzung einer Reserveschicht,
für 20 Pfg. Lohnerhöhung pro Stunde!

Heinz Sander gemaßregelt

Gestern erhielt unser Genosse Heinz Sander eine Entlassungsurkunde zugestellt, nach der er seines Amtes als Betriebsrat weiterrat enthoben ist. Das Dokument ist unterzeichnet von Dachrodt, jenem Merseburger Amtsgerichtsrat, der das Urteil auch gegen die Genossen Schmitt und Lehmann gefällt hat. Dachrodt hat erneut bewiesen, daß er der Amtsgerichtsrat der Leuna-Könige ist. Die Gründe der Amtsentsetzung gegen den Genossen Sander angeführt werden, sind an den Haaren herbeigezogen. Wir kommen darauf noch zurück.

Weiterführung des nordwestböhmischen Bergarbeiterstreiks

(Inprekorr.) **Prag,** 12. Novem

Am 10. November fand in Brüx die 4. Revierkonferenz der westböhmischen Bergarbeiter statt. Die Konferenz, auf Delegierte aus 42 Schächten anwesend waren, stellte fest, Bedingungen für die Weiterführung und Steigerung des kampfes vorhanden sind. Die Kampfstimmung unter den Sch ist im Steigen begriffen; sie erfaßt auch jene Schichten, im sozialfaschistischen Lager stehen. Auf einigen Gruben bereits die Frage gestellt, die sozialfaschistischen Funktionäre verjagen.

Es wurde beschlossen, alle Kräfte zur Verbreiterung des auf das ganze Revier zu mobilisieren.

Kommunistische Erfolge in Niederösterreich

(Inprekorr.) **Wien,** 12. Novem

Bei den am Sonntag im Bundeslande Niederösterreich nommenen Gemeinderatswahlen erlitten die Sozialdemokrat einer Reihe von Industrieorten ziemlich starke Einbußen, sie andererseits in ländlichen Gebieten, in denen sie ganz Male kandidierten, gewisse Gewinne erzielten.

Die KP. hatte in 19 größeren Industrieorten kandidiert Stimmenzahl gegenüber den letzten Nationalratswahlen im 1927 um ungefähr 15 Prozent erhöht. Sie hat in mehreren dustrieorten, wie Brunn am Gebirge, Traiskirchen, Wiener Neustadt, Wiener Neudorf, Mödling, Ternitz, Wiener Neu neue Mandate erobert. In dem südlich von Wien gelegenen Industrieorte Atzgersdorf steigerte sie ihre Mandatszahl von 4, doch wurden dort ihre Stimmen von den Sozialdemokraten Wahlbehörde unter nichtigen Vorwänden für ungültig erklärt.

... und bei den Gemeindewahlen in USA

(Inprekorr.) **Neuyork,** 12. Novem

Bei den Gemeindewahlen hat die Kommunistische Partei in Neuyork 6050 Stimmen erhalten, was im Vergleich zu den letzten Wahlen im Jahre 1925 einen Zuwachs von 100 Prozent bedeutet. Die größte Stimmenanzahl erhielt der Neger-Genosse Ford. Die Kampagne der Partei litt unter den Verfolgungen der Polizei. Die für die Kommunisten abgegebenen Stimmen wurden für ungültig erklärt.

In San Franzisco wurden 6000 Stimmen für die Kommunisten abgegeben. Auch hier ist ein hundertprozentiger Zuwachs zu verzeichnen.

Der norwegische Gesandte in Moskau hat im Volkskommissariat für Auswärtiges eine Mitteilung der englischen Regierung über den Beschluß des Parlaments, die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion betreffend, überreicht. Inzwischen ist auch der britische Botschafter für Moskau eingetroffen **worden. Es ist Sir Ronald Lindsay.**

Massensturm gegen Presseverbot

Das Hamburger Proletariat demonstriert gegen das Verbot der „Volkszeitung"

(Eig. Drahtber.) **Hamburg,** 12. November.

Das Verbot der „Hamburger Volkszeitung" auf Grund des Diktaturparagraphen 48 hat einen Sturm des Protestes in den Hamburger Betrieben ausgelöst. Ueberall gehen die Betriebe dazu über, selbständig Betriebszeitungen herauszugeben, die von den Belegschaften mit riesiger Begeisterung aufgenommen werden. Der sozialdemokratische Polizeisenator Schönfelder hat auch die vom Landtagsabgeordneten Genossen Grube herausgegebene Wahlzeitung der KPD. für Hamburg verboten. Damit ist der Kommunistischen Partei jede legale Pressegitation für die Wahlen unmöglich gemacht.

Am 11. November wurde nach langen Verhandlungen im Hafenkrankenhaus die Leiche des von den Polizeibestien Schönfelders ermordeten Jugendgenossen Schröder zur Besichtigung freigegeben. Eine Ehrenwache aus Jungkommunisten und Kameraden der Antifaschistischen Jungen Garden flankierte den Sarg. In endlosen Zügen defilierten die Delegationen am offenen Sarge vorbei. Auch hier ging die Polizei zu neuen Provokationen über. Der Kommandeur des im Hafenkrankenhaus stationierten Ueberfallkommandos drohte sogar der wartenden Menge die Besichtigung zu sperren. Auf dem Rückweg wurden erneut 2 Arbeiter auf offener Straße verhaftet.

Trotz dieses Terrors gestaltete sich am 12. November die Beerdigung des Genossen Schröder zu einem machtvollen Aufmarsch der Hamburger Arbeiterschaft. Vor Tausenden von Arbeitern, die vor dem Krematorium versammelt waren, sprach Genosse Grube. Mit dem Schwur, das vergossene Blut des Toten zu rächen und mit einem aus tausend Kehlen schallenden Rot Front nahm die Hamburger Arbeiterschaft Abschied von dem toten Kämpfer.

In eiserner Geschlossenheit und Disziplin, die die immer wiederholten Provokationen der auf 9 Lastautos erschienen Schönfelder Polizei zurückwies, zog dann die Demonstration bis zum Winterhuter Marktplatz.

Lampels Teilgeständnis

(Eig. Bricht.) **Berlin,** 12. November.

Peter Martin Lampel hat bei seiner Vernehmung zugegeben, daß er bei der Ermordung des Angehörigen des Bundes Oberland, Fritz Köhler, zugegen gewesen ist. Er bestreitet aber jede aktive Mitwirkung. Er und der gleichfalls verhaftete Schweninger belasten einen gewissen Ulrich von Bollwitz, der sich bereits in Haft befindet.

Die „Rote Fahne" schreibt zu den Ergebnissen der bisherigen Untersuchung gegen Lampel, daß nach Lampels ganzer Vergangenheit und seiner in der letzten Zeit wieder erneut zutage getretenen, außerordentlich schwankenden politischen Haltung seine Teilnahme an einem Fememord durchaus nicht erstaunlich sei. Sie habe sich bei der Beurteilung seiner Stücke jeder Aeußerung über seinen Charakter bewußt enthalten. Andererseits verweist die „Rote Fahne" darauf, daß solche Fememörder, wie der Oberleutnant Schulz, der sogar zum Tode verurteilt war, frei herumpazieren. Die Weigerung der Behörden, Lampel gegen Kaution auf freien Fuß zu lassen, sei durch seine zeitweilige politische Linksentwicklung zu erklären.

Der von Lampel als Täter bezeichnete von Wollwitz hat bei seiner Vernehmung Aeußerungen getan, die darauf schließen lassen, daß tatsächlich er der eigentliche Mörder ist und die anderen nur als der Beihilfe verdächtig erscheinen.

Bombenattentäter aus der Haft entlassen

(Eig. Drahtmeldg.) **Hamburg,** 13. November.

Wie aus Altona gemeldet wird, ist der in der Bombenangelegenheit angeschuldigte Werner Brandt aus Altona-Großflottbek aus der Haft entlassen worden, „da keine Verdunkelungsgefahr vorliegt".

Kommentar überflüssig!

Rote Straßenkundgebungen in Wien

(Eig. Drahtbericht) **Wien, 13. November.**

Die Kommunistische Partei veranstaltete trotz Verbots heute aus Anlaß des Staatsfeiertages revolutionäre Straßenkundgebungen. In der Nähe des Freiheitsplatzes, wo der sozialdemokratische Demonstrationszug vorbeimarschierte, wurden fliegende Kundgebungen veranstaltet, in denen mehrere Redner sprachen.

In Graz veranstaltete die Kommunistische Partei gestern nachmittag und abend gegen die ankommenden Heimwehren große Kundgebungen. Polizisten, die zu Fuß und mit Motorrädern den Zug des Heimatschutzes begleiteten, hatten vergeblich versucht, die Demonstration abzudrängen. Dies gelang erst, als Militärabteilungen eingesetzt wurden. Viele Genossen wurden verhaftet. Ein Genosse wurde wegen Hochverrats ins Landesgefängnis eingeliefert.

Zusammenstöße in Graz

(Eig. Drahtbericht) **Wien, 12. November.**

Aus Graz wird gemeldet: Heute nachmittag kam es zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen Faschisten und Arbeitern. Zwei Arbeiter wurden ernstlich verletzt. Am Vormittag verliefen die Republikfeier der Sozialdemokraten sowie die Wimpelweihe der Faschisten ohne Zwischenfälle. Die Faschisten waren durch Drahtverhaue, spanische Reiter sowie durch Polizei- und Gendarmeriekordons vor den Arbeitern geschützt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291113-16/fragment/page=0002

Auf die Verleumder im EVWZ.!

Das vergessene Programm

Paul Levi gegen Albert Bergholz — Bergholz für Scharfenberg — Ein schmutziges Flugblatt — Wir enthüllen weiter — Es geht um Euren Geldbeutel — Rechnet ab

Bei einer Wahlkundgebung in Berlin versucht der sozialdemokratische Innenminister die Korruption in seiner kapitalistischen Republik mit folgender Tirade zu beschönigen:

„In den alten Stadtparlamenten zur Zeit des Kaiserreiches sind viel schlimmere Korruptionsfälle begangen, als sie heute zur Zeit leider in Erscheinung treten. Es war früher politisch, das eine Aufdeckung verhinderte."

Unser Herrn Minister scheint die Logik verrutscht und die Dialektik dem Leim gegangen zu sein. Die Korruption des Kaiserreiches wie als Pflaster für die Korruptionswunden der SPD. Die rücksichtslose Verteidigung des Besitzes durch die herrschenden Klassen zieht selbstverständlich Korruptionserscheinungen nach sich. Diese Binsenwahrheit hat jeder klassenbewußte Arbeiter erfaßt. Den sozialdemokratischen Ministern ist sie abgekommen.

Wir uns von der rechten Sonnenseite der SPD. dorthin, wo links im Schatten der Parteileitung die Hoffnung der Kommunisten glimmt, die Zörgiebel und Rosa Luxemburg nennen können. Wie denkt man schlecht in einem Atemzuge nennen können. Wie denkt Zörgiebel, der Prominente der „Linken", über die öffentliche Meinung? Da Freund Scharfenberg sich aus wahltechnischen Gründen (die „Linken" SPD. zählt (die „Linken" verteilen in Zeitungen die Kommunalposten!), dürfte auch ihn die Meinung Paul Levi's interessieren.

Zu den „links"-sozialdemokratischen „Klassenkampf" (1929) schrieb Paul Levi die öffentliche Wirtschaft unter den heutigen demokratisch-republikanischen Verhältnissen:

„Generalsturm gegen die öffentliche Wirtschaft hat begonnen — Geld, das sich Kommunen leihen, ist heute nicht — sondern ihr teurer als Geld für Privatunternehmer. — Die Kommunen müssen sich — durch Umschichtung ihrer Werte — eine vernünftige eigene Kapitalbasis für ihre wirtschaftlichen Unternehmungen schaffen. — Dazu kommt ein zweiter Fehler, der jedem privaten Unternehmer unfehlbar den Hals bricht. Man kann nicht langfristige Investitionen vornehmen aus kurzfristig geliehenen Geldern. Es kommt mit mathematischer Sicherheit der Tag, wo jedes solche Gebäude, ob öffentlich oder privat, zusammenbrechen muß. — Das sind gewaltige Grundsätze, die eisern festgehalten werden müssen und die bereits denen, die über die Kommunalwirtschaft befinden, noch nicht genügend in Fleisch und Blut übergegangen sind. Daneben stehen Gesichtspunkte: strengere Rationalisierung, stärkere Berücksichtigung der Leidenden mit persönlicher Verantwortung: die übliche Gemeindemelei — komm ich nicht heut, so komm ich morgen — ist in der öffentlicher Wirtschaft oder Sozialismus nichts zu tun, in Rußland kam man dazu, die persönliche Verantwortung bis zum Erschießen zu steigern bis zur Haftung mit dem Kopf.

Wer freier man alle diese Mängel feststellt und zu beheben sucht, um so besser ist es um die öffentliche Wirtschaft bestellt, und um so entschiedener können wir den Angriffen der privaten Wirtschaft entgegentreten.

Die Mängel der öffentlichen Wirtschaft sind große Mißstände zutage gefördert, aber sie haben ihr Korrektiv in der Wachsamkeit der Oeffentlichkeit, der Furcht vor dem Skandal."

Deutlich behauptet Paul Scharfenberg nicht, sein Parteibuch zu wenig Elektriker, um seine Wirtschaftsansichten auf Richtigkeit zu prüfen. Persönlich hat er allen Grund dazu.

Paul Levis Ansicht hat nämlich der kommunistische „Klassenkampf" das Verdienst, die Mißstände des EVWZ. festgestellt, die Wachsamkeit der Oeffentlichkeit und damit die entschiedenste Abwehr der Angriffe des Privatkapitals eingeleitet zu haben.

Welche Konsequenzen zieht Scharfenberg aus seiner Blöße? Welche Konsequenzen zieht der SPD.-Unterbezirksvorstand aus allem? Er verteidigt in einem müßten Flugblatt Scharfenberg durch eine blöde Schimpfkanonade auf uns Kommunisten. Auch zu dieser Schurkerei gibt Albert Bergholz seinen Namen her. Ungewollt kennzeichnet auch er damit den Scharfenberg als das auserkorene System der SPD.

Je eher Herr Scharfenberg pensioniert wird, desto besser für die Einwohner der Kreise Weißenfels und Zeitz und für die Stromabnehmer des EVWZ. Sie sparen Geld dabei und erhalten den Kreisen ein produktives und rentables Unternehmen.

Falls Herr Scharfenberg nicht freiwillig geht, muß er dazu gezwungen werden.

Ueber die Verbandsangelegenheiten muß in Zukunft mehrmals jährlich in öffentlicher Sitzung des Verbandsausschusses Rechenschaft abgelegt werden. Die Einwohner der Kreise und die Stromabnehmer haben ein Recht darauf, zu wissen, was mit ihren Groschen geschieht. Es liegt in der Hand der Wähler, dafür zu sorgen, daß möglichst viele kommunistische Vertreter in den Verbandsausschuß entsandt werden. Der Verbandsausschuß hat die gesetzliche Handhabe, das Verbandsstatut des EVWZ. zu ändern. Herr Scharfenberg und seine Schrittmacher ließen das Statut zur Erweiterung ihrer Rechte mehrmals ändern. Die Jahresbilanz des EVWZ. ist zu veröffentlichen.

Es ist der reine Hohn, daß der Geschäftsbetrieb des EVWZ., eines öffentlichen Unternehmens, geheimgehalten wird wie der Chiffer-Schlüssel, den die Reichswehr bei der Niederwerfung des „inneren Feindes" benutzen wird.

Bauprojekte des EVWZ., die eine größere finanzielle Beanspruchung der Verbandsmittel bedingen, sind durch entsprechende Behandlung der öffentlichen Kritik zugänglich zu machen. Es ist kein Zeichen gewissenhafter und verantwortungsbewußter Kalkulation, wenn der Umbau des Ortsnetzes Teuchern den Kostenanschlag um ein vielfaches überschreitet. Er erscheint deshalb in der Bilanz unter „angefangene Bauten". Ebenda befindet sich die Betriebstelephonanlage, die unter „eingestellte Bauten" gehört. Vor allem ist durch den Verbandsausschuß unter Zuziehung kompetenter Techniker ein mehrjähriger Wirtschaftsplan aufzustellen, der der finanziellen Lage des Verbandes entspricht. Da der EVWZ. ein Monopolunternehmen ist, kann mit einem regelmäßigen Eingang der Gelder gerechnet werden. Da der Stromlieferungsvertrag auch bis 1942 festliegt, dürfte es für verantwortungsbewußte Arbeiter, die mit durchschnittlicher Intelligenz begabt sind, verhältnismäßig einfach sein, Ordnung in die Finanzen des EVWZ. zu bringen. Für den EVWZ. läßt sich — ohne Umschichtung der Vermögenswerte —

eine vernünftige eigene Kapitalbasis schaffen, die es in absehbarer Zeit ermöglicht, die Tarife zum Nutzen der Einwohnerschaft zu senken und dadurch den Elektrizitätsverbrauch in Landwirtschaft, Gewerbe und Haushalt zu erweitern.

Wir sind noch weit von dem Zeitpunkt entfernt, daß der Reklamespruch: „Elektrizität in jedem Gerät" auch für gewöhnliche Sterbliche greifbare Formen annimmt. Im Haushalt des Herrn Scharfenberg ist er allerdings bereits restlos Tatsache geworden. Sobald der elektrische Federhalter erfunden ist, werden auch die Eintragungen in sein berühmtes „Goldenes Gästebuch" auf elektrischem Wege vorgenommen. Albert Bergholz freut sich schon darauf.

Aus den zahlreichen Zuschriften ist bereits jetzt ersichtlich, daß auch die Betriebsführung des EVWZ. einer durchgreifenden Reorganisation bedarf. Wir werden nach Durchsicht des umfangreichen Materials auf die Betriebsführung zurückkommen.

Jetzt zurück zur Preag. Wenn die Preag für den EVWZ. rund 6 000 000 RM. bietet, dann wird der Verband bestimmt mehr wert sein. Der zukünftige Verwaltungsdirektor der Preag, Herr Scharfenberg, wird schon dafür sorgen, daß der Verbandsvorsteher, Herr Scharfenberg, also letzten Endes die Steuerabnehmer der Kreise, keine zu großen Ansprüche stellen. Denn nach dem Verkauf ist der EVWZ. tot, dann lebt nur noch die Preag. Von Toten ist aber nichts mehr zu erben. Auf jeden Fall getraut die Preag sich, aus dem EVWZ. eine 6 000 000 RM. entsprechende Rente herauszuwirtschaften. Was die Preag kann, sollte der kommunale Verbandsausschuß eigentlich auch können. 1925 holte die Esag aus dem EVWZ. bei 40 Prozent Beteiligung (!) rund 200 000 RM. heraus.

Herr Scharfenberg bezog damals ein Jahresgehalt von rund 4800 RM. Heute bezieht Herr Scharfenberg einschließlich Dienstaufwandsentschädigung 14 280 RM. und der Reingewinn beträgt bei 100 Prozent Beteiligung 9000 RM. Kommentar überflüssig.

Anfang 1926 gab der Elektrizitätsverband Weißenfels-Zeitz folgende Ansicht in der Presse der Oeffentlichkeit preis:

„Wir wollen uns freudig und gern dem Großen und Ganzen einordnen, wenn an der Spitze Männer stehen, die ihre Aufgabe lediglich darin erblicken, alle unsauberen Machenschaften in der Verwaltung restlos zu unterdrücken und eine Preispolitik zu treiben, die ohne Rücksicht auf Dividende die Preise für die Abnehmer des Stromes bis an die Grenze des Möglichen herabdrückt, wie es die Lage unserer schwerringenden Wirtschaft gebieterisch fordert."

Die Wahrheit über den EVWZ.

In einer Schlammflut von Lügen versucht die SPD., besonders in einem sicherlich vom Verbandsdirektor Scharfenberg bezahlten Flugblatt, versteckt hinter der Immunität des Busenfreundes von Scharfenberg, des Reichstagsabgeordneten Bergholz, unsere Enthüllungen über den sozialdemokratischen Sumpf von Korruption und Unfähigkeit im EVWZ. zu ersticken. Wir treten den Wahrheitsbeweis für unsere Behauptung öffentlich und persönlich an und erklären, daß

1. Genosse Max Lademann auf seine Immunität als Landtagsabgeordneter freiwillig verzichtet und der Ladung eines Gerichts zur Verhandlung über unsere Enthüllungen über den EVWZ. folgen wird.

Wir sind neugierig, ob nun auch Paul Franken in dem Prozeß der Redaktion „Klassenkampf" gegen ihn auf seine Immunität verzichtet. Dort soll er ja den Wahrheits für seine Verleumdung, in der Redaktion des „Klassenkampf" arbeiteten Weißgardisten und Genosse Lademann sei Baltikumer, antreten. Er wird diesen Wahrheitsbeweis nicht führen können, aber wir werden

2. in der zu

Sonnabend, den 16. November

nach dem „Blauen Stern", Theißen, einberufenen öffentlichen Einwohnerversammlung

den nicht durch Immunität geschützten Redakteur Genossen Alfred Grade über das Thema:

Die Wahrheit über den EVWZ.!

Wer ist für die Entkommunalisierung der Werke?

sprechen lassen. Wir fordern Herrn Scharfenberg öffentlich auf, in der Versammlung den Gegenbeweis anzutreten und den Versuch zu unternehmen, die Behauptungen in seinem Bergholz-Flugblatt zu beweisen. Eine Stunde Redezeit wird ihm garantiert.

Herr Scharfenberg, Mensch hast Du Dir verändert! Dasselbe wollen wir ja heute noch und deshalb wählen wir am 17. November nicht mehr Dich, sondern Liste 3, die Liste der Kommunisten!

Aufheben! **Fortsetzung folgt!**

Eine Nachricht, nach der auf Mussolini vor Monatsfrist in der Nähe von Ostia ein Anschlag verübt worden sein soll, wird vom „Giornale d' Italia" dementiert.

Schutzbündler, die von einer Feier aus Mariazell nach Wien zurückkehrten, erlitten einen Autounfall, bei dem eine Person getötet und mehrere zum Teil schwer verletzt wurden.

Vier Führer der Rikscha-Gewerkschaft sind von den chinesischen Militärbehörden hingerichtet worden. Sechsundzwanzig andere angesehene Gewerkschaftsführer sind im Militärgefängnis eingekerkert.

---

6. Bleisch / L. Panteleyew

Die Republik der Strolche

Copyright by Verlag der Jugendinternationale, Berlin 1929)

Prahlte jeder mit seinem Mädchen prahlen, und keiner blieb den anderen zurück. Eines Tages veranstaltete man eine Revue der „Damen des Herzens". Im Bezirkskino gab man am Montag Jugendvorstellungen; man beschloß dort ein Jugendfest für den ganzen Bezirk zu veranstalten.

Das Kino gehörte ein Garten; es sollte deshalb ein Gartenfest sein.

Es war schon von langer Hand vorbereitet. Endlich gab die Schulen den genauen Tag bekannt. Es versprach großartig zu werden. In der Schtid entstand große Aufregung. Die verschiedenen verabredeten natürlich, sich im Garten zu treffen, und trennten sich mit großem Eifer vor.

Es kam der ersehnte Tag, der ziemlich gewöhnlich anfing, aber es weniger Stunden.

Die Jungen bekamen ihre Feiertagskleidung. Sie mußten sich sehr sorgfältig waschen. Dann wurden sie paarweise aufgestellt und in den Garten geführt.

Die Schtid ankam, geriet sie in den Hauptstrom der Gäste, aber sie drohte sich aufzulösen, aber Vitnikiors Befehl lautete, sich zu halten. Sofort bildete die Jungen beisammen zu halten", und die Chaliasten hielten ihn strikt.

Es wurde mit einer der üblichen Kinovorstellung eingeleitet, dann gab es ein langes Schauspiel, dann ein komisches Ende. Nach Schluß der Vorstellung stellten die Jungen fest, daß die „Liebhaber" verschwunden waren. Bald aber entdeckte man sie im Garten.

Sie waren zusammen mit seiner Freundin und schaute stolz die Jungen an. Die Jungen suchten festzustellen, wessen Mädchen sie war, und Dschapadise schoß den Vogel ab. Er hatte ein prächtiges Mädchen zugelegt, daß die Schtid ganz weg war vor Bewunderung.

„Es lah ich mir gefallen!"

„Entschuldigt, Signorita Margarita!"

Die riesengroße, blonde Mädchen mit der Stirnlocke schien mit dem pechschwarzen Kavalier sehr zufrieden zu sein und sah nicht mehr von seiner Hinterlist. Die führte sie abseits und schiedene Eine lächelte fortwährend, und die blauen Augen glänzten sehr hell.

Die schönste aller Schtider Freundinnen, und bezaubert von Schönheit, ärgerte sich Jankel über seine Dame, das sie kleine Mädchen, das unaufhörlich Sonnenblumenkerne in einem Taschentuch in der Hand trug.

„Ne richtige Landpomeranze!" wütete Tschornych. Er spürte deutlich die höhnischen Blicke der Kameraden. Er hielt das nicht mehr länger aus und zog sie gewaltsam hinter die Bäume. Erst dort atmete er erleichtert auf. Aber das Mädchen wollte gerade dorthin, wo es lustig war. Sie lächelte kokett, so daß ihr Gesicht einem Pfannkuchen zum Verwechseln ähnlich sah, und sagte, die Worte launisch dehnend:

„Was haben wir hier zu suchen, Grischanka? Gehn wir zurück. Bald wird getanzt."

„Grischanka" knirschte mit den Zähnen, faßte gewaltsam Mut und sagte plötzlich:

„Weißt Du, was Liebe ... hm ... geh doch ... ich bleib noch ein bißchen hier. ich komme dann nach ..."

„Nein, Du willst weglaufen, ich laß Dich nicht", sagte die Verkäuferin sich zierend und drückte sich an den unglücklichen Jankel. Er suchte sie zurückzuhalten, aber sie lachte bloß und umfaßte ihn noch fester. Das brachte seine Wut ganz zum Ueberlaufen. Er riß sich energisch los und rief voller Verzweiflung:

„Geh zum Teufel, dumme Gans! Laß mich in Ruh!"

Das Mädchen schrie vor Ueberraschung auf, und Hals über Kopf stürmte Jankel davon. Er flehte die Jungen an, ihn vor seiner Geliebten, deren Verfolgung er fürchtete, zu schützen.

Bald begann im Garten der Tanz. Weich krochen die Walzertöne über den Tanzplatz, und die Paare fingen an, sich zu drehen. Das Beispiel steckte an. Es veranlaßte auch die übrigen Schtider, sich Damen anzuschaffen, so daß es nach dem Fest zwanzig neue „Verliebte" gab.

Die „Verliebten" waren leicht zu erkennen. Sie waren sehr zahm, trieben niemals Unfug, kamen alle in die erste oder zweite Kategorie und legten eine auffallende Sauberkeit an den Tag.

Gewöhnlich war es eine schwierige Sache, sie dazu zu bringen, daß sie sich wuschen. Jetzt machten sie das ganz von selber, sehr lange und sehr sorgfältig. Die Scheitel in der Schtid wurden peinlich gerade. Man kämmte sie alle Augenblicke und mit großer Sorgfalt.

Genau so sauber war man in der Kleidung. Die Schtid war verliebt.

Das ging nicht ohne tragische Fälle ab. Biber wurde eines Tages wegen seiner Freundin verprügelt; sie hatte vor ihm bereits einen Verehrer gehabt, einen eifersüchtigen und kräftigen Burschen. Der meldete sich jetzt, und Biber hatte das Pech, seine Bekanntschaft am Obwodny-Kanal zu machen.

Darnach ging Biber eine ganze Woche lang nicht auf die Straße. Er bekam Verfolgungswahn. Auch Zigeuner hatte viel auszustehen. Sein Mädel ging gerne ins Kino, er hatte aber kein Geld, und nun mußte er ihr immer wieder klarzumachen suchen, daß das Kino etwas Verächtliches und Abscheuliches sei.

Auch Die mußte für seine Liebe zahlen. Um der Geliebten willen verkaufte er auf dem Markt seinen einzigen Schatz, ein Reißzeug. Mit dem Erlös verschaffte er drei Tage lang seiner hübschen, blauäugigen Freundin aus dem Jugendheim Zerstreuung.

Tag für Tag, unmerklich schnell verrann der Frühling, und Viktiksor betrachtete voller Sorge seine der Eleganz verfallenen Jungen.

„Die sind groß. Fast Männer. Es wird bald Zeit, sie zu entlassen, sonst kriegen sie hier bei fiskalischem Futter noch Bärte."

In ihren Liebesträumen vergaßen die Schtider die Gefahren und Tücken des Schicksals, doch eines schönen Tages zogen Verwirrung und Entsetzen in die aufgeweichten Herzen ein.

Viktiksor kam und sagte:

„Es ist Zeit, daß euch die Köpfe geschoren werden. Bald ist Sommer. Eure Zotteln sind schon viel zu lang. Kurze Haare sind viel sauberer."

Das waren einfache Worte, aber die Panik, die sie hervorriefen, war derart, als ob plötzlich ein Brand ausgebrochen sei.

„Haare schneiden!"

„Was wird Marußja sagen, wenn Sie mich ohne Haare sieht?"

Die Jungen hatten inzwischen vergessen, daß es so etwas wie Haarschneiden gab, obwohl sie genau wußten, daß es in der Schtid, genau wie in allen anderen Jugendheimen, ab und zu geschehen mußte.

Die Großen beschlossen, um ihre Haare zu kämpfen. Sie versammelten sich und entsandten eine Delegation, die für die dritte und vierte Abteilung die Erlaubnis erwirken sollte, die Haare behalten zu dürfen. Viktiksor ließ sich erweichen und gab seine Erlaubnis, aber nur der vierten Abteilung und nur unter der Bedingung, daß die Haare in Zukunft ordentlich lagen und gründlich gekämmt wurden. Am nächsten Tag wurden ihnen Kämme zugewiesen; bei näherer Untersuchung zeigte sich, daß sie aus Holz waren und unbarmherzig die Kopfhaut zerkratzten. Doch sie wurden trotzdem freudig aufgenommen.

„Jetzt sind wir Erwachsene."

„Jetzt gibt's endlich 'ne richtige Frisur!"

Die Freude war aber sehr fragwürdig. Aus alter Gewohnheit fuhr sich mancher oft genug während der Stunde bei einer schwierigen Aufgabe in die Haare, und dann war es um die Frisur geschehen. Das gab den Chaldäern jedesmal Anlaß zu einer Bemerkung wegen Nachlässigkeit. Die Großen waren zwischen zwei Feuer geraten. Die Haare opfern, das bedeutete so viel wie die Freundin opfern; die Haare behalten, bedeutete eine Unmenge Schereereien.

Doch ein russisches Sprichwort lautet: Nackte Armut ist erfinderisch. Die schenkte der Republik eine Erfindung, mit deren Hilfe ein idealer, absolut idealer Scheitel zu erreichen war. Am nächsten Morgen im Waschraum demonstrierte er sie.

„Die Methode ist äußerst einfach und leicht", erklärte Dschaparidse der aufmerksam lauschenden Menge. Dann ging er an den Waschtisch und führte die Sache vor, indem er seinen Kopf zum Versuchsobjekt machte.

„Also. Ich feuchte meine Haare mit gewöhnlichem, ungekochten Wasser an, ohne jede Beimischung."

Er ließ aus dem Hahn etwas Wasser auf die Hand tropfen und befeuchtete damit die Haare.

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291113-16/fragment/page=0003

Kompromiß in der Reparationsbankfrage

Der langwierige Streit um den künftigen Sitz der Reparationsbank hat mit einem Kompromiß geendet: Die Baden-Badener Tagung des Organisationskomitees hat einstimmig beschlossen, den Sitz der Bank in die Schweiz zu verlegen, nachdem der Anspruch sämtlicher imperialistischen Mächte auf einen beherrschenden Einfluß auf die Bank zu wochenlangen Diskussionen geführt hatte.

Rieseneinkommen der Großagrarier

Die Herren vom Landbund und von der Deutschnationalen Partei, die die Not der Bauern so oft im Munde führen, sind schamlos genug, jährlich Zehntausende in ihre Taschen zu stecken. Der Präsident der Rheinischen Landwirtschaftskammer, Baron von Lüninghoven, erhält jährlich 10 000 Mark Aufwandsentschädigung, 10 000 Mark Wohnungszuschuß, 12 000 Mark Tagegelder und Reisespesen, 8 000 Mark von der Saatkartoffelstelle, das sind 40 000 Mark jährlich.

Ein Opfer des Charbin-Prozesses

Aus Charbin wird gemeldet, daß der im Prozeß gegen 37 Sowjetbürger verurteilte Strukow, der an akuter Tuberkulose litt, am 4. November im Gefängnis gestorben ist.

Die Verteidiger der verurteilten Sowjetbürger haben gegen das Charbiner Urteil Berufung eingelegt. Selbst der Staatsanwalt hat gleichfalls Berufung eingelegt, da das Urteil seiner Ansicht nach zu hart sei und der Anklageschrift nicht entspreche.

Die bayerischen Deutschnationalen haben zusammen mit den Hitler-Leuten im Landtag einen Antrag gegen den Young-Plan eingebracht. Die Bayerische Volkspartei, die mit den Deutschnationalen zusammen in der Regierung sitzt, protestiert gegen diesen deutschnationalen Schritt als einen Verstoß gegen die Koalition.

Die Liegnitzer Kriminalpolizei sucht die Täter, die in meterlanger Aufschrift an ihr Haus geschrieben haben: „Gaubüro des Roten Frontkämpfer-Bundes, U. Stock."

Fünf Getreidehändler der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft wurden vom Schöffengericht in Wismar zu Gefängnis und Geldstrafen verurteilt.

Ein Heizungsingenieur vom Bezirksamt Steglitz bei Berlin hat von einer Brennmaterialbezugsgesellschaft 60 000 Mark Bestechungsgelder entgegengenommen. Er wurde aus der Haft entlassen, „weil seine Frau mit Selbstmord drohte".

Der reformistische Vollzugsausschuß der englischen Bergarbeitergewerkschaft hat an die Regierung die inständige Bitte gerichtet, einen „nationalen Organismus für die Festsetzung der Mindestlöhne" zu schaffen, der auf das staatliche Zwangsschlichtungssystem herausläuft.

Unter den Nürnberger Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten, die gegenwärtig in Horthy-Ungarn einen offiziellen Besuch abstatten, befinden sich auch mehrere Sozialdemokraten.

Der Polizeipräsident von Triest, Schilaci, ist von dem Vizekommissar Saviolo im Hausflur der Polizeidirektion erschossen worden. Es soll sich um einen Racheakt handeln.

Die ausländischen Schiffe „Isabella" und „Stiä" sind von den Sowjetbehörden im Finnischen Meerbusen angehalten und in den Leningrader Hafen gebracht worden, weil sie Spritschmuggel begangen haben.

Verantwortlich: Max Lademann, Halle, für Politik und Wirtschaft; Bruno Mothes, Halle, für Lokales; Bernard Koenen, Merseburg, für Provinz; Kurt Kühn, Merseburg, für Feuilleton, Reporter, Sport; Fritz Leßing, Halle, für Gewerkschaften und Aus den Betrieben; Fritz Krob, Halle, für den Verlag und Anzeigenteil

Aus dem Geschäftsverkehr

Der heutigen Teilauflage für Bitterfeld liegt ein Prospekt der Fa. German, Bitterfeld, bei. *73

Rundfunk-Programm

Donnerstag, 14. November

10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. 11 Uhr: Funkverbraucherstunden. Anschließend: Schallplattenkonzert. 12 bis 14 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. Anschließend: Schallplattenkonzert. Dazwischen 12.55 Uhr: Bauernfunk. 13 bis 14 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. Presse- und Börsenbericht. 14.30 Uhr: Geschichten aus Halle. Anschließend: Schallplattenkonzert. 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. Reportage. II.: Die Schallplattenfabrikation. 16.45 Uhr: Kleine Pause. 17.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 18.05 Uhr: Steuerrundfunk. Anschließend: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. 18.30 Uhr: Spanisch für Fortgeschrittene. 19 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. 19.05 Uhr: Sprechstunde des Stadtrates Dr. Richter. 19.30 Uhr: Uebertragung aus dem Deutschen Nationaltheater Weimar: Lescaut, Lyrisches Drama in 4 Akten von Giacomo Puccini. Anschließend: Zeitangabe, Wettervoraussage, Wetterwarte, Presse, Sport. 22.30 Uhr: Funk-Tanzunterricht. Anschließend: Zeitansage, Wettervoraussage, Presse, Sportfunk. Anschließend bis 24 Uhr: Tanzmusik.

Freitag, 15. November

10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. 11 Uhr: Funkverbraucherstunden. Anschließend: Schallplattenkonzert. 12 bis 14 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. Anschließend: Schallplattenkonzert. Dazwischen 12.55 Uhr: Bauernfunk. 13 bis 14 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. Presse- und Börsenbericht. 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. Uebertragung auf den Deutschlandsender: Das Buch der Physik und Technik 1928/29. II. 16.30 Uhr: Kammermusik für Streichquartett. 17.30 Uhr: Uebertragung auf den Deutschlandsender: Das Buch der Frau. 17.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 18 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. „El literatuto kaj movado" (Esperanto). 18.20 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. 18.35 Uhr: Deutsche Welle, Berlin: Wettervorhersage. 19 Uhr: „Heutige Fernsehversuchen auf der Funkausstellung". 19.30 Uhr: Schallplattenkonzert: Elisabeth von Endert Lied und Ballade. Literatur: Jakob Burckhardt: Liebe Glück und Unglück in der Renaissance. Sinfonie-Konzert. Dirigent: Generalmusikdirektor Franz von Boetticher. Sinfonie-Orchester. 22 Uhr: Arno-Holz-Stunde: Wolfgang Schumann liest aus „Phantasus". 22.30 Uhr: Zeitangabe, Wettervoraussage, Presse, Sportfunk. Anschließend bis 24 Uhr: Tanzmusik.

Wie wird das Wetter

Donnerstag: Bis auf Oft drehende Winde, im ganzen nur vorübergehende Bewölkung. Nachtfröste.
Freitag: Wenig Aenderung wahrscheinlich.

Walhalla
Dir. O. Kleinhanns Fernruf 283 85
Letzte 3 Tage!
Das fabelhafte
Varieté-Programm
mit 10 international. Attraktionen sorgt f. ein paar Stunden köstlichster Unterhaltung. So schreibt die hall. Presse a. 2. 11.
4198
Heute, nachmittags 4 Uhr:
Rotkäppchen
Kleine Preise 0.30 bis 1.25 Mk.
Ab 16. November:
Der große Erfolg des In- u. Auslandes
E. M. Tausigs Magazin-Revue
Das lebende Magazin
Ein Reigen von Schönheit, Liebe und Leidenschaft in 30 Bildern mit der preisgekrönten Wiener Schönheit Baronesse Marietta von Scott
50 Mitwirkende 700 Kostüme
Fabelhafte Ausstattung
Gewöhnliche Preise 0.70 bis 4.40 Mk.

Stadt-Theater
Heute, Mittwoch, 20—23 Uhr
Zur und Zimmermann
Komische Oper v. A. Lortzing
Donnerstag
20 bis 23 Uhr
Eine Nacht in Kairo
Operette von Jean Gilbert
4199
Zahlung der zweiten Stammkarten-Rate erbeten

Violin- u. Mandolin-Unterricht erteilt August May, Torstr. 10

Kaufe Kanarienvögel Schulle Bordowskystraße 16 Tel.: 233 80

Werbt für die „Rote Hilfe"

Zoologischer Garten
Donnerstag, den 14. November, 20 Uhr:
4. Symphonie-Konzert
des Hallschen Symphonie-Orchesters
Leitung: Werner Pilap
Solistin: Margar. Kiesler, Hamburg (Klavier) 4203
Borodin: Symphonie Nr. 2 H-moll
Tschaikowsky: Klavierkonzert op. 23, Ouvertüre „1812".
Konzertflügel von der Firma B. Döll

SCHAUBURG
Gr. Steinstr. 27/28 Fernruf 298 32
Morgen, Donnerstag, 18.30 U. die große Premiere!
Persönlich anwesend
ist die schönste und monäneste Frau des deutschen Film, die ungarische Aristokratin
4187
Gräfin Agnes Esterhazy
bei der Aufführung ihres neuesten Großfilms
Die Gardediva
Ein lustiger und schneidiger Film im bunten Rock aus längst vergangenen Tagen
Donnerwetter, Donnerwetter, wir sind Kerle.
Holen uns im Sattel Renommee u. Moos, jeder eingelne von uns ist eine Perle, Also, wirklich, Donnerwetter, tadellos
Infolge großer Vorbereitungen
Premierenbeginn 18.30 Uhr
Gräfin Agnes Esterhazy ist Donnerstag und Sonnabend bis Montag zu jeder Vorstellung persönlich anwesend
Anfangszeiten: 16.30, 18.30, 20.30, Sonntag ab 15 Uhr

Universum-Bücherei für Alle
Berlin W 8, Wilhelmstraße 48
Tel.: Zentrum 1551
Nur für unsere Mitglieder!
Ein neuer
Henri Barbusse
Tatsachen
Geschichten von Krieg, Terror und anderem, mit einer Vorrede von Ernst Toller
Verlangen Sie kostenlos Prospekt!

Zuverlässiger Zeitungsträger
für Reinsdorf bei Artern sofort gesucht
Bewerbungen sind zu richten an den Gen. Fritz Fehse, Reinsdorf

Dem wahren Helfumbilden Herrn C. Holle, Halle a. d. S., Reilstraße 87, sage ich öffentlich wahrheitsgetreu herzlichen Dank, daß derselbe mich von meinem dreijährigen Asthma und Rheumatismus geheilt hat 4186
Magdeburg-W., Annastraße 6 Frau Berta Schellhase
Sprechzeit: Freitag 9 bis 18 Uhr durchgehend. Mein mitbringen

Steinweg Nr. 53
Eröffnung: Mittwoch, 13. Novbr.
Spezialgeschäft für Schokolade, Pralinen, Kakao, Kaffee, Tee ● Weine, Liköre
Margarete Franke
4202

Aus eigenen Werkstätten

Chaiselongues ℳ 32,50, 38, 45, 48, 50

Bettchaiselongues ℳ 95, 115, 125, 145
Diwandecken ℳ 8,75, 10, 12, 17,50, 22
Auswahl enorm!
Entgegenkommende Zahlungsbedingungen!
Nach auswärts ohne Transportbeschädigung durch eigen. Auto
Bettenhaus Bruno Paris, Kl. Ulrichstr. 2 bis Dampfsägl 9 | 4200 3 Minuten vom Markt

Aus eig. Werkstätt.:
Chaiselongues 45,— 38,— 33,—
Sofas, gute Arbeit. 90,— 70,— 55,—
Stahlmatratzen 15,— 12,— 9,—
Auflegematratzen 28,— 24,— 15,—
Hobelbettlisten 38,— 28,— 22,—
Metallbettlisten 33,— 28,— 22,—
Möbel-Schieke Kl. Ulrichstr. 14 15
Weltgesehendste 4201 Zahlungserleichterg. Freie Lieferg. auch nach auswärts durch eigene Lieferautos.

Volksbuchhandlung Wittenberg
Jüdenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur Schul- und Schreibwaren
Außerdem werden sämtliche Aufträge an
Drucksachen und Inserate
entgegengenommen

Kleine Anzeigen
haben im Massenkampf
Große Wirkung!

4185

Bekanntmachungen

Die Neuwahlen zum Provinziallandtag der Provinz Sachsen und zur Stadtverordnetenversammlung finden
Sonntag, den 17. November 1929, von 9 bis 18 Uhr
statt.

Wählen darf nur, wer in der Bürgerliste (WBSteuerliste) verzeichnet steht oder im Besitz eines Wahlscheins ist.

Mit jeder bei mir eingehender verbundenen Wahlsen wird mit einem besonderen amtlich hergestellten Stimmzettel gewählt, die in je einen besonderen Umschlag gelegt werden müssen. Stimmzettel und Umschlag sind für die Provinziallandtagswahl **von rötlicher Farbe**, für die Stadtverordnetenwahl von **weißlicher Farbe**.

Auf den Stimmzetteln muß der Stimmberechtigte denjenigen Wahlvorschlag, für den er stimmen will, kennzeichnen. Dies geschieht zweckmäßig durch ein Kreuz (+) oder einen Strich (/) in dem rechts neben der Parteibezeichnung und der Parteinummer befindlichen Kreise oder in sonstiger Weise.

Die Abgrenzung der für beide Wahlen einheitlich gebildeten Abstimmungsbezirke ergibt die nachstehende Uebersicht:

Abstimmungsbezirk 1:
Andreaskirchplatz, Buchertstraße, Glockenstraße, Herrenstraße, Hohetorstraße, Jüdenhof, Klostergasse, Markt, Rathausstraße, Sangerhäuser Straße, Schulgasse, Schulplatz, Viktoriastraße.
Abstimmungsraum: Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal.
Wahlvorsteher: Otto Gäbler, Sparkassendirektor.
Stellvertreter: Alois Wihel, Kaufmann.

Abstimmungsbezirk 2:
Auswärtige Gehöfte 22 und 23a, Anstaltsstraße, Cloitzbestraße, Ernststraße und Barocken an der Ernststraße, Katharinenstraße, Martinsstraße, Rohrbornstraße, Schulweg, Spangerbergstraße.
Abstimmungsraum: Turnhalle der Mädchenvolksschule, Rohrbornstraße 1a.
Wahlvorsteher: Wilhelm Damm, Schlachthofarbeiter.
Stellvertreter: Otto Beßler, Lehrer.

Abstimmungsbezirk 3:
Auswärtige Gehöfte 1—10, Gartenstraße, Gerbstedter Straße, Glumestraße, Helbraer Straße, Magdeburger Straße, Nikolaikirchplatz, Nikolaistraße, Nußbreite, An der Oberhütte, Torgarterstraße.
Abstimmungsraum: Gasthof „Zur Kugel", Nußbreite 68.
Wahlvorsteher: Otto Schrader, Stadtoberinspektor.
Stellvertreter: Louis Wagner, Straßenaufseher.

Abstimmungsbezirk 4:
Auswärtige Gehöfte 11—12a, Karl-Fischer-Straße, Freistraße, Hahnegasse, Klosterplatz, Poststraße, Pulvergasse, Salzstraße, Schmiedestraße.
Abstimmungsraum: Zeichensaal der Mittelschule, Nikolaistraße 30.
Wahlvorsteher: Karl Sachse sen., Kaufmann.
Stellvertreter: Gustav Schlieste, Wohlfahrtspfleger.

Abstimmungsbezirk 5:
Bäckergasse, Grabenstraße, Klippe, Rammtorstraße, Kleine Rammtorstraße, Sperlingsberg, Steinweg.
Abstimmungsraum: Knabenvolksschule, Grabenstraße 40/42.
Wahlvorsteher: Otto Buse, Karbmachermeister.
Stellvertreter: Johann Nawrodt, Bergmann.

Abstimmungsbezirk 6:
Auswärtiges Gehöft 12b, Babergasse, Gröjlerstraße, Klosterstraße, Landwehr, Lindenstraße, Lutherstraße, Petersiliusstraße, Plan.
Abstimmungsraum: Kindergarten, Seminarstraße 6.
Wahlvorsteher: Edmund Haase, Lehrer.
Stellvertreter: Friedrich Machlitt, Bauarbeiter.

Abstimmungsbezirk 7:
Königstraße, Petristraße, Petritirchplatz, Rammberg, Seminarstraße, Siebenhitze, Mittlere Siebenhitze, Vordere Siebenhitze, Stadtgraben.
Abstimmungsraum: Lyzeum, Königstraße 15/16.
Wahlvorsteher: Siegfried Meier, Kaufmann.
Stellvertreter: Robert Domnick, Mittelschullehrer.

Abstimmungsbezirk 8:
Wilhelm-Reinert-Straße, Blücherstraße, Clingestelnstraße, Fedderstraße, Hessestraße, Kastanienweg, Leuschnerstraße, Obere Parkstraße, Guerickestraße, Dr.-Hiese-Straße, Schützenstraße.
Abstimmungsraum: Schankwirtschaft „Reichskrone", Leuschnerstraße 16.
Wahlvorsteher: August Vieslfer, Lehrer.
Stellvertreter: Hermann Pilte, Kaufmann.

Abstimmungsbezirk 9:
Bahnhofstraße, Bebelstraße, Bismarckstraße, Geiststraße, hintere Geiststraße, Liebknechtstraße, Lindenhof, Moltkestraße, Untere Parkstraße, Rudolf-Breitscheid-Straße.
Abstimmungsraum: Schankwirtschaft „Gambrinushalle".
Wahlvorsteher: Albert Hornbostel, Kornettenkapitän a. D.
Stellvertreter: Paul Max, Marktscheidereiassistent.

Abstimmungsbezirk 10:
Bergagasse, Braugasse, Breiter Weg, Zeißengstraße.
Abstimmungsraum: Schankwirtschaft von Brückner, Breiter Weg 12.
Wahlvorsteher: Wilhelm Hupfeld, Standesbeamter.
Stellvertreter: Ludwig Dümmler, Tischlermeister.

Abstimmungsbezirk 11:
Annengasse, Annenkirchplatz, Ausmärtige Gehöfte 16 und 19, Dreyse-Straße, Grüner Weg, Mittelreihe, Neuestraße, Rappiststraße, Rathenstraße.
Abstimmungsraum: Schankwirtschaft von Richter, Geiseleser Straße 1.
Wahlvorsteher: Richard Appelfelder, Wohlfahrtspfleger.
Stellvertreter: Richard Fahnert, Markenkontrolleur.

Abstimmungsbezirk 12:
Albrechtstraße, Berggasse, Hüttenstraße, Kasseler Straße, Wilhelm-Otto-Straße, Stahlhüttenhof, Weinberg, Zellergasse.
Abstimmungsraum: Neustädter Schützenhaus, Kasseler Straße 4.
Wahlvorsteher: Oskar Fessel, Landesforstinspektor.
Eisleben, 11. November 1929.

Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge

Gemäß § 49 der Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen der Fassung vom 25. Juli 1929 wird hiermit bekanntgemacht, daß bei der in seiner Sitzung vom 11. November d. J. für die am 17. November stattfindende Wahl der Mitglieder der hiesigen Gemeindevertretung folgende Wahlvorschläge zugelassen hat:

Wahlvorschlag Nr. 1

Kennwort: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD.)

1. Scholz, Otto, Angestellter, Stephanstraße 13.
2. Becker, Hilmar, Hüttenmann, Heinrichstraße 4.
3. Krüger, Hermann, Bergmann, Dreyseerstraße 27.
4. Riedel, Otto, Lehrer, Ziegelstraße 24.
5. Bonk, Marta, Hausfrau, Friedrichstraße 23.
6. Rieschel, Karl, Amtsgehilfe, Heinrichstraße 1.
7. Riemer, Martin, Bergmann, Stephanstraße 11.
8. Wohlfeld, Walter, Bergmann, Ernststraße 13.
9. Jahn, Karl, Bergmann, Siebigerdorferstraße 12.
10. Grübel, Karl, Hüttenmann, Neuestraße 22a.
11. Krug, Elise, Hausfrau, Neuestraße 25a.
12. Zopf, Friedrich, Invalid, Chausseestraße 18b.
13. Breschneider, Artur, Schlosser, Leipzigerstraße 16.
14. Hempfich, Otto, Schlosser, Leipzigerstraße 11.
15. Schenk, Paul, G.-Angestellter, Heinrichstraße 28.
16. Jügemann, Rudolf, Hüttenmann, Bismarckstraße 1.
17. Gottschling, Gottfried, Invalid, Bismarckstraße 1.
18. Rentsch, Louis, Zimmermann, Neuestraße 4.
19. Bauer, Friedrich, Bergmann, Schulstraße 11.
20. Gerlach, Rudolf, Bergmann, Linoleumstraße 8.
21. Zimmermann, Albert, Bergmann, Linoleumstraße 8.

Wahlvorschlag Nr. 3

Kennwort: Kommunistische Partei Deutschlands

1. Krause, Otto, Bergmann, Ottostraße 26.
2. Gürtler, Otto, Bergmann, Chausseestraße 3.
3. Gieskowiak, Anna, Hausfrau, Heinrichstraße 15.
4. Wendt, Karl, Bergmann, Mittelstraße 10.50.
5. Dönau, Otto, Bergmann, Mittelstraße 4.
6. Jasden, Stanislaus, Bergmann, Siebigerdorferstraße 4.
7. Andre, Franz, Bergmann, Ernststraße 10.138.
8. Finsch, Otto, Bergmann, Mittelstraße 10.60.
9. Hesse, Karl, Bergmann, Mittelstraße 10.60.
10. Wernicke, Ferdinand, Invalid, Heinrichstraße 3.

Wahlvorschlag Nr. 9

Kennwort: Deutsche Zentrumspartei

1. Treitschke, Max, Kreisl. d. Kriegsbeschädigten, Einsteinstraße 1.
2. Gosta, Paul, Fahrsteiger, Siegerdorferstraße 14.
3. Neiß, Johann, Bergmann, Ziegelstraße 2.
4. Piewa, Josef, Bergmann, Bahnhofstraße 19.
5. Schnitzer, Martin, Bäckermeister, Chausseestraße 11.
6. Klamet, Karl, Bergmann, Meißbiete 4.
7. Sibilski, Michael, Bergmann, Bismarckstraße 44.
8. Ignatzewski, Stephan, Maschinenwärter, Einsteinstraße 13.
9. Stein, August, Invalid, Siebigerdorferstraße 15.
10. Mikolaus, Alois, Gärtner, Chausseestraße 8.
11. Lichon, Stanislaus, Bergmann, Friedrichstraße 12.
12. Natajczak, Franz, Bergmann, Heinrichstraße 12.
13. Bertsel, Josef, Bergmann, Chausseestraße 18.
14. Schaper, Robert, Bergmann, Neuestraße 25.
15. Raffaelli, Hermann, Fahrsteiger, Neuestraße 23.

Wahlvorschlag Nr. 23

Kennwort: Wirtschaftliche Vereinigung

1. Rauisch, Willy, Bank-Dir., Eisleber Straße 7.
2. Steinberg, Fritz, Fergmann, Krugstraße 9.
3. Knauth, Jeremias, Berggeschloßer, Heinrichstraße 27.
4. Scheffler, Oskar, Geschäftsführer, Hermannstraße 4.
5. Nümmert, Willi, Kaufmann, Chausseestraße 1.
6. Schirmer, Eduard, Fahrsteiger, Lindenstraße 40.
7. Mohlhaupt, Willi, Zimmermann, Chausseestraße 8.
8. Rüger, Paul, Kaufmann, Siebigerdorferstraße 24.
9. Tölle, Walter, Bergmann, Friedrichstraße 23a.
10. Stammer, Hermann, Hüttenmann, Mittelstraße 8.
11. Benet, Gustav, Buchhändermeister, Hinter der Kirche 4.
12. Clemer, Conrad, Fahrsteiger, Stephanstraße 1.
13. Hampe, Robert, Bergmann, Schulstraße 17.
14. Buchmann, Richard, Handelsgärtner, Gartenstraße 5.
15. Welche, Otto, Bergmann, Bolzenschächtstraße 8.
16. Latsch, Willi, Wieger, Ottostraße 23.
17. Holzmann, Gustav, Masch.-Wärter, Hohenthalschächtstraße.
18. Fränsche, Otto, Fahrsteiger, Hohenthalschächtstraße.
19. Schaub, Johann, Masch.-Führer, Sachsstraße 7.
20. Weber, Otto, Fahrsteiger, Dorotheenlöderstraße 12.
21. Benemann, Otto, Bergmann, Ziegelstraße 12.

Helbra, den 12. November 1929.

Der Vorsitzende des Wahlausschusses:

Am Schwarzen Brett im Maagegebäude, Marktplatz 24, befindet sich ein Aushang mit, die Flutlinienplanmäßige Aufbebung der Gerbstraße zwischen Stadtbad und Beesener und Liebenauer Straße sowie der Jonasstraße zwischen Stadtbad und Bergstraße und Aenderung der Flutlinien für die Flurstücke des Stadtbades und der Lebenbergstraße

Halle, den 9. November 1929.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291113-16/fragment/page=0004

Nr. 250

Der proletarische Reporter

Keine Arbeiterstimme den Sklarek-Parteien von der SPD. bis zu den Völkischen!

Sturm über England und dem Kanal

England und der Kanal ist am Montag von einem Sturm heimgesucht worden, der an die schlimmsten Naturereignisse früherer Jahre erinnert. Die Elemente wüteten mit zyklonartiger Gewalt, es gab wahre Wolkenbrüche die Wellen peitschten. Aus den betroffenen Gegenden liegen Berichte vor, die von den furchtbaren Ereignissen erzählen.

Eine große Anzahl von Dampfern haben SOS-Rufe ausgesandt, Kriegsexpeditionen in den benachbarten Häfen mußten sich unter Anstrengungen an das Rettungswerk machen. Die Passagiere des belgischen Regierungsdampfers „Jan Brendel", die nach Nachmittagsstunden Reisende von Ostende nach Dover an Bord hatte, verbrachten

eine schreckliche Nacht auf dem Kanal.

Der Dampfer hatte Ostende um 3 Uhr nachmittags verlassen, als sich der Sturm erhob. Der Kapitän glaubte, an der Küste entlang den Wellen aufnehmen zu können. Als er in der Nähe von Dünkirchen anlangte, zischten die Wasserberge turmhoch. Mindestens 30 Schiffe befanden sich während der kritischen Stunden in Seenot. Auf dem Lande kam es ebenfalls zu Unglücksfällen. Ein Eisenbahnzug, der mit Truppen gefüllt war und nach Dover fahren wollte, wurde in der Grafschaft Kent durch die Gewalt des Sturmes aus den Gleisen geworfen. Mehrere aus Deutschland kommende Passagierflugzeuge konnten ihre Reise bis London nicht fortsetzen. Auf dem Flugplatz Croydon, wo die „R 101" sich am Ankermast befand, befürchtete man jeden Augenblick, daß das Luftschiff durch den Sturm fortgetrieben würde.

Der Sturm hat überall auf den britischen Inseln große Verheerungen angerichtet. Der Tod von acht Menschen wird beklagt. In Schottland, Irland und Wales wurden große Landstriche überflutet.

Zum Eisenbahnunglück in Dessau

Trümmer des verunglückten elektrischen Zuges, unter denen die Tote und eine große Zahl Verletzter begraben wurden.

Schiffe an der dänischen Küste gestrandet

Während der Montagnacht herrschte ein starker Sturm über Dänemark. Im Verkehr auf der Eisenbahn und auf den Fährdampfern traten beträchtliche Verspätungen ein. Eine Anzahl von Schiffen geriet in Seenot. Der Hamburger Dampfer „Nixe", der bei Skagen strandete, konnte des Unwetters wegen nicht geborgen werden. Im Laufe der Nacht wurde das Fahrzeug gegen das Land gedrückt und stark beschädigt, so daß es voraussichtlich wrack geworden ist. Aus Stockholm wird gemeldet, daß bei Utö ein Dreimaster auf Grund geriet. Auch aus Oslo wird heftiges Unwetter an der Nord- und Südküste Norwegens gemeldet.

Unwetterverheerungen auf Sardinien und Sizilien

Infolge wolkenbruchartiger Regengüsse sind im Nordosten Sardiniens der Coquinas und andere Flüsse aus den Ufern getreten. Das Hochwasser richtete an den Feldern großen Schaden an und führte an einigen Stellen zu einer Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs und des Verkehrs auf den Landstraßen.

Auch auf Sizilien ging ein schweres Unwetter nieder, das in Messina zu einem Bergrutsch führte. Dabei wurden zwei Personen verschüttet und getötet. Die Verbindungen sind unterbrochen.

Der Sturm bringt einen Zug in Gefahr

Der Lokomotivführer des Zuges Waldkappel-Kassel bemerkte, daß der Mast einer Hochspannungsleitung durch den Sturm geknickt war und daß die Drähte über den Schienen lagen. Bei dem Versuch, die Drähte wegzubringen, kamen diese mit den Schienen in Berührung. Unter Einsatz ihres Lebens beseitigten die Beamten die Drähte. Unter den vierhundert Fahrgästen des Zuges war eine Panik ausgebrochen.

Wer wählt die Sklarek-Partei?

Worte: „Die Sozialdemokratie ist die lautere, die unbestechliche Front der Arbeiterklasse." (Aus einem Werbeaufruf der SPD.)

Tatsachen: Folgende prominente Sozialdemokraten ließen sich von den Millionenbetrügern Sklarek offen korrumpieren:

Der Spitzenkandidat der Sozialdemokratie, Brolat, hat mit den Sklareks gesoffen, ihnen Geschäfte vermittelt, und selbst große Betrügereien verübt,

der Bürgermeister Kohl von Berlin-Köpenick vermittelte ebenfalls den Sklareks Aufträge, ferner auch

der frühere Direktor der Kleider-Verwertungs-Gesellschaft, Kieburg, und der zweite Direktor Liebert. Letzterer erwarb sich durch die Zuwendungen der Sklareks ein Millionenvermögen.

Der Bürgermeister Schneider ließ sich von den Sklareks ganz offen bestechen, und dem

Staatsanwaltschaftsrat Waßmund bezahlten die Sklareks eine Hochzeitsreise.

Stadtrat Schüning wurde gleichfalls bestochen, ebenfalls

Hörsing, 1. Vorsitzender des Reichsbanners. Er bezog von Sklarek Uniformen, die 50 Prozent teurer waren als bei anderen Firmen, wofür der Bundesvorstand pro Uniform 1,45 Mark erhielt.

Von diesen korrumpierten Gesellen wurde nur Schneider aus der SPD. ausgeschlossen. Alle übrigen sind und bleiben Mitglieder der Sozialdemokratie.

So wächst die SPD. „in den Sozialismus hinein"!

Der Sklarek-Skandal steht nicht vereinzelt da. In allen riesigen Korruptionsfällen, die bisher aufgedeckt wurden, war die SPD., waren sämtliche bürgerlichen Parteien mit verwickelt. Und wieviel wurden nicht aufgedeckt!

Wer den Sklarek-Parteien, von der SPD. bis zu den Völkischen, seine Stimme gibt, der wählt die Millionenbetrüger, die Diebe an den Steuergroschen des werktätigen Volkes!

Zum Teufel mit den korrupten Gesellen!

Kämpft mit den Kommunisten!

Wählt Liste 3!

Ein neuer Mord des Kopfjägers?

Eine 17-jährige vermißt — Die Düsseldorfer Bevölkerung in verzweifelter Stimmung

Die Bevölkerung Düsseldorfs kommt aus der Aufregung nicht heraus. Seit Sonntagabend ist die 17jährige in der Ackerstraße wohnende Königke, die am Sonntagabend in Gesellschaft von drei Männern gesehen worden ist, vermißt. Nachforschungen haben bisher kein Ergebnis.

Es ist auf Grund eines anonymen Schreibens, daß unweit des in der Nähe bei Düsseldorf gelegenen Bauernguttes Pappendell in einer Tiefe von 1,5 Meter eine Leiche vergraben worden sei, unternommenen Nachforschungen haben ein Ergebnis nicht gehabt, es hat sich augenblicklich noch nicht sagen läßt, ob es sich um eine Mystification oder tatsächlich um ein neues Verbrechen handelt.

Es ist noch unaufgeklärt ist auch noch das Verschwinden eines zwanzigjährigen, aus Bremen gebürtigen Mädchens, das in der Nähe des Hofgartens in Düsseldorf als Hausmädchen tätig war und am Montag August unter Hinterlassung der gesamten Garderobe verschwunden ist.

Blutschande an der eigenen Tochter

Ein Berliner Bauwächter Richard Schulz, der unter dem furchtbaren Verdacht stand, Lustmord an der elfjährigen Schülerin Gertrud Zäpernick begangen zu haben und der deshalb mehrere Wochen in Haft gehalten wurde, ist am Montagnachmittag von der Kriminalpolizei erneut in Haft genommen worden, da gegen ihn eine Anzeige ergangen war, Blutschande an der eigenen Tochter begangen zu haben.

Zugentgleisung in Waldenburg

Am Sonntag, dem 10. November, um 3.16 Uhr entgleiste bei Einfahrt des Güterzuges 8627 in Waldenburg (Schlesien) in der Weiche eine Zuglokomotive infolge Flankenfahrt durch eine Vorlegeweiche mit allen Achsen. Hierbei wurden vier Wagen ineinandergeschoben und zertrümmert. Ein Schaffner wurde leicht verletzt.

35 Kinder in Prag vermißt

Prag wurde dieser Tage die Masseuse Rosa Novy verhaftet, die der Kinderfürsorgeamtkalt keine befriedigende Auskunft über den Verbleib von drei Mädchen geben konnte, die ihr zur Erziehung übergeben worden waren. Im Laufe der Untersuchung hat sich herausgestellt, daß der Novy im Laufe der letzten elf Jahre mehr als fünfzig Kinder anvertraut wurden, die sämtlich unauffindbar sind. Die Polizei stellt sich, wenn sie jährlich einmal die Kinder der Oberaufsicht vorführen mußte, fremde Kinder auszuborgen. Man vermutet, daß die vermißten Kinder von der Novy an fremde Eltern weiterverkauft und unter falschem Namen in die Republik eingetragen worden sind. Die Oeffentlichkeit ist besonders empört, daß der Novy Kinder anvertraut wurden, obwohl gegen sie wegen Kindesentführung, Meineids und Erpressung mehrfach Haft ist.

Neuer Ausbruch des Vulkans Santa Maria

Ein Telegramm meldet aus Guatemala, daß ein neuer heftiger Ausbruch des Vulkans Santa Maria erfolgt ist. Anscheinend hat sich der Krater geöffnet. Mehrere Dörfer in der Umgebung des Vulkans sind in Rauchwolken gehüllt. Man befürchtet indessen keinen Verlust an Menschenleben, da die Bevölkerung in weitestem Umkreise um den Gipfel geflohen ist, jedoch ist Stadt El Palmar bedroht. Die Lava fließt zwei Flußbetten entlang, deren Wasser kochend über die Ufer getreten ist.

Ein Arbeiterzug in Spandau entgleist

Auf dem Bahnhof Spandau-West bei Berlin entgleiste am Dienstagfrüh gegen 5 Uhr ein Arbeiterzug, der sich auf der Fahrt zwischen Wustermark und Berlin befand. Ein Wagen in der Mitte und zwei Wagen am Schlusse des Zuges sprangen aus den Schienen. Die Wagen stürzten glücklicherweise nicht, sondern stellten sich quer. Personen kamen nicht zu Schaden.

Brand in einem Kieler Kinotheater

In Kiel, im Reichshallentheater brach in den Restaurationsräumen Feuer aus, das an den Einrichtungsgegenständen reiche Nahrung fand. Die Feuerwehr hatte den Brand nach einer Stunde in der Gewalt.

Schweres Straßenbahnunglück in Belgien

Ein Straßenbahnzug mit Mitgliedern eines Fußballklubs, die an einem Fußballkampf teilgenommen hatten und auf der Fahrt von Hasselt nach Tongern begriffen waren, entgleiste an einer abschüssigen Stelle hinter Hasselt. Zwei Wagen wurden vollständig zertrümmert und 32 Fahrgäste verletzt, davon zehn schwer.

Zugplünderung durch zwei Räuber

Zwei Zugräuber brachten den West-Postexpreß in England zum Entgleisen und raubten die Passagiere aus. Die Maschine kürzte um, wobei der Lokomotivführer getötet wurde. Während der eine Bandit die Passagiere mit dem Revolver in Schach hielt, nahm der andere die Wertsachen.

Mit einer Million Zloty flüchtig

Der Vertreter der Bendziner Holzfirma Nurnberg in Kattowitz, Adolf Nurnberg, ein Sohn des Firmeninhabers, ist nach Unterschlagung von einer Million Zloty zum Schaden einzelner Geschäftsfreunde seiner Firma aus Kattowitz flüchtig geworden.

Eine Universität in Flammen

Bei einem Feuerwerk in Quito (Ecuador)) geriet das Dach des Hauptgebäudes der Universität in Brand. Das Gebäude wurde vollständig zerstört. Mehrere Personen, die das Archiv und die Instrumente zu retten versuchten, kamen in den Flammen um.

Selbstmord des Notars Aron

in Konstantinopel — Auch die Frau vergiftet

Der Berliner Rechtsanwalt und Notar Dr. Siegfried Aron, der vor einigen Wochen unter Mitnahme unterschlagener Mündelgelder flüchtig wurde, ist in einem Hotel in Konstantinopel mit seiner Frau vergiftet aufgefunden worden.

Er hat bekanntlich Vormundschaftsgelder in beträchtlicher Höhe, die ihm zur Verwaltung übergeben waren, unterschlagen. Erst nachdem die Mündelbeträge von ihm nicht mehr beigebracht werden konnten, ist er geflüchtet unter ungeschickter Vorspiegelung der Tatsache, daß er und seine Frau Selbstmord begangen hätten. Beide wurden dann im Schlafwagen des Berlin—Wiener Zuges gesehen, müssen aber unterwegs ausgestiegen sein, so daß eine Festnahme unmöglich war.

Die Geschädigten haben an den Preußischen Staat Anspruch auf Wiedergutmachung der Unterschlagungen gefordert, da Aron seine Veruntreuungen nur durch mangelhafte Aufsicht der Vormundschaftsbehörde begehen konnte.

Glosse vom Tage

Brolats Hand in Sklareks Tasche

Vorbemerkung: Eine Berliner Korrespondenz teilte in diesen Tagen mit, daß bei der kriminalpolizeilichen Durchsicht der Bücher der Pelzfirma Golicke, von der die Sklareks Geschenke für ihre Freunde bezogen, auch der Name des jetzigen Direktors der Berliner Verkehrsgesellschaft, des sozialdemokratischen Stadtverordneten Brolat, festgestellt wurde.

Der famose Sozialdemokrat gibt die märchenhafte Behauptung zum besten, daß er „einem der Brüder Sklarek den Betrag in die Tasche gesteckt" habe. Eine Quittung besitzt er nicht.

Wenn sich ein Prolet einen Anzug kauft, dann ist das Bezahlen die Hauptsache. Erst die Pinke, dann die Pelle, denn ein Arbeiter hat keinen Kredit, und wenn er sich aufs Stottern verlegt und die letzte Rate schuldig bleibt, muß er die Hose wieder abliefern.

Wenn dagegen ein Brolat einen Pelz kauft, für sich oder für die Brolatine, dann läßt er sich zunächst von den Sklareks eine Firma empfehlen. Gott, als Verkehrsdirektor hat man so wenig Zeit für Aeußerlichkeiten, man muß Kommunisten aus dem Betrieb schmeißen, das Fuad-Frühstück ist bereits angerichtet, und wo bleibt denn das Auto, das mich zum Aufsichtsrätselraten abholen soll!

Die Sklareks, Fachleute, ehrbare Kaufleute, empfehlen die Firma Gohlicke. Die Brolatine fährt zur Anprobe, der Pelz paßt wie angewachsen.

Fein siehste aus, Mutter, sagt Brolat, wie die Frau Oberbürgermeister! Was kostet er denn? Die Brolatiche schlägt sich an die Stirn: Hat sie doch ganz vergessen, die Gohlickes nach dem Preis zu fragen.

Nein sowas, meckert ihr Mann, Du weißt doch, wie exponiert wir sind, ein Sozialdemokrat muß pünktlich sein, vor allem im Bezahlen, denn das allein unterscheidet ihn von allen Kapitalisten, die ihn kennen.

Brolat ruft bei Gohlicke an. 2000 Mark kostet der Pelz, Herr Direktor. Aber er ist schon bezahlt. Von der Firma Sklarek.

Bezahlt? brüllt Brolat — will Brolat gebrüllt haben, wenn wir im wesentlichen seiner eigenen Darstellung folgen, die Pelzräubergeschichte glauben wollen, die er durch die Presse verbreiten läßt. Das ist ja unerhört! Wie können sich die Sklareks erlauben, mir, einem Manne, der mit seinen 72 000 jährlich sowieso im Glashause sitzt, einen Pelz zu schenken?

Und als die Sklareks das Geld nicht annehmen wollen — aber, Genosse Brolat, wir bitten Sie, was sind 2000 Mark für uns, was sind sie für Sie? Das ist doch genau dasselbe, als wenn ein Arbeiter seinem Kollegen eine Zigarette schenkt! — als die Sklareks das Geld nicht annehmen wollen . . . da wird Brolat fuchsteufelswild. Er nimmt die 2000 Mark und rennt auf Leo Sklarek zu. Willst Du das Geld nehmen oder nicht, knirscht er mit den Zähnen. Leo verkriecht sich unter den Tisch, versteckt die Hände hinter dem Rücken. Max versteckt die Hände hinter dem Rücken. Willi versteckt die Hände hinter dem Rücken. Wir ha'm ja soviel Jeld, wir ha'm ja so viel Jeld — von der Berliner Stadtbank.

Brolat schäumt wie Sklarek-Sekt. Er weiß nicht was er tut, es kommt zum Ringkampf: einer gegen drei. Trotzdem gelingt es ihm, die 2000 Mark einem der Brüder in die Tasche zu stecken.

Soweit Brolat. Welchem von den drei Brüdern die Tasche gehörte, in die er die 2000 Mark hineingestopft haben will, das war etwas, das ihn nicht störte.

„Da sich der Vorgang damals in dieser Weise abgespielt hat, verfügt Brolat über keine Quittung" — sagt Brolat. „Hätte er gewußt, daß die Sklareks sich später als Schwindler erweisen würden," — so hätte er sich bestimmt von einem der Brüder eine Quittung in die Tasche stecken lassen.

Vielleicht hat keiner von den Sklareks nach dem denkwürdigen Vorfall die 2000 Mk. in seiner Tasche gefunden? Vielleicht hat der Brolat das Geld aus Versehen wieder in seine eigene Tasche gesteckt? Wenn alles drunter und drüber geht, nicht wahr, in der Aufregung über das unkorrekte Benehmen, wenn alle Nervenstränge reißen, dann kann es schon passieren, nicht wahr, daß der Hund mit dem Pelz übern Sklar-Eckstein springt!

Sing

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291113-16/fragment/page=0005

Stadt Halle

13. November 1929.

Die Nöte der proletarischen Siedler

Versammlung der Siedler und Neubaumieter im Südwesten.

Die Kommunistische Partei hatte die Anwohner des neuen Stadtteils im Süden am Montag zu einer Versammlung der Neubaumieter und Siedler aufgerufen. Der Landtagsabgeordnete, Genosse Lademann hielt ein Referat über die Steuer- und Wohnungsbaupolitik der Koalitionsregierung. Er erbrachte an Hand eines zahlreichen amtlichen Zahlenmaterial den Beweis, für die absolut reaktionäre Politik des Reiches, der Länder sowie der Kommunen auf diesen Gebieten. Die Belastung der werktätigen Massen mit Steuern wird bis ins unerträgliche gesteigert. 5½ Milliarden Massensteuern, d. h. Steuern auf den Verbrauch, werden in Deutschland erhoben. Nach ausführlichen Darlegungen über den reaktionären Haushaltsetat in Preußen kennzeichnete Genosse Lademann den Bankrott der bürgerlich-sozialdemokratischen Wohnungspolitik sowie den Mißbrauch der unsozialen Hausinsteuer, der zuungunsten der städtischen Mieterschaft getrieben wird. Die Gemeinden sind in ihrer Politik von der Gesetzgebung des Reiches und der Länder abhängig. Was den Mietern heute zugemutet wird, übersteigt alle Grenzen. Nachdem Genosse Lademann über die Nöte der proletarischen Siedler und den unerhörten Mietwucher in den Neubauwohnungen sowie deren Ursachen gesprochen hat, und zum Schluß seiner Ausführungen alle Siedler und Neubaumieter aufforderte, sich fest zusammenzuschließen, sprach der Stadtverordnete Genosse Günther über die reaktionäre Wohnungspolitik des hallischen Magistrats und das Wohnungselend der Stadt Halle. Durch die Zuschläge, die in Halle erhoben werden, bezahlen die hallischen Mieter in Wirklichkeit 131 Prozent der Friedensmiete. Die Forderung der Kommunisten, einen großzügigen kommunalen Wohnungsbau in eigener Regie durchzuführen, wird ständig abgelehnt.

Die beiden Referate wurden von allen Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. In der Diskussion schilderte ein Redner die skandalöse Beleuchtung des neuen Stadtteils im Süden. In einigen Straßen sind die Mißstände derart, daß für die Bewohner die größten Gefahren bestehen. Man hat nicht den Eindruck eines neuen Stadtviertels, sondern die Zustände sind dort schlimmer als auf dem Dorfe.

Nach kurzen Ausführungen einiger anderer Redner, die sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden erklärten, wurde die erfolgreiche Versammlung mit einem Appell an alle Neubaumieter und Siedler, am kommenden Sonntag für die Liste der Kommunisten zu stimmen, geschlossen!

Polizeischikanen gegen die Wahlpropaganda der KPD.

Mit welchen schäbigen Mitteln die hallische Polizei schon jetzt versucht, die Wahlpropaganda der Kommunistischen Partei zu unterbinden, beweisen die Vorkommnisse am Sonnabend abend in der Böck- und Ziethenstraße. Die Kommunistische Partei machte an diesem Abend mit ihrem auf einem Auto befindlichen Lautsprecher in diesen Straßen Wahlpropaganda. Nachdem man einigen Genossen schon die Hörnersignale zu gehen untersagt hatte, erschien in der Böckstraße plötzlich ein Kollkommando. Ein Polizeibeamter machte unseren Genossen auf die Bestimmungen des zweiten Polizeipräsidenten im brutalen Polizeiton aufmerksam. Die Genossen begaben sich mit dem Auto von der Böckstraße nach der Ziethenstraße, um die auf dem Erlaubnisschein angegebene Zeit (bis 19 Uhr) voll auszunützen zu können. Der verantwortliche Genosse hatte 3 Minuten vor 19 Uhr dem Referenten Bescheid gegeben, zum Schluß zu kommen. Plötzlich erschien aber dasselbe Kollkommando von neuem und forderte unsere Genossen in provokatorischer Weise auf, Schluß zu machen, andernfalls sie den gesamten Wagen beschlagnahmen würden. Alle berechtigten Einprüche, auch die der umstehenden Passanten, wurden schroff abgewiesen. Als man den übereifrigen Polizeibeamten darauf hinwies, daß ja noch sämtliche Läden offen hätten, was ein Zeichen dafür sei, daß es noch nicht 19 Uhr ist, erklärte er, er sei doch nicht von der Wach- und Schließgesellschaft. Hieraus kann man ersehen, daß die Polizeibeamten ihre Befugnisse weit überschreiten.

Trotz dieser Schikanen wird sich aber die Kommunistische Partei nicht behindern lassen, ihre Wahlpropaganda in unvermindertem Umfange fortzusetzen. Die Stadtorganisation Norden der Partei hat es verstanden, durch dieses originelle Propagandamittel die gesamte Bevölkerung aufzurütteln und über die dringendsten Fragen des Wahlkampfes aufzuklären. Das Bürgertum und vor allem die SPD. verfolgt die kommunistische Wahlpropaganda mit wütendem Haß. Trotz alledem, am 17. November wählen alle Werktätigen von Halle Kommunisten!

Unternehmersabotage gegen die ADK.

75 Mark Geldstrafe wegen Nichtablieferung der Kassenbeiträge

Die gesamte Reaktion führt einen wütenden Kampf gegen die Sozialversicherung im allgemeinen und gegen die Ortskrankenkasse im besonderen, vor allem, weil diese nicht so unter der Unternehmerfuchtel stehen wie die Betriebskrankenkassen. Dieser Kampf beschränkt sich nicht nur auf eine gemeine Pressehetze und Verleumdungskampagne, sondern steigert sich seitens der Unternehmer vielfach bis zur Sabotage durch Zurückhaltung der Beiträge.

Ein solcher Fall stand vor dem hiesigen Einzelrichter zur Verhandlung. Die Inhaberin einer Steinsetzfirma B., Halle, die das Unternehmen für ihren Mann leitet, war wegen Nichtzahlung der Beiträge für die beschäftigten Arbeiter und Handwerker seit dem Bestehen der Firma im April 1928 angeklagt. Diese Summe ist auf zirka 600 Mark aufgelaufen. Alle Mahnungen seitens der Kasse fruchteten nichts, so daß die Verwaltung schließlich Strafantrag stellte.

Frau B. entschuldigte die Nichtzahlung mit der angeblich schlechten Geschäftslage des Unternehmens. Die wöchentlichen Einnahmen für ausgeführte Arbeiten hätten immer gerade notdürftig zur Auszahlung der Arbeiterlöhne gereicht. Sogar ihr Mann habe oftmals seinen zuständigen Lohn nicht bekommen können. (Der Arme ist wirklich zu bedauern.)

Dem Staatsanwalt kam jedoch die ganze Sache nicht ganz „koscher" vor, daß in zirka 1½ Jahren nicht ein einziges Mal so viel Geld übrig gewesen sein sollte, um die Beiträge zu bezahlen. Im übrigen gibt es keine Ausrede, denn die Bezahlung der Sozialbeiträge ist zwingende Pflicht. Es wurde infolgedessen eine Geldstrafe von 75 Mark, hilfsweise 1 Tag Gefängnis für je 5 Mark, beantragt. Das Urteil des Richters schloß sich dem Antrag an.

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Sabotagekampf der Unternehmer gegen die ADK. Die auf diese Weise zurückgehaltenen Beträge gehen insgesamt in die Hunderttausende. Da muß mit eisernem Besen gefegt werden.

Weiblicher Paletotmarder gefaßt

Die Polizei nahm eine etwa 25jährige Frau fest, auf deren Konto eine ganze Menge Diebstähle von Herrenüberziehern kommen. Die Diebin wurde auf Grund einer Beschreibung ermittelt. Sie war öfter gesehen worden, wie sie mit einem Mantel über dem Arm ein Lokal verließ.

Die KPD. ist die Partei der Werktätigen

SPD. und Bürgerblock ohne Mas

Die Flucht vor Schaumburg — Die Pleite des Bürgerblocks wird immer größer — Am Freitag: Massenversammlung der KPD. im „Volkspart"

Mit aller Gewalt will die hallische SPD. den Einfluß der Kommunistische Partei unter der Arbeiterschaft brechen. Minister oder sonstige bekannte sozialfaschistische „Größen" müssen deshalb herhalten, um in Halle die ††† Kommunisten auszurotten. Gestern sollte Breitscheid, der sozialdemokratische Mächtegern-Außenminister im Thalia-Saal diese Aufgabe besorgen. Wer geglaubt hat, daß durch die Ankündigung dieser sozialfaschistischen Leuchte ein Massenbesuch zu verzeichnen gewesen sein müßte, der irrte sich. Kaum 500 Personen hatten sich im Thalia-Saal versammelt.

Zu Beginn der Versammlung machten ungefähr 50 Nationalsozialisten einen anständigen Radau. Ihr starker „Mut" bewies sich in dem Moment, als sie aus dem Saale gewiesen wurden. Der ganze Troß ging auf Grund des Befehls des Versammlungsleiters ohne größeren Widerstand aus dem Saale.

Die Ausführungen Rudi Breitscheids bewiesen, daß die Demagogie der sozialdemokratischen Politik Prinzip geworden ist. Im Gegensatz zu den Auffassungen des Zentralorgans der SPD., dem „Vorwärts", vertrat er den Standpunkt des Bestehens einer tatsächlichen kapitalistischen Republik. Der „Vorwärts" behauptete bekanntlich mehrmals in der letzten Zeit, die deutsche Republik könne nicht als eine kapitalistische Republik bezeichnet werden. Mit gewissenloser Argumentation wollte er die ungeheure Verschuldung sozialdemokratischer Koalitionspolitik versuchen.

In allgemeinen Plattheiten erging sich Rudi Breitscheid auf dem Gebiete der Koalitionspolitik, die nach seiner Darstellung so „glänzende Erfolge für die Arbeiterschaft" gebracht hat. Mit Begeisterung zog er gegen die marxistische Lehre von der Diktatur des Proletariats los. Seine ganze Rede war sonst außerordentlich monoton gehalten. Nur in dem Moment, als er das Problem der Diktatur des Proletariats behandelte, rief er mit großer Begeisterung zum Kampf gegen die Diktatur, also auch gegen die Sowjetunion auf. Das waren in der Versammlung die einzigsten begeisternden Sätze, die gesprochen wurden.

Die Langeweile der Versammlungsbesucher wuchs zusehends. Nach Breitscheid bekam Schaumburg das Wort. Kaum hatte er mit seinem Referat begonnen und schon setzte die Massenflucht der Versammlungsbesucher ein. Auf den ersten Schlag standen ungefähr 100 Versammlungsbesucher auf. Im Verlaufe der Rede Schaumburgs wuchs die Zahl der Flüchtenden in immer stärkerem Maße an. Es war auch nicht besonders interessant, seine Verteidigungsrede über die Umwandlung der städtischen Werke in Aktiengesellschaften anzuhören. Dem Ordnungsblock war er eine Parteibuchpersonalpolitik bei der Besetzung der öffentlichen Aemter vor. Er verzaß in diesem Moment nur zu erwähnen, daß bei der Aufziehung der Aktiengesellschaften auch das Parteibuch der SPD. eine große Rolle gespielt hat.

Ohne Begeisterung wurde die Versammlung um ¾11 Uhr geschlossen. Man getraute sich nicht, eine Diskussion zuzulassen. Von dem ganzen Schwindelgebäude, z. B. sozialdemokratischer Sozialpolitik, wäre in der Diskussion nicht das geringste übriggeblieben.

Auch ein Breitscheid hätte hier wenig retten können. Angst vor der Diskussion und die Abwürgung derselben.

Dreimal Bürgerblock-Pleite!

Auch die dritte Wählerversammlung der sogenannten „bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft" im Saale des „Wintergarten" für ihre Veranstalter eine Pleite. Es hatten sich ganze 250 Spießbürger eingefunden. Vielleicht hatte man den Spiegelsaal des „Wintergarten" genommen, weil die Besucherzahl nach beiden Seiten hin verdoppelt. Theater wurde wiederum von dem Bürgerblock-Bloc ca. 20 Minuten Verspätung eröffnet. Er wies eingang hin, daß das alte Sprichwort, es würde nitgends so viel als vor einer Wahl usw., zu Recht bestände. Und gleich z. B. zu behaupten, daß für den ungeheuren Skandal der Bürgerblock nicht verantwortlich gemacht könne. Es sei diesem sogar gelungen, von den 12 Millionen verloren gegangenen Geldern noch 7 Mil „retten". Ein alter Witzbold ist Herr Hirsch, das muß lassen.

Nach ihm startete der Stadtverordnete Michel ein sehr primitiven Halbstunden-Referat: „Wirtschaft und Kommunalpolitik." Er behauptete, es könne bei dieser Wahl nur zwei geben: Entweder man wähle marxistisch oder bürgerlich, grenzenlose Dummheit oder Demagogie dieser Leute ist. zialdemokratischen Freunde und Kommunisten unter den meinnamen „Marxisten" in einen Topf zu werfen, lassen wir gestellt.

Als Hauptforderung des Bürgerblocks verkündete er die Privatisierung der Regiebetriebe, den Steuerabbau für die Mittelstand (d. h. für die Kapitalisten!) eine sogenannte gerechte Besteuerung der städtischen Arbeiten" (Michel ist bekanntlich Stadtverordneter) usw. — Als letzter Referent trat dann der Angestellten-Sekretär Barthel auf, der im großen und ganzen auch nur dieses als seine beiden Vorredner zu sagen hatte.

*

Bürgerblock und SPD. in Halle — ohne Massen! Das Ende dieser reaktionären Gesellschaft nur recht! Die werktätige Bevölkerung Halles kennt nur eine Partei, die rücksichtslos für ihre Interessen kämpft:

Die Kommunistische Partei!

Die Arbeiterschaft von Halle besucht am Freitag, den 20 Uhr die im „Volkspart" stattfindende

große öffentliche Wählerversammlung

in der Genosse Wilhelm Koenen spricht!

Am Sonnabend: Massendemonstration — Fackelzug!

104 Wahlbezirke in Halle!

Wahlzeit von 9 bis 6 Uhr

Die Stadtverordneten- und Provinziallandtagswahlen werden in Halle in 104 Wahlbezirken vorgenommen. Die Wahl erfolgt am kommenden Sonntag in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends. Für beide Wahlen (Provinz und Stadtverordneten) werden amtliche Stimmzettel ausgegeben und enthalten die Namen der Partei sowie die Namen der ersten vier Kandidaten aller zugelassenen Wahlvorschläge. Die Stimmzettel für die Stadtverordnetenwahl bestehen aus weißem Papier, die für die Provinziallandtagswahl aus rötlichem Papier. Der Stimmzettel zur Provinziallandtagswahl wird in einen roten Wahlumschlag, der für die Stadtverordnetenwahl in einen weißen gesteckt. Jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte, der mit der reaktionären Politik des Bürgerblocks und der Sozialdemokratie Schluß machen will, macht sein Kreuz in den Wahlvorschlag der Kommunistischen Partei,

Liste Nr. 3!

Raubüberfall am hellen Tage

Auf dem Wege von Dieskau nach Döllnitz wurde der Reisende Schulz von einem Unbekannten überfallen und ihm die Handtasche, in der sich etwa 1200 Mark einkassierte Gelder für die Döllnitzer Gosenbrauerei befanden, entrissen. Der Täter flüchtete und konnte bisher noch nicht ermittelt werden. Der Ueberfall erfolgte am hellen Tage, zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags.

Hallische Tageschronik

Eine Frau in der Heide tödlich überfahren

Wer kennt die Tote?

Am Dienstag, dem 12. November 1929, gegen 16 Uhr wurde auf dem Wege vom Heidepark nach Lettin am Rande der Heide auf halbem Wege zwischen Schillers Garten und Erholungsheim eine Frau von einem Personenkraftwagen, der aus der Richtung Heidepark kam, erfaßt und zur Seite geschleudert. Die Frau ist an den Folgen der Verletzungen sofort verstorben.

Beschreibung: 35 bis 40 Jahre alt, dem Arbeiterstand angehörig, unterfest, dunkles langes Haar, schwarzes Kleid, schwarze Strümpfe weiße Unterwäsche ohne Zeichen, grau-schwarz durchwirkter Pullover, grüner Filzhut mit buntem Band.

Wer kennt die Tote? Mitteilung an die Kriminalpolizei, Zimmer 57 erbeten.

Für 100 Mk. Schuhe gestohlen

In der Nacht vom 11. zum 12. November wurde in einem Laden und einer Reparaturwerkstatt in der Großen Steinstraße ein Einbruch verübt. Gestohlen wurden Schuhe und Schuhmacherbedarfsartikel im Werte von etwa 100 Mark.

Achtung! Parteigenossen der Stadtteile Norden, Westen Südwesten!

Stadtteil Norden! Morgen Donnerstag „Volkspark" wichtige Stadtteilmitgliederversammlung. Genossen müssen erscheinen!

Stadtteil Westen und Südwesten: Donnerstag, 20 Uhr, im Produktiv-Saal erweiterte Funktionärsitzung. Stadtteilleitungsmitglieder, Kassierer, Unterkassierer und Zellenleiter müssen erscheinen.

Tagesordnung: Unsere Aufgaben zur Wahl!

Alle Parteigenossen, die im Besitz eines Motorrades Fahrrades sind, bitten wir, sich bei der Bezirksleitung, felstraße 14, Zimmer 8, zu melden.

Einbruch in der Gartensiedlung. In der Nacht vom Mo Dienstag wurde in einem Neubau der Gartensiedlung ein Einbruch verübt. Gestohlen wurden Bretter, Werkzeug rohre, Farben, Lacke und Pinsel im Werte von etwa 1

Theater, Konzerte, Vortr

Walhallatheater. Am 16. November beginnt ein M. Tausigs Magazin-Revue „Das lebende Magazin" in 8 rischen und humoristischen Bildern, welche in allen Gro In- und Auslandes größte Erfolge erzielte. Außer der preisgekrönten Schönheit Baroneß Marietta v. Scotti wirke einer erstklassigen Solo-Besetzung verschiedene internationale tionen mit.

Volksbühne. Der 7. offene Singabend (der erste dieses findet am Donnerstag, dem 14. November, abends 20 Uhr Aula der Talamtschule statt.

Volkshochschule. Am Donnerstag, dem 14. November, beginnt im Lyzeum I, Universitätsring 21 (Eingang Ecke Vortragsreihe der Herren Dr. Friedrich Viol und Gaartz „Das moderne Lied" (Werke von Zilcher, Grünt, Schönberg, Matthiesen) mit Gesangs- und Klaviervorträgen.

Im Stadttheater geht am kommenden Freitag Hans Pitzners „ arme Heinrich" zum ersten Male in dieser Spielzeit in Szene. Leitung hat Generalmusikdirektor Erich Band, die Spielleitung A. W. wirken mit die Damen Blaha und Schibel und die Herren Demel, Mugemeier. Das Bühnenbild gestaltete Heinz Behrens.

Die „Klassenkampf"-Rechtsauskunftsstelle

in unserer „Volksbuchhandlung", Halle, Harz 1 (neben der kaufsstelle des Allgemeinen Konsumvereins) ist an den Wochentagen von 3 bis 7 Uhr, Sonnabends von ½9 bis 2 Uhr Schriftlichen Anfragen ist eine Gebühr von 50 Pf. sowie Rückporto von 15 Pf. beizulegen. Für Auskünfte, Anträgen, Klagen usw ist eine Gebühr von 50 Pf. zu zahlen. fragen, die Gebühr und Rückporto nicht enthalten, werden beantwortet.

Alle Zuschriften sind nach wie vor zu richten an: „Klassenkampf" Rechtsauskunftsstelle, Halle, Postfach II, Schließfach.

Radfahrer! ● Billige Preise ● Gummi-Bi

SCHWEFEL-SÄURE-WERKE GRÖLITZER
KOHLEN-DIOXYD
SCHWEFEL-SÄURE
DIE WINDROSE VON HALLE

Gestank über Halle

Die große Wahlrevue der KPD.

Heute abend, um 20 Uhr, erfolgt die 2. Aufführung

Wintergarten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291113-16/fragment/page=0006

Versammlungen der KPD.

Stadtorganisation Halle

13. November, 20 Uhr, im „Wintergarten" Wiederholung der Wahlrede. Referent: Genosse Karl Schulz.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, wichtige Stadtteilversammlung. Tagesordnung: Die letzten Wahlvorbereitungen. Die Bezirksleitung verpflichtet, ebenfalls zu erscheinen.

Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, im „Thüringer Hof" Wintergarten" teil. Freitag, 15. November, treten alle Genossen im Schlachthof zum Werbeumzug an. Sonntag, 17. November, 10 Uhr an Lokalen zur Werbearbeit. Unser Stadtteilbüro befindet sich jetzt Delitzscher Straße.

Donnerstag, 20 Uhr, im „Rolksport" öffentliche Wahlversammlung. Referenten: Genossen W. Koenen und O. Härtel.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Mittwoch, 13. November, 20 Uhr, im „Walmbaum" öffentl. Versammlung. Referent: Genosse Schmitt.

Mittwoch, 13. November, 20 Uhr, im „Goldenen Adler" öffentliche Versammlung. Referent: Genosse W. Koenen.

Mittwoch, 13. November 20 Uhr, im „Schwan" öffentl. Versammlung. Referent: Genosse Wollmann.

Mittwoch, 13. November 20 Uhr, bei Kleinschmidt öffentl. Versammlung. Referent: Genosse Schliebs.

Mittwoch, 13. November 20 Uhr, bei Glaser öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Steinmetz.

Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, bei Mösslein öffentliche Versammlung. Referent Genosse Steinmetz.

Donnerstag, 14. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Wollmann.

Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, bei Osterland öffentliche Versammlung. Referent Genosse W. Otto.

Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, im Gasthof öffentliche Versammlung. Referent Genosse Grade.

Donnerstag, 14. November 20 Uhr, in der „Sonne" öffentliche Versammlung. Referent Genosse Hirsemann.

Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, bei Rauschenbach öffentliche Versammlung. Referent Genosse Gutjahr.

Donnerstag, 14. November 20 Uhr, bei Tenner öffentliche Versammlung. Referent Genosse Lucke.

Donnerstag, 14. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref.: Gen. Mädig.

Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung bei Hoffmann. Referent: Genosse Kölz.

Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung bei Richter. Referent Genosse Curtius.

Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, bei Kirtz öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Dr. Röber.

Freitag, 15. November, 20 Uhr, im Gasthof öffentliche Versammlung. Referent Genosse W. Otto.

Freitag, 15. November, 20 Uhr, im Gasthof öffentliche Versammlung. Referent Genosse Lichtenhain.

Freitag, 15. November, 20 Uhr, im Gasthof öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Mädig.

Freitag, 15. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung im „Landhaus". Referent Genosse Lütsch.

Freitag, 15. November, 20 Uhr, bei Bolze öffentliche Versammlung. Referent Genosse Lobet.

Freitag, 15. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung, „Zur Linde". Referent der BZ.

Freitag, 15. Nov., 20 Uhr, öfftl. Versammlung. Ref.: Gen. Wollmann.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Mittwoch, 12. November, 20 Uhr, im Lokal Bodin öffentliche Versammlung. Referent Gen Lademann.

Mittwoch, 13. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung bei Becker. Ref. H. Fritz.

Donnerstag, 14. Nov., 20 Uhr, bei Hanskeln Aufführung der Volksbühne.

Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Referent Gen. Baumann.

Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, im „Schützenhaus" öffentliche Versammlung. Referent Genosse W. Koenen.

Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, im Gasthaus öffentliche Versammlung. Referent Genosse Kühn.

Freitag, 15. Nov., 20 Uhr öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Hirsemann.

Freitag, 15. November, 20 Uhr, bei Lindner öffentliche Versammlung. Referent der BZ.

Freitag, 15. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung im Gasthaus. Referent Genosse Gierth.

Freitag, 15. Nov., 20 Uhr, bei Ocker, Aufführung der Wahlrede.

Freitag, 15. November, 20 Uhr, im Gemeindegasthof öffentliche Versammlung. Referent Genosse R. Sachs.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Referent Genosse Deter, Berlin.

Mittwoch, 13. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Schippa.

Mittwoch, 13. Nov., 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Ref. Gen. Boedeker.

Mittwoch, 13. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Heubert.

Mittwoch, 13. Nov., 15 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Schippa.

Mittwoch, 13. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Hippner.

Freitag, 15. Nov., 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Ref. Gen. Schlag.

Freitag, 15. Nov., 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Ref. Gen. Fischer.

Freitag, 15. Nov., 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Ref. Gen. Fischer.

Freitag, 15. Nov., 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Referent der BZ.

Freitag, 15. Nov., 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Ref. Gen. Boedeker.

Freitag, 15. Nov., 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Ref. Gen. Schippa.

Freitag, 15. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Schippa.

Unterbezirk Mansfeld

Mittwoch, 13. Nov., 20 Uhr, bei Wernicke öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Merzwinski.

Mittwoch, 13. Nov., 20 Uhr, öffentl. Vers. Ref. Gen. F. Benling.

Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, bei Lohmeyer öffentliche Versammlung. Referent Genosse W. Schulz, Berlin.

Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, im Lokal „Sonne" öffentliche Versammlung. Referent Genosse Merzinski.

Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, zur „Linde" öffentliche Versammlung. Referent Genosse H. Benling.

Freitag, 15. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung in „Langestraße". Referent Genosse F. Benling.

Freitag, 15. November, 20 Uhr, bei Dolge öffentliche Versammlung. Referent Genosse Benkmann.

Freitag, 15. Nov., 20 Uhr, im Lokal „Zur Birke" öffentliche Versammlung. Referent Genosse Silberberg.

Freitag, 15. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung bei Seifert. Referent Genosse F. Weiße.

Freitag, 15. November, 20 Uhr, im Gasthof öffentliche Versammlung. Referent Genosse Steinmetz.

Seeburg. Mittwoch, 13. November, 20 Uhr, im Lokal „Forelle" öffentliche Versammlung. Referent: Genosse O. König.

Schochwitz. Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Referent: Genosse König.

Zappenbord. Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung im Lokal Raab. Referent: Genosse J. Geist.

Helbra. Freitag, 15. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Feilbern.

Molmerswende. Freitag, 15. November, 20 Uhr, bei Kalbe öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Dolgner.

Hettstedt. Freitag, 15. November, 20 Uhr, im „Hohenzollernpark" öffentliche Versammlung. Referent: Genosse K. Schulz.

Teutschenthal. Alle Parteigenossen, „Klassenkampf"-Leser und Jugendgenossen treffen sich Donnerstag 20 Uhr im „Bürgerhof" zur Einteilung der Wahlarbeit.

Unterbezirk Sannerhausen-Nordhausen

Wallhausen. Mittwoch, 13 November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung.

Oberröblingen am See. Mittwoch, 13. Nov., 20 Uhr, im „Kaiserkeller" öffentl. Versammlung. Öffentliche Versammlung. Referent Genosse W. Paull.

Bielen. Mittwoch, 13. November, 20 Uhr, bei Rolle öffentliche Versammlung.

Heinrode. Mittwoch, 13. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versamml. Ref. Gen. L. Einicke.

Elende. Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung.

Niedersachsen. Donnerstag, 14. Nov., 20 Uhr, in der Gemeindeschänke öffentliche Versammlung.

Gehofen. Sonnabend, 16. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung.

Artern. Freitag, 15. November, 20 Uhr, im „Goethehaus" öffentliche Versammlung Referent Genosse Schliebs.

Sangerhausen. Freitag, 15. November, 20 Uhr, im „Herrenkrug" öffentliche Versammlung. Referent W. Koenen.

Nordhausen. Freitag, 15. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Grade.

Roßla. Freitag, 15. November, 20 Uhr, im „Mutha Fehlitz" öffentliche Versammlung. Referent Gen. K. Schulz, M. d. L., Berlin.

Rodis. Mittwoch, 13. Nov., 20 Uhr, öffentliche Versammlung bei Wiedemann. Referent der BZ.

Rotha. Mittwoch, den 13. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung bei Jahn. Referent Gen. Quinzel.

Stolberg. Mittwoch, 13 Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Referent der BZ.

Tornau. Mittwoch, 13. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Schneider.

Reinsdorf. Mittwoch, 13. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung.

Falkenstein. Mittwoch, 13. November, 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. der BZ.

Thalheim. Mittwoch, 13. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Hahn.

Mösl. Mittwoch, 13. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Brünnig.

Schmittsdorf. Mittwoch, 13. Nov., 20 Uhr, öffentl. Verl. Ref. Gen. Hildebrand.

Netzsch. Donnerstag, 14. Nov., 20 Uhr, in der Gemeindeschänke Mitgliederversammlung.

Dähen. Donnerstag, 14. Nov., 20 Uhr, im „Bürgergarten" öffentliche Versammlung. Referent Genosse Lademann.

Groppin. Donnerstag, 14. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Berger.

Zorpin. Donnerstag, 14. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Fiedler.

Schwemsal. Donnerstag, 14. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versamml. Ref. Gen. Schneider.

Upstedt. Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung.

Holzweißig. Donnerstag, 14. Nov. 20 Uhr, bei Schulze öffentliche Versammlung. Referent der BZ.

Pauch. Donnerstag, 14. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Plättner.

Debren. Donnerstag, 14. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versamml. Ref. Gen. Hildebrand.

Wittenberg-Piesteritz. Freitag, 15. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Referent Genosse Oessig.

Kemlin. Freitag, 15. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Lademann.

Gniest. Freitag, 15. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Galander.

Pratau. Freitag, 15. November, 20 Uhr, im Gasthof öffentliche Versammlung.

Zahna. Freitag, 15. November, 20 Uhr, im Lokal Roa, Golpa, öffentliche Versammlung. Referent Genosse Mühle.

Reuden. Freitag, 15. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung bei Krauemann.

Wolfen. Freitag, 15. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Berger.

Altjessnitz. Freitag, 15. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Nimke.

Riemegk. Freitag, 15. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Schneider.

Mühlbeck. Freitag, 15. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Plättner.

Piesteritz. Freitag, 15. November, 20 Uhr, Funktionärsitzung.

Wartenburg. Freitag, 15. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Andrasek.

Jerbig. Freitag, 15. Nov., 20 Uhr, öffentliche Versammlung im „Schützenhaus". Referent Genosse B. Rothe.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Wildenhain. Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung bei Franke. Referent Genosse B. Müller.

Niederzeuchein. Mittwoch, 13. November, 20 Uhr, bei Rothe öffentliche Versammlung. Referent Genosse Dietze.

Mockrehna. Mittwoch, 13 Nov., 20 Uhr, bei Thäle öffentl. Verl. Ref. Gen. Müller.

Strella. Mittwoch, 13. Nov., 20 Uhr, bei Krüger, öffentl. Verl. Ref. Gen. Kielke.

Annaburg. Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, im „Bürgergarten" öffentliche Versammlung. Referent Genosse W. Koenen.

Uebigau. Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, bei Steinert öffentliche Versammlung. Referent Genosse H. Schmitt.

Schilda. Donnerstag, 14. November 20 Uhr, im Gasthof öffentliche Versammlung. Referent Genosse O. Schlag.

Weinsdorf. Mittwoch, 13. November, 20 Uhr, im Gasthof öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Naumann.

Fichtenberg. Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, im Gasthof öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Haberland.

Mühlsichen. Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, bei Seifert öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Jda Reif.

Mückenberg. Freitag, 15. November, 20 Uhr, bei Rokoff öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Kunz.

Trebbichau. Freitag, 15. November, 20 Uhr, bei Dombrowski öffentliche Versammlung. Referent: Genosse H. Schmitt.

Torgau. Freitag, 15. November, 20 Uhr, im „Tivoli" öffentliche Versammlung. Referenten: Genosse P. Müller und Genossin Ida Lehmann.

Falkenberg. Freitag, 15. November, 20 Uhr, im „Gesellschaftshaus" öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Kroh.

Schildau. Freitag, 15. November, 20 Uhr, im „Sachsenhof" öffentliche Versammlung, verbunden mit Filmaufführung. Referent: Genosse Höder.

Mühlsuppe. Freitag, 15. November, 20 Uhr, im „Griff" hat einen großen englischen Kreuzer von etwa 15 000 Tonnen durch Torpedoschuß zum Sinken gebracht und sich zum Schluß selbst in die Luft gesprengt.

Nichtewitz. Freitag, 15. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung im Gasthof. Referent: Genosse Kirste.

Unterbezirk Delitzsch

Hohenpritzsch. Mittwoch, 13. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung.

Doberschütz. Mittwoch, 13. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Michaelis.

Eilenburg. Mittwoch, 13. November, 20 Uhr, in der „Stadthalle" öffentliche Versammlung. Referent Genosse Grade.

Selben. Mittwoch, 13. Nov., 20 Uhr, im Gasthof öffentl. Verl. Ref. Gen. F. Voigt.

Bobritzsch-Hilbersdorf. Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, bei Krüger öffentliche Versammlung. Referent Genosse Schneppenberg.

Beerendorf. Donnerstag 14. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versamml. Ref. Gen. Gebhardt.

Röhsen. Donnerstag, 14. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Gr.

Wehlitz. Donnerstag 14. Nov., 20 Uhr, öffentl. Versammlung. Ref. Gen. Stöbel.

Gr.-Rissa. Mittwoch, 13. November, 20 Uhr, im Gasthof öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Tretlich.

Serbitz. Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung im Gasthof. Referent: Genosse Wiesner.

Delitzsch. Freitag, 15. November, 20 Uhr, im „Lindenhof" öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Deter, Berlin.

Döberitz. Freitag, 15. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung im Gasthof.

Eutzsch. Freitag, 15. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung im Gasthof. Referent: Genosse Baumgärtel.

Beuna. Freitag, 15. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Wiesner.

Lübnitz. Freitag, 15. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung im Lokal Eichwald. Referent: Genosse Gebhardt.

Döbern. Freitag, 15. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung im Gasthof. Referent: Genosse Mulsmann.

Tiefenfurt. Freitag, 15. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Treitsch.

Gielsen. Freitag, 15. November, 20 Uhr, im Gasthof öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Chemnitz.

Hainichen. Freitag, 15. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Platz.

Werben. Freitag, 15. November, 20 Uhr, im Gasthof öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Wagner.

Jächlitz. Freitag, 15. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Referentin: Genossin R. Hermann.

Günthersdorf. Freitag, 15. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Amende.

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

Mitteilung der BZ. Heraus zur Kundgebung anläßlich des 10jährigen Bestehens der KJD. Teilnehmer bis Montag, 18. November, bei der BZ. melden, um den Genossen Quartier zu sichern (auch Radfahrer).

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Erwerbslose Genossen — betrifft Marsch nach Berlin zum Jugendtreffen — treffen sich zur Besprechung Mittwoch vormittag 11 Uhr in der Produktion.

Halle, Westen. Alle Radfahrer treffen sich Mittwoch 16 Uhr an der Produktion.

Halle, Süden. Achtung! Mittwoch 20 Uhr in der Produktion. Jungmädelversammlung. Restloses Erscheinen eines jeden Genossen ist unbedingte Pflicht. Jeder Genosse bringt seine Kollegen mit.

Halle, Süden 1 und 2. Donnerstag 20 Uhr im Lokal „Roots Hof" Jungmädelversammlung. Jeder Genosse muß unbedingt erscheinen.

Halle, Norden. Donnerstag 20 Uhr im „Volksport" kemb. Versammlung mit Partei.

Halle. Gruppenkassierer Mittwoch 19 Uhr im Bliss abrechnen.

Landsberg. Donnerstag 20 Uhr im „Pelikan" Gruppenabend. Thema: 10 Jahre KJD.

Könnern. Donnerstag 20 Uhr im „Bürgergarten" treffen sich alle Genossen.

Halle. Freitag Antreten der Gesamtorganisation, 19 Uhr, Hallmarkt.

Unterbezirk Merseburg

Mücheln. Mittwoch 20 Uhr im „Gewerkschaftshaus" Unterhaltungsabend. Freunde können mitgebracht werden.

Merseburg. Mittwoch 20 Uhr im bekannten Lokal Mitgliederversammlung.

Mücheln. Freitag, 17.30 Uhr, treffen sich alle Genossen und Genossinnen in Möderling bei Dolier.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Donnerstag 20 Uhr im Jugendheim Mitgliederversammlung.

Naumburg. Donnerstag 20 Uhr im „Goldenen Hahn" öffentliche Jungmädelversammlung.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Bodwitz. Mittwoch 19.30 Uhr Antreten am „Volksbaus".

Langhammer. Mittwoch 20 Uhr Dorfheimabende 240 Gruppenabend. Thema: Russische Revolution.

Torgau. Alle Genossen beteiligen sich am Freitag an der Wahlversammlung der Partei.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Donnerstag 20 Uhr im „Lindenhof" öffentlicher Gruppenabend.

Düben. Freitag, 20 Uhr, bei Göttlich Gruppenabend. Thema: „Russische Revolution."

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung Halle-Merseburg
Halle a. d. Saale, Lerchenfeldstraße 14

Halle. Alle Pioniere kommen Mittwoch um 18 Uhr nach der Produktion.

Halle. Donnerstag um 18½ Uhr in der Produktion Agitprop-Gruppe.

Halle. Freitag um 18 Uhr in der Produktion Kindernachmittag. Lichtbilder.

Weißenfels. Donnerstag um 17 Uhr im Jugendheim Funktionärsitzung.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Weißenfels. Mittwoch, den 13. November, im Restaurant „Zur Tanne" wichtige Mitgliederversammlung. Erscheinen ist Pflicht.

Eisleben. Freitag, 15. November, 20 Uhr, im „Volkshaus" Frauenabend. Es ist Pflicht aller Genossinnen, zu erscheinen.

Bund der Freunde der JAH

An alle Ortsgruppen! Wir ersuchen die Kassierer, sofort die Oktober-Abrechnungen einzusenden, da sonst öffentliche Mahnung erfolgt. gez.

Bitterfeld. Mittwoch, 13. November, 20 Uhr, in den Bettkeder Lichtspielen Filmabend. Zeitbilder.

Hannburg. Mittwoch, 13. November, 20 Uhr, im Gasthof Filmabend: „Licht im Osten." Dazu Bild-Mai.

Rebra. Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, im „Preußischen Hof". Zur Aufführung gelangt „Kameraden".

Elsterwerda. Donnerstag, 14. November, Filmabend im Edison-Theater: „Licht im Osten."

Tatzen. Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, im Gasthof Filmabend: „Namenlose Helden."

Schildau. Freitag, 15. November, 20 Uhr, bei Oswin Hebrack, Schildau, Filmabend: „Licht im Osten."

Mesdorf. Freitag, 15. November, 20 Uhr, im Gasthof: „Die Mutter."

Jüchsen. Sonnabend, den 16. November, 20 Uhr, im Lokal der Frau Volbert, Zeitrip-Jüchsen: „Licht im Osten."

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit! (Deutsche Sektion)

Woigstedt. Mittwoch, 13. November, öffentliche Versammlung. Ref. Krüger.

Letzin. Freitag, 15. November, öffentliche Versammlung. Referent angemeld.

Roßla. Freitag, 15. November, öffentliche Versammlung. Ref. Krüger.

Großstedna Sonnabend, 16. November, öffentliche Versammlung. Ref. Krüger.

es Kaisers Kulis

Theodor Plivier 37

by Malik-Verlag A.-G. Berlin W 50 Nachdruck verboten

Kommt frieg ich den Stoff gar nicht run.er. Das ist ja doller als unser alten „Belgravia"!" — „Was, das Halstuch als Turban? Hier haben Sie, Fräulein!" Das Fräulein trägt einen Korb der rechten Hand. Hans Grimm bindet sich das Tuch ab. Die Kapelle spielt:

„Es weht die Flagge schwarzweißrot ..."

„Kulis kennen nur die erste Strophe. Die Leutnants singen alle drei. Balten ist ein Schwein. Im Arbeitszeug ist Hans gekommen, genau so, wie er aus dem persönlichen Zug kletternd ist. „Weißt Du, was sie sagt?" brüllt er mir zu. Hier haben Sie, Fräulein!" Das Fräulein trägt einen Korb der rechten Hand. Hans Grimm bindet sich das Tuch ab. Die Kapelle spielt:

„Es weht die Flagge schwarzweißrot ..."

„Kulis kennen nur die erste Strophe. Die Leutnants singen alle drei. Balten ist ein Schwein. Im Arbeitszeug ist Hans gekommen, genau so, wie er aus dem persönlichen Zug kletternd ist. „Weißt Du, was sie sagt?" brüllt er mir zu. Hier haben Sie, Fräulein!" — „Was, das Halstuch als Turban?" — „Das ist ja doller Dreck! Aber die Herren Matrosen erzählen nichts von Kriegsschiffen und wie die englischen Vettern schockweise in den Grund versoffen sind. Der „Herr in Gelee" kommt nicht auf Deck jetzt! Das is alles!"

„Unfreundlicher Herr, ihr Kamerad!" wendet der Fabrikant seinem Vorwurf an Jimmy. Und bei Jimmy ist er an den Richtigen gekommen. Der klopft freundschaftlich auf seinen feisten Bauch: „Ich prima Friedenswaare! Wohl immer genug Brot, Butter und 'n bißchen nebenbei, was?" Neben Jan Geulen ist Jimmy eine blasse, ganz zarte Haut, das rote Haar trägt sie in einem Knoten. Jan sieht das Blut in ihr Gesicht steigen. Airiß Jimmy auch eine bei sich. Halbseidener Rock und Strümpfe, Gesicht. Sie arbeitet in einer Pulverfabrik und heißt Anna. Sie spielt mit ihren gelben Händen und nennt sie zaghaft Antje. „Verlorener Didwanst, Dein Bauch wär grad das richtige für die Fische!" — „Oder für den Schützengraben! Was der immer hier rumschaukelt, so'n vollgefressener Strumpf!"

Und wie dieses Matrosen sind wirklich nicht die Helden von der Kriegsmarinenfabrikant geht. Seine Freunde und Frauen gehen. Die Kulis bleibt. Kintze und die Dunkle neben dem Heizer Balten. Und Hans Grimm — —, alle bleiben. Noch andere kommen

Die Matrosen kratzen aus den Hosentaschen ihre paar Groschen zusammen. Wo es nicht langt, wird eine Handtasche geöffnet und geleert.

„Ach, oder „Belgravia", das ist egal. Und besser einen ungefähren Aufl im Bett, als einen Mann im Schützengraben.

Als Jan Geulen am nächsten Morgen munter wird, geht eine Hand über sein Gesicht, seinen Arm, seinen Leib — ganz zart. Helle, ruhige Augen hat die Frau. Auf ihrer Haut zeichnet sich ein Geäst bläulicher Adern.

„Ich weiß gar nicht, wie Du heißt!"

Sie bindet die rote Flut ihres Haares zu einem Knoten. Dann geht sie und kommt wieder mit einem kleinen Mädel: „Lottchen! Vierzehn Monate ist sie alt. Sie war die Nacht über bei der Nachbarin."

Am Fenster, über dem Schreibtisch, hängt ein Bild. Ein Mann mit einem Helm, ein Gewehr in der Hand.

„1914 schon! An der Marne — —"

Jan knöpft den Ueberzieher zu. Die Kleine spielt mit seinen Mützenbändern: „Papa, adda!"

„Es ist schon spät. Auf den Kaffee kann ich nicht warten." — „Du kommst doch wieder, ja?" — „Ich komm — — heute abend! Ich bringe auch Petroleum mit. — Morgen fahre ich auf Urlaub."

„Hans Uhrich, Lithograph", steht am Türschild.

An der Ecke stößt Jan auf die fettgedruckten Zeilen einer ausgehängten Zeitung:

Deutscher Hilfskreuzer im Kampf mit drei englischen Kreuzern.

Wilm 29. Februar hat in der nördlichen Nordsee zwischen dem deutschen Hilfskreuzer „Greif" und drei englischen Kreuzern Kowie einem Zerstörer ein Gefecht stattgefunden. SMS. „Greif" hat

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Unter den Zeilen ist eine Silhouette von SMS. „Greif" abgebildet. „H. D. III" aus Kiel, jetzt hat er einen Namen gekriegt!"

In Donnbrück ist Geulen auf den Schnellzug übergestiegen. In Münster wurde er wieder abgesetzt: seine Karte gilt nur für Personenzüge.

Am zweiten Tag kam er in Mülheim-Ruhr an.

Seine Mutter wohnt in Styrum. Die Straße läuft quer durch die „Walz- und Stahlwerke Thyssen". Hallen und Hochöfen. Bahngleise. Dampfwolken — — am Rand eine verstaubte Häuserreihe.

Das alles hat Jan vergessen — — die Luft, die geschwärzten Häuser, die mit Hausrat vollgepackten Balkons. „Odol, das beste für die Zähne!" schreit noch immer von dem freistehenden Giebel herunter. Und in der Vorderfront geht der Mauerrik bis in die erste Etage hoch, genau wie früher.

Jan geht die Treppe hoch, ganz langsam. An der Tür das Porzellanschild mit dem Messingrand. Niemand öffnet, auf dem Flur ist es ganz dunkel.

Die Nachbarin. Frau Hödens:

„Jan, Du! Na sowas! Und so groat geworden! Man muß woll jetzt „Sie" sage? Ja, Eine Mama is auf Schicht, bis heute abend. Komm doch rein!"

„Katrin? Die is nach Kartoffeln! — — Nein, das kann noch lange dauern. Heute morgen is sie weg. Aber da muß man manchmal bis abends stehen. Das kleine Mädel is so nett und fitschig."

„Ich will man bloß mein Paket hier abstellen, Frau Höckens. Vielleicht finde ich die Katrin!" — „Urlauber kommen gleich ran. An der Bahnunterführung. Du siehst schon, da, wo die Frauen stehen!"

Als er schon einen Treppenabsatz runter ist, ruft sie hinterher: „Der Rudi und der Hännes, die spielen unten" — — Rudi und Hännes, die rutschten auf dem Boden rum, als er von Hause wegging. Katrin kam grade in die Schule; dreizehn muß sie jetzt alt sein — — —

Frauen! Sie stehen zu vieren, eine lange Schlange, an die hundert. Kinder, ein paar Männer, ein paar dreckige Felduniformen dazwischen. An der Speicherür stehen zwei Polizisten. Die Tür ist geschlossen.

Jan schlendert an der Schlange vorbei. Die Frauen — — ihre Röcke fallen in steifen Falten, grobe Stiefel, Holzpantinen. Keine Formen, keine Gesichter, keine Frauengesichter! Sie sehen Jan an und bleiben ganz ruhig dabei.

„Auch wieder so einer ..." Das sagt eine hinter seinem Rücken, fast feindselig. Jan dreht sich um. „Ja, Dich mein ich! Diese Frontoschen! Und dazu die Mariner — — Kommen gleich ran. Und wir müssen hier stehen und warten!" Die mageren Wangen der Frau und die Gesichter hinter ihm, mit Kopftüchern, strähnigen Haaren, sind blau gefroren.

Bewegung kommt in den Haufen.

Die Schuppentür wird geöffnet.

Schultern! Haarknoten! In dem farblosen Haufen, in Höhe der Hüften Rattenschwänze von Zöpfen, kleine Mädchen! Alle schieben und drängen. Sie haben Angst, daß die Ladung vorn alle ist, ehe sie an der Reihe sind.

25 Pfund Kartoffeln erhält jeder.

Jan sucht sich um den Haufen herum.

Gesprächsfetzen:

„ ... einen Schuß in die Lunge! Die Mutter hat einen Schlag gekriegt!" — „Die Schulzen, die kleine Schwarze! Der Mann war man noch erst auf Urlaub. Sieben Monate ist das her. Nu is sie bald so weit, hat schon einen ganz dicken Bauch! Und jetzt ist der Mann gefallen!" — „Was der für ein Kraut raucht! Da kommt einem ja die Spucke hoch!" — „Diese Urlauber! Ihren Mann hat Sie zu Hause bei der Wäsche gelassen. Und der setzt die Papierhemden mit auf! Alles Matsch, als die Frau nach Hause kam!" — „Wenn man Geld hätte, dann könnte man hinfahren ins Lazarett!"

Jan sieht ein Mädchen mit braunen, glatten Haaren, ein Mädchen von vielleicht zwölf Jahren. Das Gesicht von dem Matrosen und dem Kind bleiben aneinander kleben.

„Katrin!"

„Jan ..."

„Das bist Du, Katrin!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291113-16/fragment/page=0007

Ein typischer SPD.-Führer

Es fügt sich gut, daß der 17. November vor der Türe steht. Wahltag ist Zahltag!

Die Parteien, die um die Stimmen der Massen feilschen, marschieren zwar getrennt, aber es gibt nur zwei Fronten. Auf der einen die geschlossene Front der Ausbeuter und Arbeiterver-

Otto Buchwitz

ein Musterexemplar der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und „Führer" der SPD. in Niederschlesien

räter, der Kriegshetzer und korrumpierten Trustkommis, auf der anderen allein die der Unterdrückten mit der Kommunistischen Partei an der Spitze.

Vor keinem Mittel schrecken die verbündeten Reaktionäre zurück, wenn es gilt, die KPD. zu verleumden, um damit das Vertrauen der Werktätigen zu ihr zu untergraben.

Nachdem es unserer Partei möglich war, gerade jetzt den ungeheuren Korruptionsskandal der Sklarek und der daran Beteiligten aufzudecken, ist es dieser bürgerlichen Gesellschaft, in Anbetracht des nahen Wahltages, sehr bange ums Herz.

Deshalb ist kein Kübel groß genug, wenn er nur Dreck und Gemeinheiten über die KPD. zum Ausschütten enthält. Nun, wir sind diese Methoden gewöhnt, unsere Antworten, die jene Gesellschaft demaskieren, werden ihre Wirkung auf die werktätigen Wähler nicht verfehlen, dessen sind wir gewiß.

Zu den übelsten Gegnern unserer Partei zählt auch der „Arbeiter", SPD.-Reichstagsabgeordneter Otto Buchwitz, der die Wähler des Kreises Görlitz-Laubau vertritt. Er ist einer von den Wurschen, die in den Versammlungen ihren Radikalismus in den Vordergrund stellen, immer betonend, von jeher auf dem „linken" Flügel innerhalb der Sozialdemokratischen Partei gestanden und somit in viel größerem Maße als die anderen die Interessen der Arbeiterschaft stets vertreten zu haben.

Und doch ist dieser „linke" Sozialdemokrat nicht einen Pfifferling mehr wert als alle seine korrupten Genossen, die im Sklarek-Skandal verwickelt sind. Vom proletarischen Standpunkt gesehen, sind seine Schandtaten sogar noch weit schlimmer.

Wenn seine Gesinnungsfreunde in Berlin von ausgemachten Gaunern der Bourgeoisie Geschenke angenommen, an Sektgelagen teilgenommen haben usw., nun,

so hat dieser Otto Buchwitz kurz vor Kriegsausbruch Tausende von Mark an Arbeitergroschen unterschlagen.

Buchwitz war 1913 Angestellter des Textilarbeiterverbandes in Zahnsdorf bei Chemnitz und hat als solcher die gewaltige Geldsumme,

die zur Auszahlung von Sterbegeldern und für schwangere Frauen bestimmt war, für sich verbraucht.

Diese Handlung brachte ihm sechs Monate Gefängnis ein, die Buchwitz auch abgesessen hat.

Trotzdem war es ihm möglich, später in der SPD. Niederschlesiens wieder Fuß zu fassen, denn der Krieg ließ über seine Verfehlungen Gras wachsen und die wenigen Parteimitglieder, die seine Vergangenheit kannten, wurden seine Freunde und schwiegen.

Aber dennoch waren einige Arbeiter-Funktionäre vorhanden, die da glaubten, es mit ihrem proletarischen Gewissen nicht vereinbaren zu können, daß solch ein Mensch Führer ihrer Partei werden sollte. Sie verlangten daher 1920 vom Bezirksvorstand der SPD. in Görlitz, daß er sich, wie Buchwitz selbst, zu der Angelegenheit äußern solle

Buchwitz, der seinen Bezirksvorstand kannte, spielte den starken Mann. Er besaß den traurigen Mut, die von ihm begangene Handlung einfach auf seine geschiedene Frau abzuwälzen: Sie habe das Geld unterschlagen. Er aber habe sich für sie geopfert, d. h. die Tat auf sich genommen und die sechs Monate für seine Frau abgebrummt. Welch ein Held!

Auf diese „männliche" Erklärung blieb die Wirkung nicht aus. Jedes Wort wurde ihm geglaubt, eine Nachprüfung seiner Angaben fand nicht statt. Niemand dachte daran, die Frage vorzulegen, wie es denn möglich sein kann, daß seine Frau eine solch hohe Summe auf einmal unterschlagen kann, wo doch die Arbeitergroschen nur spärlich einkassiert werden. Der Fall war für den Bezirksvorstand und Funktionäre erledigt, die Mitglieder erfuhren nichts und Buchwitz stieg die Leiter empor: Er wurde Gemeindevertreter, Mitglied des Kreistages, des Provinziallandtages, Parteisekretär, Landtagsabgeordneter, seit 1924 Reichstagsabgeordneter und nunmehr vom Parteivorstand anerkannter Kommunistenfresser.

Das ist der große „Arbeiterführer" der SPD. in Niederschlesien, der jetzt wieder in unserem Bezirk herumschwirrt, um seinen Bannfluch über die Kommunisten auszuschütten. Die KPD. wird ihm die Antwort nicht schuldig bleiben, wie sicher auch mancher ehrliche Arbeiter, der heute noch der SPD. angehört, sich die Frage vorlegen wird:

Kann ich noch länger in einer solchen Partei bleiben, die einen derartigen Schädling an den Arbeiterinteressen als Führer duldet?

Und über diesen Buchwitz schrieben seine Freunde von der „Görlitzer Volkszeitung", die sein Vorleben kannten, anläßlich seines 50. Geburtstages am 27. April d. J. einen Glückwunsch-Artikel, ohne natürlich seine Chemnitzer Tat zu erwähnen, dem wir nachstehende Anhimmelung wörtlich entnehmen:

„. . . Das Interesse für die moderne Arbeiterbewegung und seine Rednergabe, ließen ihn bald zu einem Sprecher des arbeitenden Volkes werden, der aus eigener Erfahrung die Nöte der schaffenden Schichten aufzeigt, als überzeugter Sozialist Wege zur Besserung und endgültigen Beseitigung weist und für das sozialistische Ideal zu begeistern vermag. Alle, die wir unseren lieben, verehrten Otto kennen, wünschen heut, daß ihm noch viele Jahre in bester Gesundheit beschieden sein mögen, damit er seine Kraft und sein Wissen der Arbeiterbewegung, insonderheit aber der Partei und der Verbreitung und Vertiefung der sozialistischen Ideen weiter widmen kann. Wie ihm einst als Bergmann der schöne Gruß „Glückauf" stets Weggenosse war, so rufen ihm heut mit uns die Genossen und Genossinnen in Görlitz und ganz Niederschlesien und darüber hinaus, wo Genosse Buchwitz bekannt ist, aufrichtig zu: „Glückauf" für das sechste Jahrzehnt."

Arbeiter der SPD.! Gedenkt am 17. November dieses „lieben, verehrten Otto", jenes „Volksvertreters", der anläßlich der Abstimmungen im Reichstage über die Verschlechterungen des Erwerbslosengesetzes allen Teilen dafür gestimmt hat. Wir sind der Ueberzeugung, daß dieser linke Phrasendrescher dies alles gegenüber seinen Mitgliedern abstreiten wird, aber trotzdem die Arbeiter innerhalb der SPD. immer mehr erkennen werden, daß auch nur dieser radikale Buchwitz das durchführt, was seine Ministergenossen bestimmen.

Arbeiter, Kleinbauern, Angestellte, kleine Beamte! Haltet Abrechnung, gebt Eure Stimme der Kommunistischen Partei, tretet in ihre Reihen und werdet Mitstreiter im Geiste Karl Liebknechts!

*

Unser Breslauer Bruderblatt, die „Arbeiterzeitung", veröffentlichte vorstehende Tatsache über den SPD.-Reichstagsabgeordneten Otto Buchwitz, der seinen Sitz in Görlitz hat.

Die Wirkung bei seinen Freunden in der Redaktion „Görlitzer Volkszeitung" und SPD.-Leitung war eine geradezu fürchterliche, so daß heute noch Gefahr für Gehirnerschütterungen bei ihnen besteht. Sogar der Bezirksvorstand hat angeblich getagt und es erklärt der Vorsitzende desselben, der Reichstagskollege von Buchwitz, Herr Taubadel, daß sie garnicht daran denken, „nach dem hinterhältigen Anwurf der üblen Stänker in der KPD. dem Genossen Buchwitz unser Vertrauen zu entziehen."

Eineinhalb Spalten widmet die „Görlitzer Volkszeitung" dem Fall Buchwitz unter der Ueberschrift „Lumpen!" Mit dieser Bezeichnung wollen die Führer der SPD. natürlich nicht sich einschl. Buchwitz treffen, sondern die KPD., die es gewagt hat, diese Tat Buchwitz festzunageln. Ihre Schimpferei auf die KPD. ist geradezu köstlich. Natürlich können sie die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, sie müssen sie bestätigen, nur behaupten sie, daß die unterschlagene Summe nicht so hoch gewesen sei und Buchwitz nicht sechs, sondern nur vier Monate Gefängnis dafür abgesessen hat. Wir können nicht umhin, einige Stilblüten der „Volkszeitung" aus ihrem Schimpfartikel wiederzugeben:

. . . „Ihre neueste Lumperei ist ein Dolchstoß unseren Genossen, den Reichstagsabgeordneten Otto B[illegible] Aber da kommt so ein Schurke, der möchte der SPD. in Niederschlesien und speziell ihrem Abgeordneten Buchwitz [illegible] hängen. Dazu wühlt er in der Vergangenheit herum [illegible] endlich auf einen „dunklen Punkt", der vor Kriegsausbruch Jahre 1913 zu finden ist. Der Schuft gräbt ihn aus, [illegible] selber vielleicht soviel Dreck am Stecken hat, daß er [illegible] anstinkt. Aber dem Halunken in der „Arbeiterzeitung" [illegible] nur darum zu tun, dem verhaßten SPD.-Führer, d[illegible] fen Bekämpfer der KPD. Verbrecher [illegible] zuwischen. Und nun kommt so ein Lump, greift 16 Jahre [illegible] und gräbt wie eine Hyäne Vergangenes, Schwergesühntes [illegible] um einen geachteten Führer der Arbeiter zu beschmutzen."

Um aber auch unseren Lesern und vor allem den sozialdemokratischen Arbeitern zu zeigen, wie weit die SPD.-Führer [illegible] „geistigen" Tintenkulis der „Görlitzer Volkszeitung" [illegible] Lager der Imperialisten befinden, davon zeugt nachstehender [illegible] ebenfalls aus dem Schimpfartikel:

„. . . Dann aber kam der Weltkrieg, bei dessen Ausbruch Genosse Buchwitz sofort eingezogen wurde. Und [illegible] halb Jahr hat er nicht in der Etappe, sondern an der [illegible] gestanden, hat alles Furchtbare dieses Krieges und des Völkermordens miterlebt, hat Tag für Tag dem Tod [illegible] gesehen und war Tag für Tag bereit, sein [illegible] zu opfern."

Diese Festellung besagt, daß der „revolutionäre Führer Buchwitz trotz seiner Erlebnisse im Kriege keine andere Auffassung [illegible] den imperialistischen Raubkrieg bekam, als seine Genossen Scheidemann, Heine, Landsberg. Das heißt, er war allzeit [illegible] sich für die Bourgeoisie zu opfern und bekämpfte mit allen [illegible] die wirklichen Revolutäre, die sich während des Krieges [illegible] Liebknecht scharten.

Wir überlassen es der sozialdemokratischen Arbeiterschaft [illegible] einen solchen Führer zu urteilen. Jedenfalls hat die Bergarbeiterklasse gezeigt, daß Buchwitz den Weg des Verrates gegenüber der [illegible] klasse weitergegangen ist. Eine bessere Charakterisierung [illegible] konnten seine Freunde von der „Görlitzer Volkszeitung" [illegible] nicht geben, und sie haben recht, wenn sie schreiben: „Lump[illegible]

Proletarier? Nein! Brolatarier!

Sozialfaschistischer „Weg zur Macht" oder ohne Koalition — kein Lohn!

Aus dem Saalkreis

„Kommunistische Mißwirtschaft in Dölau"

Mit diesem erlogenen Schlager versuchte am Vorabend der Wahlen im Jahre 1924 die bürgerliche Mischmaschkiste unter Führung ortsfremder Personen die kommunistische Mehrheit im Gemeindeparlament zu brechen. Einen Beweis für ihre schmutzigen Verleumdungen blieben sie bis zum heutigen Tage schuldig. Man hatte es den Kommunisten arg verübelt, daß man den gesamten Gemeindeapparat von den Resten des alten Regimes reinigte, und daß es vor allen Dingen einfache Arbeiter waren, die den Gemeindeapparat besetzten und verwalteten. Man kreiste in diesem Verlegenheitsflugblatte vor allem mit den hohen Löhnen für Gemeindevorsteher und -arbeiter.

Man verübelte es dem roten Gemeindevorsteher, daß er Notstandsarbeiten für sämtliche Erwerbslose beschaffte und den Ortsarmen und Erwerbslosen eine allgemeine Kochküche kostenlos zur Verfügung stellte. Die größte Erbitterung dieses zusammengekitteten Bürgerauschusses lag aber wohl darin begründet, daß man jeden Einfluß der reaktionären Elemente in der Gemeindeverwaltung ausschaltete. Verschleuderung des Gemeindeeigentums, damit war sicher gemeint die Verschleuderung des Gemeindeeigentums an den Wachholdern unter der Aera Rost.

Auch hielt man es für einen Skandal, daß ein einfacher Arbeiter in seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher 3300 Mark pro Jahr verdiente.

Ueber fünf Jahre sitzt nun der Bürgerblock im Warmen. Sie hatten einen guten Anfang. Die frühere kommunistische Verwaltung hatte den Trümmerhaufen, die Reste des Völkermordens, einigermaßen ins Gleichgewicht gebracht.

Ein Musterexemplar von Vorsteher wurde der Einwohnerschaft auf die Nase gesetzt. Jetzt hatten die Großsteuerzahler freien Lauf Tausende von Mark waren die Firmen Baensch und Henze im Rückstande, das störte Herrn Bode wenig. Seine Funktion als Ortsvorsteher schien ihm überhaupt eine Nebensächlichkeit zu sein. Er war selten im Amt anzutreffen. Steuern wurden niedergeschlagen, ohne die Vertretung zu befragen. Sein Tod erlöste auch die Gemeinde von der Mißwirtschaft. Nach seinem Tode waren Akten und Belege verschwunden, ähnlich wie bei dem Steuereinnehmer Meistner, dem Schwiegervater des Herrn Rost. Einer dieser nationalen Helden machte sich über den großen Teich, über 1000 Mk. Schulden zurücklassend. Dann kam ein neuer Mann. Jetzt sollte es anders werden.

Der Steuereinnehmer, ein braver Sozi, war für unfähig befunden, flog im Bogen. Jetzt hat man noch Differenzen aufgedeckt. Natürlich dachte der Herr Julich erst an sich. Für den [illegible] steher waren 3000 Mark zuviel. Julich erhält heute fast [illegible] — Ja Bauer, das ist ganz etwas anderes. So sieht die Sp[illegible] des Einheitsbreies aus. Ihr letztes Flugblatt strotzt vor [illegible] Ueberhebungen und vor Unwahrheiten. — An der Arbe[illegible] liegt es, selbst zu rechten.

Wir Kommunisten versprechen nichts von diesem [illegible] parlament. Aber der Bürgerblock wird uns auch in [illegible] dem Plane finden, wenn es gilt, die Interessen der Wer[illegible] wahrzunehmen.

Arbeiter von Dölau! Besucht die öffentliche Versammlung [illegible] KPD. am kommenden Donnerstag bei Richter. Dort geben [illegible] treter der kommunistischen Fraktionen vom Gemeinde- und [illegible] parlament Rechenschaftsberichte.

Passendorfer Sozialdemokraten fürchten die [illegible] der Arbeiter!

„Er", der sozialdemokratische Gemeindevorsteher [illegible] hatte zum 9 November von Amts wegen eine öffentliche Ge[illegible] versammlung einberufen, um in derselben einen Bericht [illegible] Tätigkeit der Gemeindeverwaltung und -vertretung zu geben. [illegible] nun der Gemeindevorsteher fürchtete, die werktätige Bevölkerung würde die Tätigkeit der Gemeindekörperschaften allzuscharf [illegible] hatte „Er" auf die Bekanntmachung der Versammlung geschrieben: „Freie Aussprache findet nicht statt. Diesbezügliche Fragen [illegible] Vortrag des Gemeindevorstehers können gestellt werden." [illegible] glaubte, etwas zu hören über die Tätigkeit des Gemeinde[illegible] oder -vorstandes, der hatte sich geirrt. Unter Seiner Hoheit [illegible] ein Schöffe höchstens mal eine Gemeinde- und Verwaltung der [illegible] „Er" erkrankt ist. Bei der Führung und Verschiedene Gemeinde[illegible] haben die Schöffen jedoch nicht mitzureden. Verschiedene Einwohner [illegible] waren in die Gemeindeversammlung gekommen, um etwas zu hören [illegible] warum die Mißstände in der Gemeinde nicht beseitigt werden [illegible] Gartenstraße, Ortsbeleuchtung, Abwässerfrage usw. Aber [illegible] dem kein Wort.

Arbeiter von Passendorf! Gebt am 17. November die [illegible] darüber, wer die Interessen der Arbeiter vertritt. Kommt [illegible] Sonnabend, dem 16. November, in die öffentliche [illegible] versammlung der Kommunistischen Partei. [illegible] wie immer freie Aussprache!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291113-16/fragment/page=0008

olschewistischer Kurs

im Kommunalwahlkampf heißt: engste Verbindung der Vorbereitung des Bergarbeiterkampfes mit der Mobilisierung für die Liste 3! Einbeziehung der Betriebe und Massenorganisationen in den Kampf!

Betrieb, keine Gewerkschaft, keine Konsum- und keine Massenorganisation ohne Stellungnahme zur mmunistischen Liste — Ueberall müssen Zustimmungserklärungen für die Liste 3 angenommen werden!

Entscheidung ist am 17. November erforderlich

Wen wählt der Polizeibeamte?

Von Wilhelm Kaspar, M. d. Pr. L.

am 17. November d. J. stattfindenden Kommunalwahlen ndevertretungen-, Stadtverordneten-, Kreistags- und Pro- ndtagswahlen) haben auch für die Polizeibeamtenschaft Bedeutung.

Die scharfe Trennung, die im Zeichen der „Demokratie" zwischen meinde- und staatlicher Verwaltung und dem polizeilich-militärischen Exekutivapparat des Staates besonders in den letzten Jahren in beschleunigtem Tempo durchgeführt wurde, hat den Charakter der ersteren stark verändert. Der größte und entscheidende Teil der Gemeinden verfügt heute nur noch über einen Teil des Staatsapparates, nämlich über die bürokratische Verwaltung; der andere Teil, die Exekutivgewalt, fehlt fast völlig. Systematisch wurde von den sozialdemokratischen Polizeiministern die Loslösung jeder Polizeigewalt aus den Händen der Kommunen betrieben.

Es ist die Angst

vor den in den Organen der Selbstverwaltung stärker auftretenden proletarischen Elementen, welche die Regierungen des Truskapitals veranlaßt, den Kommunen nach und nach jede polizeiliche Funktion zu entziehen, damit nicht etwa irgendein proletarisches Element bestimmenden Einfluß auf die polizeilichen Exekutivorgane erlangt. Es ist dadurch, daß die polizeiliche Exekutingewalt zentralisiert und damit in die Hand des Staates gelegt wurde, war es möglich, eine **militärisch gedrillte, dem Kadavergehorsam untermorfene, kriegsmäßig ausgerüstete und ausgebildete Polizeiarmee zu schaffen,**

die Polizeiarmee zum Bürgerkrieg gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft, aus der auch ein Teil der Polizeibeamten selber stammt und deren Lebensbedingungen sich in nichts von denen eines „Proletariers" unterscheiden.

Aber bei fast allen in den letzten Jahren vorgenommenen Verschlechterungen kommunaler Polizeiverwaltungen wurden

nur die Interessen der Polizeibeamten selbst schwer geschädigt.

Die Kommunistische Partei hat deshalb von jeher — so wie früher die Sozialdemokratie, als sie noch eine Partei zur Vertretung von Arbeiterinteressen war — diese Verstaatlichung kommunaler Polizeiverwaltungen bekämpft und abgelehnt.

Die Kommunalwahlen müssen von den Polizeibeamten mit dem gleichen politischen Interesse beachtet werden, wie die Wahlen zu den Landtagsparlamenten oder dem Reichstag. Die Polizeibeamten müssen sich klar darüber sein, daß auch in den kommunalen Parlamenten ein Teil des parlamentarisch-politischen Kampfes zwischen der herrschenden kapitalistischen Klasse einerseits und der Masse der ausgebeuteten, arbeitenden Bevölkerung andererseits ausgefochten wird, wobei allerdings nicht der illusionäre Glaube aufkommen darf, daß die Werktätigen mit dem bürgerlichen Klassenparlament ihre Befreiung vom kapitalistischen Joch erkämpfen können.

Durch die Diktatur des Proletariats zur Sowjetmiliz

Polizei im Sowjetstaat

In Deutschland machen sich ehemalige Offiziere als Kommandeure der Polizei breit, ernannt von dem sozialdemokratischen Präsidenten, befördert für besondere Brutalität gegenüber den Arbeitern. Die Sowjetmiliz kennt so etwas nicht.

Die Kommandeure der Miliz werden gewählt, nicht von den Milizionären, sondern von den Arbeitern durch ihre Vertreter in den Sektionen der Sowjets. Bei jedem Sowjet besteht eine

Sektion für Administration und Recht,

die die Arbeit der administrativen Organe, der Miliz und des Gerichts kontrolliert. Diese Sektion, die aus Betriebsarbeitern besteht, wählt die Leiter der Miliz. Die Vorschläge werden in den Betrieben gemacht und in den Betriebsversammlungen in Partei-, Gewerkschafts- und anderen Organisationen besprochen, ehe sie von der Sektion beschlossen werden. Die Leiter werden in der großen Mehrzahl direkt aus den Betrieben genommen. Natürlich können auch Milizionäre in Vorschlag gebracht und gewählt werden. Aber die Miliz tätigt alle diese Dinge nicht als eine von den Massen abgetrennte Körperschaft, sondern läßt sie durch die Masse tätigen. Ein Zörgiebel wird dabei natürlich keine Aussichten haben.

Polizeibeamte!

Wer kämpft gegen Militarisierung und Kasernierung der Polizei?
Wer kämpft gegen Verstaatlichung der Polizei?
Für Gleichberechtigung aller Beamten?
Wer kämpft für ausreichende Besoldung der unteren und mittleren Beamtenschaft?
Nur die KPD.
Darum wählt am 17. November Kommunisten!
Die Augen links!

Aber — wird mancher in Ehrfurcht vor einem „geheiligten Amt" erzitternder Ordnungsmensch fragen — wie kann ein Arbeiter aus dem Betrieb mit einem so verantwortungsvollen Amt fertig werden? Nur ruhig. Unsere Beamten haben es verstanden, um ihr Amt so ein Mythus zu weben, daß jeder vor ihrer Weisheit erzittert. In Wirklichkeit ist alles nur Aufgeblasenheit und Wichtigtuerei, um ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen. Die russischen Arbeiter haben diesen Plunder heruntergerissen und haben gezeigt, daß unerschütterliches Klassenbewußtsein, Verstand und ehrlicher Wille, der Arbeiterklasse zu dienen, genügende Grundlagen sind, um die Aufgaben der Leitung des Apparates des Arbeiterstaates zu erfüllen. Und sie sind nur gut dabei gefahren.

Nicht nur daß der Milizionär besonders auf Empfehlung der Arbeiterorganisationen eingestellt wird, nicht nur, daß die Leiter der Miliz gewählt werden,

Die Miliz berichtet auch ständig vor den Arbeitern

über ihre Arbeit und läßt diese Arbeit von den Arbeitern besprechen. So haben die administrative Abteilung, die Abteilung für Kriminalwesen und die Miliz Moskaus im Jahre 1928 in Fabriken und Dörfern 329 Berichte gegeben. Vor Partei-, Gewerkschafts- und anderen Organisationen wurden über 2000 Berichte im selben Jahr erteilt. Die Tätigkeit der Miliz ist also vor den breitesten Massen zur Kritik gestellt worden. Die deutschen Arbeiter stellen sich einmal vor, daß „ihre" Polizeiorgane vor ihnen berichten. Von der Tätigkeit der Polizei haben ihnen bisher nur die Gummiknüppel und Maschinengewehre Bericht erstattet.

Die Aufgabe der Miliz ist, den proletarischen Gesetzen Geltung zu verschaffen, für ihre Einhaltung Sorge zu tragen.

Das heißt, die Aufgabe ist eine Klassenaufgabe.

Die Erfüllung dieser Aufgabe wird von der gesamten Arbeiterklasse kontrolliert. Ein besonderes Organ dieser Kontrolle sind die Sowjets oder vielmehr die Administrative und Rechtssektionen der Sowjets. Diese hat ihre Vertreter in allen Abteilungen und auf allen Gebieten der Arbeit der Miliz. Alle Mängel werden vermerkt, in der Sektion behandelt und vor den Sowjet zur Beschlußfassung gestellt.

Aber die Masse nimmt auch aktiv an der Arbeit der Miliz teil. Nicht für alle Aufgaben reicht die Zahl der Milizionäre aus; der Milizionär kann nicht an mehreren Orten zugleich sein. Da helfen auf bestimmten Gebieten die Arbeitergruppen zur Unterstützung der Miliz.

Ein weiteres interessantes und für die Miliz bezeichnendes Merkmal ist die Heranziehung von Frauen zur Miliz Es ist in der gesamten Sowjetunion heute eine gewohnte Erscheinung, bei den verschiedensten Dienstvorrichtungen der Miliz weiblichen Milizionären zu begegnen.

Die deutsche Polizei ist ein Klasseninstrument in Händen der herrschenden Kapitalistenklasse. Der Haß der Arbeiterschaft gegen den Kapitalismus wirkt sich besonders gegen seine gummiknüppelbewehrte Hand aus.

Trotzdem muß es der Arbeiterschaft gelingen, Teile der Polizei für die Wahl der Liste 3 zu gewinnen und das mangelnde Klassenbewußtsein zu wecken. Den sinnlosen Handlangern Zörgiebels und seiner Ableger gilt nach wie vor unser schärfster Kampf. Mit den bewußtreaktionären arbeiterfeindlichen Elementen gibt es keine Gemeinschaft.

Forderungen der KPD.

für proletarische Kleingärtner und Siedler

A. Im Interesse der Siedler fordern die Kommunisten:

Senkung der Hypothekenzinsen; Gewährung von Zinszuschüssen an die proletarischen Siedler durch die Kommunen.

Befreiung der Siedler von den Anliegerbeiträgen; bis dahin Gestattung langfristiger Zahlung der Anliegerbeiträge.

Herstellung der Zu- und Ableitung der Bedarfsversorgungseinrichtungen (Kanalisation, Wasser-, Gas- und Elektrizitätsleitungen) aus öffentlichen Mitteln.

Ausbau der Straßen, Bürgersteige und Gehwege in den Siedlungen durch die Gemeinden, ohne Heranziehung der Siedler zu Straßenbaukosten.

Befreiung der kleinen Siedler von der staatlichen und kommunalen Grundvermögenssteuer.

B. Im Interesse der Kleingärtner und der in engen Wohnungen eingepferchten Arbeiterfamilien fordern die Kommunisten weiter:

Bereitstellung von Mitteln zur Hergabe von zinslosen Darlehen an proletarische Kleingärtner mit kinderreichen und besonders unter der Wohnungsnot leidenden Familien.

Anlegung von Dauerkleingärten mit Wegen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung zu billigen Preisen.

Vergebung der Dauerkleingärten an zur Räumung gezwungene Siedler, Wohnungslose und unter der Wohnungsnot besonders schwer leidende Arbeiter.

Belassung der wohnungslosen Kleingärtner auch für den Winter in ihren Wohnlauben, wenn ihnen nicht eine angemessene Wohnung zu einer tragbaren Miete zur Verfügung gestellt wird.

Erhaltung der nicht als Dauerkleingärten erklärten Kolonien im weitesten Umfange; Räumung von Kleingärten nur, wenn das Gelände zur Herstellung von Arbeiterwohnungen oder anderen im Interesse der Arbeiterschaft notwendigen Einrichtungen unbedingt erforderlich ist.

Bei Räumung von Kleingartenkolonien ausreichende Entschädigung und Zuweisung von Dauer-Ersatzland an die Kleingärtner; Räumung von Kleingärten nur nach Ablauf des Erntejahres.

Aus Mitteldeutschland

Der Mansfelder Hungerkönig tritt zurück

Generaldirektor Heinold, der Oberscharfmacher der Mansfeld A. G., hat seine Demission eingereicht. Die Gründe sollen in den inneren Kämpfen bei der Mansfeld A. G. zu suchen sein. Die Empörung der ungeheuren Ueberschüsse, die man aus den Knochen der Kumpels preßt, sind Streitobjekt zwischen dem „Goldkönig" und der Stolberg-Transaktion.

Bergholz gibt Volldampf zurück

Am 12. November, also am Dienstag nachmittag bringt Bergholz ein Bild von Moldenhauer, den Hindenburg und das Trust-Kabinett zum Reichswirtschaftsminister gemacht haben. B. sagt im Text unter dem Bilde, daß Moldenhauer wahrscheinlich dran- kommen. Auf der unteren Seite ist M. aber schon ernannt. Und in der Tat war die Nachricht schon am Montagvormittag da, so daß die politische Welt am Montag endgültig wußte, was los war. Aus „Kummerlerhäuschen" scheint man aus Angst vor der Wahlkatastrophe schon alles blockiert zu haben, alles auf Volldampf rück-

Konfektionsdiebstahl in Taucha

In den ersten Morgenstunden des Dienstag ist in die Geschäftsräume der Firma Oskar Fischer in der Lindnerstraße eingebrochen worden. Die Diebe haben mit einem großen Stein eine Schaufensterscheibe zerschmettert und durch das Loch eingestiegen und haben Herrenkonfektionsstücke entwendet. Nach den Tätern wurde mit einem Auto gefahndet, da man glaubte, die Einbrecher kämen von auswärts. Man vermutet, da das Absuchen der Wege erfolglos blieb, daß die Täter in Taucha ihren Wohnsitz haben

Empfindlicher Verlust eines Leipzigers

Am 8. November verlor in der 15. Stunde ein Kassenbote auf dem Wege von der Güterkasse des Berliner Bahnhofes am Plösener Weg über Wittenberger Straße eine Brieftasche aus schwarzem Kunstleder abgenutzt, enthaltend etwa 1800 bis 2000 Mark, einen Scheck über 60 Mark und einen Verrechnungsscheck über 61 Mark. Es ist ausgeschlossen ist auch, daß er die Brieftasche auf dem Schalterraum der Güterkasse hat liegen lassen Wer Angaben zur Ermittlung machen kann, wird gebeten, sich beim Kriminalamt zu

Leipziger Bauunfall

Am Neubau der Kirchstraßenbrücke in Leipzig-Volkmarsdorf stürzte das 23 Jahre alte Schlosser Otto Thormann wollte ein um- herliegendes geschlungenes Drahtseil lockern. Zu diesem Zweck ging er an der Außenseite der Brücke eine lange Leiter angelegt hatte, sie festigen. Plötzlich kam die Leiter ins Rutschen und Thormann stürzte aus beträchtlicher Höhe zwischen mehrere Holzverschlagungen. Mit erheblichen Beinverletzungen wurde der Verunglückte mit dem Krankenautomobil der Feuerwehr nach dem Krankenhaus Dresdner Straße gebracht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291113-16/fragment/page=0009

Wahl-Streiflichter aus Eisleben

Sozialdemokratische Clauß-Revue

„Hoppla! Wir leben!"

In der Eislebener Filiale der Sozialdemokratischen Partei dreht sich das ganze fridolinische Trabantentum um das Cläußchen wie die Planeten um die Sonne. Die verflossene Versammlung in der „Terasse", unter dem Schutz des polizeilichen Gummiknüppels bedeutet für diese naiven Politikerchen ein so großes Ereignis, daß sie förmlich aus dem täglichen Trott geworfen sind.

„Hoppla! Wir leben!" so schreien sie wie ein Revue-Star!

Und wie ein Revue-Star spreizte sich auch in jener Versammlung der liebe Cläußchen, nachdem er mit seinen Müller-Keller, dem politischen Tanzpaar, die notwendige Sicherung getroffen hatte. Für die erforderliche Finsternis hatte Kakadu-Kalputin gesorgt. Wenn aus diesem Zustand gedrückten Empfindens nun der befreiende Revue-Ruf „Hoppla! Wir leben!" ertönt, gönnen wir dem politischen Kasperle-Trio Clauß-Keller-Müller die beschedene Freude! Am 17. November wird den Herrschaften schon der Kaiyenjammer ankommen. Die revolutionäre Arbeiterschaft wird dafür Sorge tragen!

Tritt Christange zurück?

Mehr und mehr nimmt ein Gerücht greifbare Gestalt an, wonach sich der alte Christange mit dem Gedanken tragen soll, von der Liste Clauß der Sozialdemokratischen Partei zurückzutreten. Bestimt aber macht er aus seiner Abneigung gegen den oberbürgermeisterlichen Spitzenkandidaten gar kein Hehl — frei und offen sagt er seine Meinung. Wir können es ja dem alten Christange auch nachfühlen, wenn er unter diesen Umständen an seinen Ketten, die ihn an die Liste binden, rüttelt. Es sind der Knallbomben auch gar zu viele, die dem abgetakelten Oberbürgermeister an den Kurfürstendamm-Kopf geworfen werden. Die Rücktrittsabsichten Christanges sind den sozialdemokratischen Schiebern in Eisleben nicht unbekannt geblieben und sie haben ihn himmelhoch gebeten, zu bleiben. Soviel wir feststellen konnten, hat sich Christange Bedenkzeit ausgebeten. Sein Rücktritt steht fest. Jetzt oder unmittelbar nach der Wahl, vorausgesetzt, daß ihm das nicht erspart bleibt.

Der Wunsch Christanges nach einem Rücktritt ist begreiflich! Wie kann ein alter Politiker, der Anspruch auch auf Achtung des politischen Gegners erheben will, von einem Spitzenkandidaten solchen Formats sich übertrumpfen lassen?

Von einem Spitzenkandidaten, der im Falle eines Streiks die Arbeiter durch Zornack-Schupo niederknüppeln lassen wollte?! Mit solcher Gesellschaft geht Christange!

Die dunkle Clauß-Partei

Sie klopfen sich schon auf die Schulter!
„Verzage nicht, du Häuflein klein!"

So denkt Martin Clauß in seiner Not. Er rechnet damit, wie die Katze auf alle vier Beine auch diesmal zu fallen. Er betet . . . Und in der politischen Not ersteigt der Geist Fell-Hoffmanns, der heute die Reihen der SPD. schmückt, aus dem Grabe der Vergangenheit. Genau so wie damals 1924 Fell-Hoffmann, der Poincaré aus der Grabenstraße, durch seine Querulantenliste das Monopol des Nationalen Bürgerrings geschaffen hat, so will heute das

„Dreigestirn Dunkel-Schuster-Doering"

durch sein düsteres „Gefunkel" dem Ordnungsblock, dem Bürgertum überhaupt zur Macht verhelfen. Am Sonntag zog die Hilfstruppe des abgetakelten Oberbürgermeisters durch die Stadt. In einem Flugblatt versuchen sie für die „Rote Arbeiterliste" mobil zu machen. Es bedarf für die Arbeiterschaft keiner besonderen Bemerkung, daß es sich hier um ein ausgesprochenes Querulantentum handelt, dessen Auftreten nur dem Bürgertum und der Kaufmann-Heinhold-Sozialdemokratie dient.

Jede Zersplitterung dient dem Gegner!

Herr Clauß hat das Wort!

Der Nationale Bürgerring veröffentlicht Auszüge aus den Akten des Eislebener Wohlfahrtsamtes, wonach die Unterbringung von Ferienkindern beim Gastwirt Müller in Dippenworth, dem Schwiegervater des ehemaligen Oberbürgermeisters nicht ganz einwandfrei gewesen sei. Der Aufenthalt in den Räumen sei reichlich unzuträglich gewesen. Licht fehlte in sämtlichen Räumen. Fliegen und Mäusedreck wurden fast immer im Essen gefunden. Das Waschwasser wurde in denselben Eimern gebracht, in denen vorher schmutziges Wasser und die Nachtgeschirre ausgegossen waren. — Das sind die saftigsten Vorwürfe.

Clauß führt dagegen ein Zeugnis des Bürgerring-Bäckermeisters Wille an, der sich auf Aussagen von Kindern stützt.

Das ändert nichts daran, daß Clauß sich dazu äußern muß. Denn Wille war befangen, stand damals stark unter Einfluß, wußte noch nicht recht, wohin er neigen sollte. Es ist außerdem die Frage zu prüfen, ob die Uebelstände beim Besuch Willes schon abgestellt waren. So ganz einfach wird die Auswickelung aus dieser Falle dem Verfasser des Zornack-Briefes zur Niederknüppelung der Arbeiterschaft nicht gelingen!

Wuchtige Wahlversammlung der KPD. in Eisleben

Die „Mansfelder Volkszeitung", die jetzt recht schweigsam geworden ist, reibt sich am Montag wieder einmal an den Kommunisten. In dem ihren Spitzenkandidaten umtobenden Gewitter sucht sie nach Blitzableitern, die die Kommunisten abgeben sollen.

In dem größten Saale Eislebens, im „Volkshaus", hat die Kommunistische Partei zwei riesige Wahlversammlungen abgehalten, die außerordentlich stark besucht waren.

Die Stimmung in diesen Versammlungen war glänzend und die Abende, die eine zünftige Abrechnung mit der Reaktion und den Sozialdemokraten brachten, bildeten hoffnungsvolle Auftakte zum Wahltag. An der Hand einwandfreien Materials zeigte der Genosse Leßig die Schäden auf, die die Sozialfaschisten durch ihre Koalitionspolitik mit den Bürgerlichen für die Arbeiterschaft angerichtet haben. Daß solche Erfolge der Kommunisten den Sozialdemokraten nicht angenehm sind, versteht sich. Es zeugt aber von einer Höllenangst vor dem Ausgang der Wahlen am 17. November, wenn die Sozialdemokraten schon heute in Nonnen-Krämpfe verfallen und schimpfen wie hysterische Weiblein! Ihnen graut vor dem Abend des kommenden Sonntags, an dem ihr Spitzenkandidat auf den Trümmern seines politischen Porzellan-Ladens steht. Nach dem Motto: „Haltet den Dieb!" versuchen die Sozis den fürchterlichen Zwiespalt in ihren Reihen zu verkleistern!

Es hilft ihnen nichts!

Die Rücktrittsabsichten Christanges werfen ein grelles Schlaglicht auf den Zustand innerhalb der Reihen der Eislebener Sozialdemokratie!

Arbeiter! Nennt am 17. November das bürgerlich-sozialdemokratische Gerümpel über den Haufen!

Wählt rot! Wählt Liste 3!

Für den Sieg der Liste 3!

In Ermangelung politischer Argumente muß persönliche Verunglimpfung herhalten

Im Gegensatz zu der am Sonnabend gut besuchten Versammlung der KPD. in Nackith war der Zuspruch bei der SPD. am Sonntag ein kläglicher. Als Referent war der Lehrer Seidel aus Piesteritz erschienen, der in Ermangelung politischer Argumente versuchte, durch Verunglimpfung einzelner Genossen die Politik der KPD. herabzuwürdigen. Unsere Genossen wiesen ihn gründlich zurecht. Auch die goldigsten Versprechungen werden nicht verhindern, daß am 17. November die Liste der Kommunisten einen Erfolg buchen kann.

In Nackith werden Kommunisten gewählt.

Eine Wahlversammlung der Kommunistischen Partei fand am vergangenen Sonnabend statt. Der Genosse Selling kennzeichnete in längeren Ausführungen die Taten der gegnerischen Parteien in den Parlamenten. Er machte den Anwesenden Arbeitern und Kleinbauern klar, daß auch künftighin nur die Kommunistische Partei als Vertreterin der werktätigen Bevölkerung in Frage kommt und daß man ihr daher am 17. November die Stimme geben muß.

Doppelt hält besser

Zwei Bonzen gebrauchte die SPD.-Ortsgruppe in Brehna, um ihren faulen Wahlzauber an den Mann zu bringen. Der Landarbeiterbonze Böhlert und der Parteisekretär Baum aus Bitterfeld mußten die Register ihres ganzen Könnens aufziehen, um nur einigermaßen Eindruck zu hinterlassen. Sie lobten die Politik der Panzerkreuzersozialisten über den grünen Klee und versprachen natürlich nach den Wahlen der Arbeiterschaft den Himmel auf Erden. In der Diskussion blieben natürlich unsere Genossen diesen Phraseuren die Antwort nicht schuldig. Was die beiden in ihrem Referate an Kommunistenhetze fehlen ließen, holten sie im Schlußwort gründlich nach. Vor allem ergingen sie sich in einer wüsten Beschimpfung der Sowjetunion. Der Sozialfaschist Zieske erwies sich als getreuer Hauskneht und wies einen unserer Genossen, der einen Zwischenruf machte, aus dem Saal. Natürlich ging der Genosse nicht freiwillig, sodaß die im Hintergrund versteckte Polizei eingriff und den Genossen mit Gewalt aus dem Saale entfernte. Nur der Besonnenheit unserer Genossen ist es zu verdanken, daß durch die Provokationen der Sozialfaschisten kein Blutbad angerichtet wurde. Und die nennen sich noch Arbeitervertreter. Denen werden am 17. November die Augen aufgehen!

Das müssen sich die Erwerbslosen merken

Am vergangenen Freitag fand eine gut besuchte Wählerversammlung der Kommunistischen Partei in Brodau statt. Genosse Gebhardt referierte über die Bedeutung der Kommunalwahlen und zeigte an Hand von Beispielen die verräterische Politik der Arbeiterfeinde auf und kennzeichnete treffend die Handlangerdienste der SPD. Er war in der Lage, nachzuweisen, daß sich vor allem im Gemeinde- und Kreisparlament nur die Kommunisten rücksichtslos für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung einsetzen. Die Erwerbslosen können ein Liedchen von der Politik der Arbeitervertreter singen, denn ihre eingereichten Anträge fielen zumeist unter den Tisch. Natürlich durfte die polizeiliche Ueberwachung durch die Landjäger nicht fehlen. Eine Sammlung am Schluß der Versammlung ergab die Summe von 2,20 Mark.

Guter Wahlauftakt in Reinsdorf

Die am vergangenen Sonnabend stattgefundene Revolutionsfeier der KPD.-Ortsgruppe Landsberg war ein guter Auftakt für die Kommunalwahlen am 17. November. Zur Ausgestaltung des Abends hatten sich der Arbeitergesangverein, die Freien Turner Reinsdorf und die Kommunistische Jugend zur Verfügung gestellt. Den Mittelpunkt der Feier bildete ein Referat des Genossen Schulz über die Bedeutung der Kommunalwahlen. Er forderte die Erschienenen auf, am 17. November die Stimme der Kommunistischen Partei zu geben.

Preisend mit viel schönen Reden . . .

Es ist allgemein bekannt, daß zu öffentlichen SPD.-Wahlversammlungen hohe Tiere, wie Landräte usw. angepriesen werden, dann aber durch irgendeinen Stümper ersetzt werden müssen. So auch in Muldenstein, wo man den sattsam bekannten Landrat Raute anpries. Natürlich denkt dieser Mann im Ernst gar nicht daran, seine geweihten Füße in solch kleines Nest zu setzen. Es erschien der Bitterfelder Mussolini, Leppin. Der Versammlungsbesuch war sehr kläglich. Von den 35 Besuchern gehörten über ein Drittel der KPD. an. Es erübrigt sich, auf Leppins schablonenhaftes Geseire einzugehen. Die übliche Kommunistenhetze, hintendran die Vernichtung der Sowjetunion und dann zum Schluß ein Loblied auf die deutsche Sozialdemokratie. Genosse Schmidt aus Bitterfeld blieb diesem Bonzen die Antwort nicht schuldig. Natürlich mußte der Renegat Bressschneider das Maß der Verunglimpfung der revolutionären Arbeiterschaft voll machen. Das Schlußwort mußte auch bei Leppin dazu herhalten, das nachzuholen, was im Referat an Schmähungen und Verunglimpfungen der revolutionären Arbeiterschaft weggeblieben war.

Kommunisten legen Rechenschaftsbericht vor der Oeffentlichkeit ab

In einer öffentlichen Wählerversammlung in Dobien erstattete der Genosse Lehmann vor zahlreichen Besuchern den Arbeitsbericht der kommunistischen Kreistagsfraktion. Die Versammelten billigten einmütig die Arbeit der kommunistischen Fraktion und werden am 17 November dafür Sorge tragen, daß es in der kommenden Periode durch eine noch stärkere Fraktion gelingen wird, die Interessen der werktätigen Bevölkerung rücksichtslos zu vertreten.

Kein Arbeiter darf die Renegaten wi

Wansleben ist ein Arbeiterdorf. Leider hat es [illegible] einen reaktionären Gemeindevorsteher, namens Wa[illegible] lange auf dem Gemeindeposten ausharren konnte, [illegible] rupten Haltung einiger „Kucharbeiter"-Gemeindev[illegible] 25jährigen Amtsjubiläum Weges bewilligte die Ge[illegible] tretung 500 Mark zum Festessen. Gesoffen und gefutt[illegible] die „Kucharbeiter"vertreter — auf Kosten der Gemeinde [illegible] sonst nichts für die ärmsten der Armen übrig haben. Der [illegible] Geselle dabei ist

der SPD.-Kandidat Alwin Hahne.

Bereits bei der Einweihung des Schulneubaues verletzte er [illegible] reaktionären Gemeindevertretern einen gemütlichen Abend [illegible] Zeche bezahlten die werktätigen Steuerzahler der Gemeinde. [illegible] drein erhielt Hahne noch eine Flasche Wein von einem Bürg[illegible] geschenkt, die er auch annahm. Was für Kandidaten [illegible] Mitglieder hat die Wanslebener SPD. Frühere Gen[illegible] wegen Unterschlagung aus der KPD. herausgeworfen [illegible] und Streikbrecher. Kein Einwohner kann solche politische [illegible] Gestalten wählen. Wählt nur die Liste 3 der KPD.

*

In Unterespersteht wurde Hermann König [illegible] wegen Gemeindevorsteher, weil er der KPD. angehörte. [illegible] er das Vertrauen der werktätigen Bevölkerung mißbrauchte [illegible] Kreisausschuß des Mansfelder Seekreises wurde [illegible] bald mit den Sozialdemokraten und Deutschnationalen. [illegible] hat darauf von ihm das Mandat gefordert.

König zog es vor, dasselbe Kreisausschuß-Mandat [illegible] zu stehlen und zu persönlichen Zwecken zu verwenden.

Seinen Sohn brachte er nach wiederholter Bettelei [illegible] demokratischen Landrat als Angestellter im Kreisbau unter. [illegible] Gegenleistung für dieses Entgegenkommen des Landrat[illegible] König der SPD. bei. Heute ziert er die Kreistagsliste [illegible] an achter Stelle. Er markiert die Rolle einse Durchstecher[illegible] Keine Stimme diesem Arbeiterverräter. Fegt ihn von [illegible] vorsteherposten!

*

Ein postenstreberisches Element war schon immer der [illegible] Kommunist Richard Weber von Großörner. Hinter der [illegible] der Partei bewarb er sich um Angestelltenpositionen im [illegible] schen Metallarbeiterverband. Auch um die [illegible] meisterstelle in Beimsbach. Die Partei verurteilte [illegible] schärfste das Verhalten von Weber.

Daraufhin zog Weber es vor, sich in die SPD. zu retten.

Nun mußte doch endlich seine Angestelltensehnsucht gestillt [illegible] Dem ist so. Weber wurde Ortsangestellter des DMV. in [illegible] Obendrei kandidiert er auf den kommunalen Listen der [illegible] Welcher Arbeiter oder welche Arbeiterin kann diesem Pöbel [illegible] die Stimme geben? Kein einziger Werktätiger.

Mansfelder Kreise

Wie die Mansfeld A.-G. die Stadt Eisleben schröpft

Während des strengen Winters hat die Mansfeld A.-G. von ihrer Krughütte die Abwässer in die Böse Sieben weiterhin fließen lassen. Dadurch vereiste dieselbe vollständig. Bei Eintreten des Tauwetters wären die Häuser der Anlieger an der Bösen Sieben unter Wasser gesetzt worden. Somit mußte die Böse Sieben enteist werden. Die Kosten dafür betrugen für die Stadt 33 000 Mark. Da die Mansfeld A.-G. den Schaden verursacht hat, müßte sie auch für die Kosten aufkommen. Weit gefehlt! Bald haben wir wieder einen Winter und dieselben Zustände sind zu erwarten.

Trotzdem hat die Mansfeld A.-G. bis heute noch keinen Pfennig an die Stadt zurückgezahlt.

Diese Fraktion der nationalen Bürgerringer in dem Stadtparlament ist die Interessenvertreterin der Mansfeld A.-G. und übt keinen Druck auf dieselbe aus. So werden hohe Summen von städtischen Steuergeldern für die Mansfeld A.-G. verpulvert, die besser zu Wohlfahrtszwecken für die ärmsten der Armen verbraucht werden könnten. Rechnet ab mit den Bürgerlichen und wählt nur die Liste der KPD.: Hammer, Lämmer, Marie Ahlers u. a.

Die Licht- und Wasserpreise sollen erhöht w

In Eisleben haben die „Nationalen Bürgerringer" [illegible] Finanzpolitik eine elende Pleite erlebt. Bei jeder Stadtv[illegible] haben sie die Mansfelder A.-G. in der Zahlung von Steuer[illegible] schont. Ein großes Loch ist im Stadtsäckel entstanden. Zu [illegible] die Bürgerlichen durch neue Massenverbrauchsst[illegible] verstopfen. Der Etat für das Jahr 1929 ist bis heute [illegible] durchberaten und angenommen worden. Die „Nationalen [illegible] ringer" wollen die Licht- und Wasserpreise [illegible] heblichen erhöhen.

Die werktätige Bevölkerung muß für eine Kilowattstunde [illegible] 50 Pfennig bezahlen. In vielen Städten der nächsten [illegible] von Eisleben beträgt der Strompreis nur 35 und 40 Pfe[illegible] die Kilowattstunde.

Demgegenüber erhalten aber die Eislebener Großabne[illegible] die Kilowattstunde Strom für 24 Pfennig geliefert.

Die KPD.-Fraktion hat des öfteren im Stadtparlament [illegible] höhung des Strompreises für die Großabnehmer gefordert, [illegible] Senkung für den Kleinverbrauch zu erreichen. Dies lehnen [illegible] die Bürgerlichen und auch die Sozialdemokraten im Magist[illegible]

Eisleben. Arbeiter sind Menschen zweiter K[illegible] Das ehemals Hornsche Gelände ist von den Kinderreichen, [illegible] Baugenossenschaft Eigenheim und von der Siedlungsge[illegible] Mansfelder-Land bebaut. In den Häusern der ersten [illegible] sellschaften wohnen fast durchweg Arbeiter, während die [illegible] Mansfelder-Land zumeist von Kleinbürgern und kleinen [illegible] bewohnt werden. Zum Beispiel wohnt dort mit der immer [illegible] würdige „Zigarettenleimrutenverteilende Kriminalkommissar [illegible] Der größte Teil der Arbeiterwohnungen ist schon seit einem [illegible] zwei Jahren fertiggestellt und auch bezogen, aber Gerüstlange[illegible] ten die Anwohner durch den Dreck haben. Jetzt läßt der [illegible] liche Magistrat die Straße bauen, aber nicht etwa dort, [illegible] Häuser zuerst fertig waren, also bei den Arbeitern, nein, [illegible] Herren Beamten, diese genießen scheinbar bei Magistrat ein [illegible] Ansehen. Nicht genug, daß die Arbeiter sonst schon in allen [illegible] hintangesetzt werden, macht man auch hier fühlbare Unter[illegible] Hier beweist sich die Klugheit der Bürgerringer, die bei [illegible] durch einen Volksfuristen ersetzt wissen wollten. Magistrat [illegible] Volksfurist, der Mitte November mit Straßenbau anfangen [illegible] andere zu bauen aufhören. Das kennzeichnet die Fähigkeiten [illegible] Oberhauptes ganz besonders.

Gerbstedt. Eine öffentliche Anfrage. Die orga[illegible] Arbeiterschaft im Bergbau- und Industrieverband hat ein [illegible] esse daran, zu erfahren, warum der seitdem abtreten [illegible] jetzigter Ratsherr der SPD. von seinem Amt der Kasse nicht [illegible] kursieren hier die tollsten Gerüchte. Stimmte die Kasse nicht [illegible] verlangen von dem Angestellten Hermann, Gerbstedt, Ein[illegible] Also — heraus mit der Sprache, sonst werden wir deutlicher. [illegible] Mitgliedschaft hat das größte Interesse an dieser Aufklärung.

Bennstedt. Als Kommunistenfresser ist der Sp[illegible] kandidat der bürgerlichen Mischmaschliste, Erich Fri[illegible] schon längst bekannt. Sehr empört war er, als er in Erfahrung brachte, daß auf der Liste der Kommunisten der Versuch [illegible] Dienstmädchens kandidierte. Natürlich ist der Versuch [illegible] treffenden Genossen zur „Einsicht" zu bringen, gescheitert [illegible] klassenbewußter Arbeiter nimmt es natürlich mit seiner Pflicht [illegible] Einstellung genauer wie ein Schaukelpolitiker à la Friedrich [illegible] erst recht Liste 3!

Delitzsch-Torgau

Eisterwerda. Am Donnerstag, dem 14. November, [illegible] hiesigen „Edison-Lichtspielhaus", abends 8 Uhr, der Film „[illegible] in Berlin" aufgeführt. Eintrittskarten im Vorverkauf [illegible] beim Friseur Kurt Ziete, Alfred Kümmel, Walter Schemmel [illegible] straße und Arno Beeger. Erwerbslose zahlen 30 Pfennig.

Eisterwerda. Sieben Vorschlagslisten sind [illegible] munalwahl eingereicht worden. Sämtliche Listen sind [illegible] auschuß bestätigt. Als Liste für die werktätige Bevölkerung [illegible] nur die Liste der Kommunistischen Partei in Frage. [illegible] sei darauf hingewiesen, daß am 14. November im Eis[illegible] spielhaus die Filme „Licht im Osten" und „Blutmai" [illegible] vorgeführt werden. Die Unterstützung der Arbeiterschaft ist [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291113-16/fragment/page=0010

DER ROTE GEWERKSCHAFTS-ARBEITER

Nr. 250 — Mittwoch, 13. November 1929

om Kampfplatz der tschechischen Bergarbeiter

Von Gustav Sobotka

Angesichts des bevorstehenden mitteldeutschen Bergarbeiterkampfes ist der nachfolgende Artikel des Genossen Sobotka besonders interessant. Es muß gründlich gelesen und diskutiert werden, weil er die Streikbrecherrolle der reformistischen Bürokratie treffend aufzeigt und weil er lehrreiche Hinweise für die mitteldeutsche Bewegung seine Lehren daraus ziehen kann. Die Red.

Oktober hat in dem west-böhmischen Kohlenrevier von omotau ein Bergarbeiterstreik begonnen, der es verdient, Ländern und Bergbaurevieren besonders gewürdigt zu Einmal deshalb, weil er beweist, daß in der Arbeiter- Radikalisierung vor sich geht und damit auch die Welle Kampfmittel zunehmen muß, ein andermal aber auch, daß die der Kommunisten und oppositionellen Gewerkschafter, der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie wolle die unter ihrer stehenden Gewerkschaftsorganisationen zu vollkommenen

tung, hallische Metallarbeiter

tische Delegierte der letzten Generalversammlung und tische Funktionäre der DMV.-Zahlstelle Halle erhalten Reverse von der Renegaten-Ortsverwaltung vorgelegt, sich scharf gegen den Reichskongreß der revolutionären sitionen wenden und nach denen die Unterschreibenden ären, daß sie nicht Einberufer der öffentlichen Ver- mlung der Belegschaft Dicker & Werneburg sind. König, die Betrügereien des Kassierers Ohme verschwieg, wagt Kollegen förmlich zur Unterschriftenleistung zu pressen. Funktionär soll schon aus Reinlichkeitsgründen dieser ssischen Ortsverwaltung keine Rechenschaft ablegen. Metallarbeiter, zeigt diesem Gelichter die Faust!

ersunterschriften ablehnen!

nderorganisationen machen, keine leere Behauptung ist, durch die Tatsache auch hier wieder bewiesen werden kann. ng es bei dem tschechischen Bergarbeiterstreik?

as west-böhmische Bergbaurevier ist durch einen tariflichen rag ein Durchschnittslohn von 42 Kronen pro Schicht für ktord arbeitenden Bergarbeiter festgelegt. Dieser Durch- hn wird auf fast keiner Zeche eingehalten. Mit 25 oder n pro Schicht werden große Teile der Bergarbeiter nach icht. Dies geschieht, obwohl die Nationalisierung immer und die Leistung der ganzen Gruben sowie des einzelnen ters stark gesteigert wurde. Alle Versuche der Bergarbei- Kündigung des Lohntarifs, der von den reformistischen en abgeschlossen war, zu erreichen und damit einen Lohn- n bessere Tariflöhne zu ermöglichen, scheiterten an der der reformistischen Bürokratie.

diese Umstände gezwungen, nahmen am 9. Oktober die Be- der Gruben „Anna" und „Andreas" zur Lohnfrage Stel- ein Belegschaftsversammlung wurde an die Betriebs- die Forderung gestellt auf Zahlung eines Minimallohns Kronen pro Schicht für die in Akkord arbeitenden Berg- und eine halbstündige Ruhepause. Die Betriebsleitung diesen Gruben antwortete auf diese Belegschaftsversamm- der sofortigen Entlassung des Kameraden Rezek, der in chaftsversammlung die Forderungen der Bergarbeiter hat und von ihr auch beauftragt wurde, die Forderungen ren zu unterbreiten. Diese Provokation hatte zur Folge, Belegschaft sofort die Arbeit niederlegte und erklärte, nicht nehmen, bis der Kamerad Rezek wieder eingestellt ist.

Arbeitsniederlegung auf den Gruben „Anna" und „Andreas" ls Signal zum Durchbruch der schon lange schlummernden Unruhe bei den Bergarbeitern. Unter der Führung des verbandes der Bergarbeiter", der roten Gewerkschaft, be- ein Revierkonferenz am Sonntag, dem 13. Oktober, in Bar- an der alle Schächte des Komotauer Reviers teilgenom- ten, den Streik für folgende Forderungen:

die im Abbau, Streckenbetrieb, Teufen und Grubenerhal- sowie Ausbauen beschäftigten Häuer beträgt der Minimal- jede verfahrene Schicht 44 Kronen.

Bedinge sind derart zu erstellen, daß jeder in Akkord Be- für jede verfahrene Schicht mindestens um 20 Prozent als der im Absatz 1 angeführte Minimallohn beträgt, ver-

ner, die vorübergehend zu Reglerarbeiten verwendet werden, für jede dieser Schichten den Minimallohn von 44 Kronen. nicht unter die Häuerkategorie fallenden Bergarbeiter Lohne gesordert zwischen 38 und 42 Kronen. Des weiteren ung der Arbeitszeit und bessere Bezahlung der Sonn- sowie bessere Belieferung mit Deputatkohlen wurde

Forderungen sind eigentlich nur das Mindeste, was die eiter angesichts der erbärmlichen Löhne, die in diesem tzahlt werden, forderten. Sie fanden darum auch die resti- mmung aller Belegschaften.

ttische Revier. Schon am Montag, dem 14. Oktober, traten große Anzahl von Schächten, darunter „Elli", „Tiefbau" und in den Streik. Am Dienstag folgten „Humboldt", „Columbus" und „Fortuna" und andere, alles Zechen mit den Belegschaften. Am Freitag der Woche standen über 8000 alio fast das ganze engere Komotauer Revier, im am ihre berechtigten Forderungen. Der Kampf wurde Bergarbeitern ohne Unterschied der politischen oder ge- lichen Zugehörigkeit aufgenommen. Sozialdemokratische sowie die Kommunisten standen bis zu diesem Augenblick Seite, mit dem festen Willen, den Kampf zu einem vollen zu führen.

reformistisch-faschistische Bürokratie der „Union der Berg- Die deutsche reformistische Bergarbeiterorganisation) und „Svaz-horníků" (die tschechische reformistische Bergarbeiter- ation) hatte bis zu diesem Zeitpunkt zu dem Streik keine stellung genommen. Wohl haben sich einzelne Sekretäre Organisationen auf einzelnen Gruben bemüht, den Streikbruch ren. Dies gelang ihnen aber nur mit Hilfe der auf der Grube „Anna". Auf allen anderen Gruben n von den Bergarbeitern vertrieben.

Freitag, dem 18. Oktober, veröffentlichte die Bürokratie reformistischen Verbände einen Aufruf, in dem sie ihre zum Streikbruch aufforderten!!! Der Streik wurde, wie Reformisten immer üblich, als eine „kommunistische" bezeichnet. Für Sonntag, den 22. Oktober, rief dieselbe eine Konferenz der beiden Verbände, „Union der Bergarbeiter" und der „Svaz-horníků", nach Brüx ein. Zu dieser Konferenz wurde zugezogen auch der nationalfaschistische Bergarbeiterverband „Jodnotta". Auf dieser Konferenz wurde unter einer wüsten Hetze gegen die Kommunisten der Streikbruch offiziell beschlossen und die Funktionäre und Mitglieder dieser Organisationen verpflichtet, die Arbeit wieder aufzunehmen. Um die Mitglieder zum Streikbruch gefügiger zu machen, wurde gleichzeitig beschlossen, eigene Lohnforderungen zu stellen, und wenn diese nicht bewilligt werden, zum 10. November den Lohntarif zu kündigen. Die Streikbruchbeschlüsse wurden in einem Aufruf an alle Bergarbeiter verbreitet.

Am gleichen Sonntag fand in Bruch unter Führung des roten Industrieverbandes der Bergarbeiter, eine Konferenz der Streikleitungen und Schachtdelegierten für das ganze Brüx-Komotauer Revier statt. Ueber 600 Delegierte nahmen erneut Stellung zur Kampfsituation und beschlossen die Weiterführung und Ausdehnung des Kampfes auf das ganze Revier.

Durch die aktive Streikbrecherrolle der Reformisten war jetzt die Situation eine andere geworden, als in der ersten Streikwoche. Ein Teil der Bergarbeiter folgte, wenn auch widerwillig, der Streikbrecherparole. Das berufsmäßige Streikbrechertum war auch offiziell durch die Organisationen anerkannt, die Polizei und Gendarmerie setzte, auch gestärkt und ermuntert durch den sozialfaschistischen Streikbruch, mit der schärfsten Verfolgung der Streikenden ein. Die Streikposten wurden verhaftet, verprügelt, die Streikversammlungen auseinandergejagt. Die revolutionären Bergarbeiter unter Führung des Industrieverbandes und seiner Funktionäre, setzten ihre ganze Kraft für die Durchführung des Kampfes ein. Ja selbst gegen die schwerbewaffnete Gendarmerie wurde der Kampf geführt und alles unternommen, um die faschistischen Streikbrecherbanden von den Gruben fernzuhalten. Bei dem Kampfe gegen die Gendarmerie spielte die reformistische Bürokratie die Rolle der Denunzianten. Auf ihr Verlangen und Geheiß wurden Dutzende von revolutionären Arbeitern eingekerkert.

Es ist verständlich, daß unter diesen Umständen den Bergarbeitern es nicht mehr gelang, den Kampf wesentlich zu erweitern. Wohl gelang es, neue Schächte in den Kampf zu führen, aber es gelang auch der vereinigten Staatsmacht und der reformistischen Bürokratie, andere Schächte wieder zum Abbruch zu zwingen.

Die tschechischen Bergarbeiter werden aus diesem Kampfe die Lehre ziehen, daß als Kampforganisation nur der rote Industrieverband der Bergarbeiter in Frage kommt. Und daß Kämpfe nur unter seiner Führung und unter selbstgewählten Kampfleitungen, nicht mit, sondern gegen die Reformisten möglich sind. Die Illusion, die in vielen Kreisen der tschechischen Bergarbeiter noch vorhanden war, auch die unter Führung der Reformisten stehenden Verbände, die „Union der Bergarbeiter" und der „Svaz-horníků" würden im entscheidenden Moment an der Seite der Bergarbeiter stehen, ist durch die Tatsache restlos beseitigt. Für die Bergarbeiter der anderen Länder ist aber bei dem tschechischen Bergarbeiterkampf von den Reformisten erneut der Beweis geliefert, daß sie nicht nur auf Lohnkämpfe verzichten und nicht nur den Streikbruch propagieren, sondern ihn auch im entscheidenden Moment organisieren und mit Hilfe der Staatsmacht durchführen.

Neue Anschläge gegen die Erwerbslosen!

Während der Beratung über den Unterstützungsraub im Reichstag machten die Sozialdemokraten den Unternehmern den Vorschlag, die Differenzpunkte über die Beitragserhöhung und den weitgehenden Forderungen auf Unterstützungsabbau zu vertagen. Die Sozialfaschisten wollten aus Angst vor der Abrechnung bei den Kommunalwahlen erst nach dem 17. November die Wünsche der Unternehmer restlos erfüllen.

Die Unternehmer zeigten volles Verständnis für die Wahlschmerzen ihrer Koalitionsbrüder und erklärten sich mit der Verschiebung der endgültigen Durchsetzung ihrer Forderungen einverstanden.

Darauf machten die Aufhäuser, Graßmann und Kumpane in der Oeffentlichkeit ein großes Lügenmanöver. Sie schwindelten in ihrer Presse und in Versammlungen den Arbeitern vor, der bereits beschlossene Abbau der Erwerbslosenunterstützung sei gar kein Abbau, sondern eine Beseitigung von Mißständen und es sei ihnen gelungen, den Vorstoß der Unternehmer zurückzuweisen!

Sie spekulierten dabei auf die Leichtgläubigkeit ihrer Leser und Versammlungsbesucher und auf die Tatsache, daß, da die von ihnen mit beschlossenen Bestimmungen am 1. November in Kraft treten, bis zum 17. November die vollen Auswirkungen für die Arbeiter noch nicht erkennbar sein würden. Und — Zeit gewonnen, alles gewonnen — ist der Wahltag vorüber, kann man ja unbedenklich weitere Maßnahmen gegen die Arbeiter beschließen!

Bereits am 7. Oktober hat anläßlich einer Preßebesprechung unter dem Vorsitz Wissells der Ministerialrat Dr. Lehfeldt erklärt, daß durch die am 3. Oktober vom Reichstag beschlossenen Maßnahmen: Verlängerung der Anwartschaftsdauer und der Wartezeit, Herabsetzung der Unterstützung bei berufsmäßiger Arbeitslosigkeit, Anrechnung von Ruhegehältern, Wartegeldern und Sozialrenten, Herabsetzung der Beiträge zur Krankenversicherung und der verschärften Anwendung der Unterstützungsentziehung 90 bis 100 Millionen Mark eingebracht werden. Dr. Lehfeldt wies weiter darauf hin, daß der noch bleibende Fehlbetrag der Reichsanstalt von 181 Millionen bei der kommenden Finanzreform ausgeglichen werden sollte.

Anscheinend haben die Unternehmer nicht die Absicht, die Erledigung ihrer reaktionären Wünsche so lange hinauszuschieben. Sie pochen auf ihre Wahlabmachung mit den sozialdemokratischen Führern und fordern sofortige Durchführung nach den Kommunalwahlen. So wird im „Berliner Börsen-Courier" vom 25. Oktober u. a. geschrieben:

„Das Reformwerk an der Arbeitslosenversicherung ist vorläufig mit einem höchst unbefriedigenden Kompromiß beschlossen worden. Die noch ausstehenden Punkte sollen bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen im Reichstag im Laufe des November erledigt werden. Die Stellung der Parteien zur Beitragserhöhung wird erneut eine lebhafte Diskussion hervorrufen, und man kann nur hoffen, daß die bürgerlichen Parteien bei ihrer ablehnenden Haltung bleiben werden, die nicht nur dadurch bedingt ist, daß eine wirkliche Sanierung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit der Beitragserhöhung allein doch nicht zu erreichen ist, sondern vor allem von dem Gedanken getragen wird, daß endlich einmal eine Grenze gezogen werden muß bei den Bewilligungen für den sogenannten Sozialetat."

Hier wird mit unverblümten Worten ausgesprochen, daß ein weiterer Abbau der Erwerbslosenunterstützung zur Sanierung der Reichsanstalt erfolgen soll. Das wäre die unmittelbare Fortsetzung des sozialreaktionären Kurses unter Führung des Arbeitsministers Wissell.

Erwerbslose, macht Front gegen diese Schandpläne der Sozialfaschisten, rechnet mit ihnen am kommenden Sonntag ab! Keine Stimme diesen Arbeiterfeinden, wählt nur Kommunisten!

Sozialfaschismus im Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband

Die im Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband, Ortsgruppe Halle, organisierten Kollegen nahmen in ihrer Quartalsversammlung ein Referat des sozialdemokratischen Genossenschaftsbonzen Riese entgegen. Dieser sprach über den Sinn und den Zweck der Genossenschaften. Er betonte, daß jeder organisierte Arbeiter seinen Warenbedarf im Konsumverein decken soll. Das ist vollkommen richtig, aber seine Ermahnungen sollte er in erster Linie richten an die Adresse der sozialfaschistischen Spitzenfunktionäre, die Landräte, Regierungspräsidenten, Bürgermeister usw., die selten im Konsum organisiert sind, und wenn sie es sind, einen recht bescheidenen Umsatz haben. Der Referent verbreitete sich auch über die genossenschaftliche Volksfürsorge. In seinen Ausführungen ließ er durchblicken, daß diese Organisationen einen wirtschaftsfriedlichen Charakter haben müßten. (Etwas anderes hat man ja von ihm auch nicht erwartet.) Die anwesenden oppositionellen Kollegen ließen deutlich erkennen, daß sie mit den Ausführungen des Referenten in keiner Weise einverstanden waren. Für sie machte aber der zweite Punkt den wichtigsten Teil der Tagesordnung aus. Nämlich der Bericht des Bezirksleiters Strauß über die Tätigkeit der Bürokratie im letzten Quartal. Die oppositionellen Kollegen betonten, daß die Lohntarife nicht den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen und daß es ein Verbrechen ist, auf lange Frist solche Tarife abzuschließen, denn sie bringen unsägliches Elend über die Arbeiterschaft. Ganz gehörig wurde den Bonzen gesagt, daß sie Handlanger der Kapitalisten sind.

Nach Entgegennahme der Quartalsabrechnung brachte der Kollege Michael eine Protestresolution gegen die Schreibweise der Verbandszeitung ein. Er nahm Bezug auf einen Artikel, der sich gegen den Reichskongreß der oppositionellen Gewerkschaftsopposition aussprach. Der Genosse wandte sich sehr scharf gegen die Gewerkschaftsspitzen. Der Versammlungsleiter Gustav Strehler ließ über die Entschließung nicht abstimmen, trotz des Protestes der übergroßen Mehrheit der anwesenden Mitglieder. In Zukunft dürfen sich das die Kollegen nicht wieder gefallen lassen. Sie müssen ihre Entschließungen unbedingt durchdrücken. Besonders aber müssen sie hervorheben, daß sie hinter der Fahne der Opposition marschieren, daß sie den Reichskongreß der Opposition für richtig halten und an seiner Organisierung mithelfen werden.

Unterschlagung im Fabrikarbeiterverband

Die Korruptionsfälle im Fabrikarbeiter-Verband nehmen kein Ende. In Wiesbaden mußte der Verbandsangestellte Groß ausgeschlossen werden, weil er Unterschlagungen begangen hatte. Vergeblich versuchten seine Parteifreunde aus der SPD., ihn zu halten. Erst als die Mitglieder Krach schlugen, erfolgte die Amtsenthebung, und der Sozialdemokrat Brüderlein will jetzt den freigewordenen Posten besetzen. Schon in der letzten Mitgliederversammlung erbrachte er den Befähigungsnachweis durch sein forsches Auftreten gegen die oppositionellen Kollegen. Er weigerte sich gleichfalls, über eine Protestresolution gegen die Schreibweise im „Proletarier" und gegen die SPD.-Propaganda durch den Verbandsapparat abstimmen zu lassen.

Die Unterschlagungen im Fabrikarbeiter-Verband werden genau wie im DMV. von solchen Leuten begangen, die sich als wilde Hetzer gegen die Opposition und Sowjet-Rußland betätigen. Für die Mitglieder ergibt sich die Verpflichtung, gerade solchen Helden auf die Finger zu schauen und ihnen durch eine scharfe Kontrolle das Handwerk zu legen.

Bieberitz. Berichtigung. In der Sonnabend-Nummer des „Klassenkampf" muß es im Artikel: „Bravo Chemiearbeiter" nicht heißen: Die Belegschaft zählt 3100 Mann, wovon 2444 Mann für Arbeitszeitverkürzung stimmten, sondern die Belegschaft zählt 2700 Mann (ohne Angestellte, die nicht an der Abstimmung teilgenommen haben. D. Red.), wovon 1444 Mann für Verkürzung der Arbeitszeit stimmten. 655 stimmten dagegen usw.

Der jüngste Betriebsmord . . .

Ein Arbeitergreis bei der Mansfeld A.-G. totgequetscht

Am Sonnabendvormittag wurde auf der Krughütte der 62jährige Schlackenschuttlader August Metzenmacher zu Tode gequetscht.

Schuldfrage? Mordsystem der Mansfeld A.-G. Arbeiter, kämpft gegen das Ausbeuterpad, reduziert die Unfälle durch Lohnerhöhung und kürzere Arbeitszeit.

Für alle graphischen Arbeiter interessant und wichtig

Der „Graphische Block", Organ zur Förderung des Graphischen Industrieverbandes, Organ der oppositionellen graphischen Arbeiterschaft, ist eben erschienen.

Die Nr. 10 enthält wiederum reichhaltiges Material über den sozialdemokratischen Terror in den graphischen Verbänden gegenüber der Opposition, weiter über den Abbau der Erwerbslosenfürsorge, Betriebsberichte, Erfolge der Opposition, Internationales.

Kollegen und Genossen, macht es den Berlinern nach! Wehrt Euch gegen den infamen Ausschlußterror der sozialdemokratischen Spitzen — protestiert geschlossen für die Einheit der Verbände! Schickt Eure Resolutionen an den „Graphischen Block"! Lest und verbreitet in allen Orten, in allen Druckereien den „Graphischen Block", der Eure Forderungen und Interessen vertritt! Schreibt und bestellt noch heute! Bestellt ortsweise oder druckereiweise, da wir dadurch Porto sparen. Einzelbezieher zahlen einschließlich Porto für ein Jahresabonnement 1,50 Mark. Der „Graphische Block" erscheint monatlich.

Graphischer Block. Friedrichstadt-Druckerei Berlin C 54, Kleine Alexanderstraße 28.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291113-16/fragment/page=0011

Arbeiter-Spor

Nr. 250 — Mittwoch, 13. November 1929

Die Bezirkskonferenz der Arbeiter-Kegler beschloß:

Alle Arbeiter-Kegler wählen Kommunisten, Liste 3

Gegen jegliches Diktat der Zentralkommission

Am vergangenen Sonntag tagte die Bezirkskonferenz der Arbeiterkegler, die sich u. a. mit dem Bericht vom Bundestag beschäftigte. Sportgenosse Schuster ging dabei besonders gründlich auf den Anschluß an die Zentralkommission ein. Dieser erfolgte auf dem Bundestag mit dem gleichzeitigen Hinweis darauf, daß nun die Politik der ZK. auch im Arbeiter-Kegelbund durchgeführt werden müsse. Das widerspricht der Forderung der Mitgliedschaft, die sich durch den Anschluß an die ZK. nicht terrorisieren lassen will. Das befundeten die Delegierten auf der Bezirkskonferenz auch erneut, indem sie mit 23 Stimmen folgende Entschließung zum Ergebnis des Bundestages beschlossen:

„Der Bezirkstag der hallischen Arbeiter-Kegler erklärt nach Entgegennahme des Berichtes über den Frankfurter Bundestag, daß der Bundesvorstand und die Delegierten einiger Gaue ihre Zustimmung für den Anschluß des Bundes an die Zentralkommission in einer Form geben, der von der Mehrheit der Bundes-Mitgliedschaft nicht gebilligt wird.

Der Anschluß an die Zentralkommission wurde zwar von der Mitgliedschaft gefordert, jedoch unter stärkster Betonung der Einheit des Arbeiter-Kegler-Bundes. Diejenigen, die durch die Beschlüsse des Frankfurter Bundestages ihre Zustimmung gaben zu dem Anschluß der Vereine, die wie in Berlin, Erfurt und anderen Orten den alten rechtmäßigen Sportkartellen angehören, haben nicht entschieden vom Standpunkt der Interessen des Arbeiter-Kegler-Bundes, sondern haben sich der Spaltungs- und Koalitionspolitik der Zentralkommission angeschlossen, statt sie zu bekämpfen, da sie im Widerspruch zu den Traditionen der Arbeiter-Kegler-Bewegung steht.

Die hallischen Arbeiter-Kegler lehnen deshalb den Beschluß des Frankfurter Bundestages ab und fordern die Bundes-Mitgliedschaft auf, gemeinsam den Kampf gegen die Beschlüsse zu führen, die nicht von der Mitgliedschaft beschlossen wurden.

Die hallischen Arbeiter-Kegler werden nach wie vor in einer Front mit den oppositionellen Arbeiter-Sportlern aller Verbände zusammen arbeiten, im Interesse der Einheit der Arbeiter-Sport-Bewegung, auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes."

Nach diesem Tagesordnungspunkt erfolgte die Wahl des Gesamtvorstandes mit folgendem Ergebnis: 1. Vorsitzender: Scholz, 2. Vorsitzender: Fahr, 1. Kassierer: Schuster, 2. Kassierer: Weber, 1. Schriftführer: Selka, 2. Schriftführer: Liske. In die Sportkommission wurden die Genossen Böttger, Sänger und Klaus gewählt. Die Revisoren wurden wiedergewählt. Nach kurzer

Stellungnahme zu den bevorstehenden Kommunalwahlen

wurde folgende Resolution mit 24 Stimmen angenommen:

„Die heute am 10. November stattfindende Bezirkskonferenz der Arbeiterkegler des Bezirks Halle spricht der Kommunistischen Partei für ihre Führung und für ihr tapferes Verhalten in allen Kämpfen der Arbeiterklasse ihre wärmste Sympathie aus. Die Arbeiterkegler geloben, so wie bisher Schulter an Schulter mit der Partei des revolutionären Proletariats zu kämpfen. Die Bezirkskonferenz fordert alle Sportgenossen auf, am 17. November ihre Stimmen nur der KPD. zu geben, da sie als einzige die Interessen der Arbeitersportler vertritt."

In der anschließenden Debatte über Verschiedenes wurde u. a. ein Antrag des Sportgenossen Lutze angenommen, der besagt, daß in jedem Jahre nur ein Bezirkstag stattfinden soll und daß das nächste Bezirkskegeln in Bernburg abgehalten werden solle. Für den Bezirkstag im Juni wird Schiepzig festgelegt. Sodann wird noch mitgeteilt, daß am 24. und 25. Mai in Halle ein mitteldeutsches Keglertreffen stattfindet. Die gut verlaufene Tagung der Arbeiterkegler wurde mit einem kräftigen Frei Holz geschlossen.

So sehen die Bundesfunktionäre des 8. Bezirks aus

Sportfreunde Piesteritz 1. — Groß-Möhlau 1. nicht stattgefunden

Etwas Unerhörtes leisteten sich die Gäste aus Möhlau, indem sie auf dem Platz erschienen und äußerten: „Wir können nicht mit Euch spielen, Ihr seid disqualifiziert wegen Nichtbeachtung der Bezirksspielordnung." Das wurde uns von dem Bezirksspielausschußobmann Donner (Brehna) mitgeteilt.

Was geht hier vor? Ist es dem Bezirksvorstand nicht bekannt, daß Sportfreunde aus dem Kreismeisterschaftsspiel mit Alsleriselben noch Geld vom Kreis erhält, und selbiges sollte, wie es schon auf dem Bezirkstag in Bitterfeld mitgeteilt wurde, in Ablug gebracht werden. Trotz Aufklärung der Gäste über die ihnen nicht bekannte Angelegenheit ließen sie sich nicht zum Spiel bewegen und zogen ohne Spiel ab.

Sportfreunde Piesteritz Jugend — Zschornewitz Jugend 3:4. Eine unverdiente Niederlage mußte Sportfreunde durch Unsachlichkeit ihres Torwarts einstecken. Zschornewitz war der Sportfreunde-Elf körperlich überlegen.

Sportfreunde Piesteritz 2. — Zschornewitz 1. 11:2 (8:2). Sportfreunde führte ein ausgezeichnetes Kombinationsspiel vor. Bis Halbzeit gelang es ihnen, das Resultat auf 8:2 zu stellen. Die Gäste bemühten sich eifrigst, das Resultat abzuschwächen. Doch Sportfreundes Schlußtrio zeigte sich als schwer zu nehmendes Bollwerk.

Internationales Sportfest im „Volkspark"

Der Ortsgruppe Halle des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbundes Solidarität ist es gelungen, die berühmte Achter-Kunstreigen-Mannschaft Luckenwalde sowie den Bundesmeister im Zweier-Radball zu seinem Sportfest am Sonnabend, dem 16. November, im großen Saal des „Volksparks" zu verpflichten. Die Luckenwalder sind zum vierten Male Bundesmeister im Achter-Kunstreigen. Was an Kunst und Geschicklichkeit auf dem Rade gezeigt werden kann, wird Luckenwalde vorführen. Einen großen Kampf wird es geben im Zweier-Radball gegen den Bundesmeister von Oesterreich. Die beiden Spieler sind Jahre lang an der Spitze, bei Jahre lang ungeschlagen, so daß der Gewinner Halle also hergeben muß, um ehrenvoll abschneiden zu können. Im Dreier-Radball ist der Bezirksmeister des 18. Bezirks des Gaues 17, Osmünde, verpflichtet worden, auch hier wird es einen guten Kampf geben. Osmünde ist in den letzten Jahren mit einer jungen Mannschaft auf den Plan getreten, welche es verstanden hat, auf Grund der guten Spielweise große Erfolge zu erringen. Sie wird versuchen, gegen die bestbekannten Gallenser bestehen zu können. Auch die Jugend kommt zur Tat: Canena — Halle. Eine Ueberraschung gibt es im Zwölfer-Kostümreigen. Ein herrliches Bild wird sich hier vor den Augen der Besucher zeigen. Die Sportlerinnen der Ortsgruppe Halle, Bundesmeister

Interessengemeinschaft Halle 2. Kr., 6. Bez.

Mittwoch, den 20. November 1929 (Bußtag), 15 Uhr
Bis. Trotha-Platz (Oppiner Str.)

Städte-Fußballspiel

Halle — Erfurt

14 Uhr: Funktionäre — Schiedsrichter

13 Uhr: Handballspiel Halle-Stadt — Halle-Bezirk

im Sechser-Schulreigen, werden zeigen, daß sie den Titel mit Stolz tragen dürfen. Die Ortsgruppe Halle dieser Arbeitersport von Halle und Umgebung ein Programm, was euer großen Höhe steht. Die Parole muß lauten: Auf, am Sonnabend, dem 16. November, zum internationalen Sportfest im „Volkspark" zu Halle.

Mitteldeutsche Spielvereinigung, 2. Kreis 6. Bezirk

Werbespiel Halle-Nord — Halle-Süd

am 20. November (Bußtag) auf dem Stadion

Halle-Süd: Weinrich (Minerva)
Härtling (Ammendorf) Kahle (Minerva)
Becker (Ammendorf) Müller (Bruckdorf) Kotsch (Minerva)
Bruckdorf Bechstedt Richter Müller Pfeifer
(Blau-Weiß) (Merseburg) (Bruckdorf) (Ammendorf) (Minerva)
Ersatz: Stange (Merseburg), Zabel (Blau-Weiß).

Appen Nüssner Maiffek M. Reuter Donath
(Fichte) (Fortuna) (Zörbig) (Fortuna) (Zörbig)
Hertmann (Fortuna) Beyer (Zörbig) Autem (Sportlust)
Hartleb (Fortuna) Meichardt (Askania)

Halle-Nord: Seibicke (Askania)
Ersatz: Schneider (Askania), Barth (Fortuna).

Schiedsrichter: Jänike (Minerva). Berichterstatter: Pabst (Sportlust). Linienrichter: Minerva und Mörmlin je zwei Mann. Treffpunkt der Spieler 13 Uhr bei Weinrich. Melden beim Genossen Friedmann. Außerdem hat jeder Spieler eine weiße Hose und Fußballschuhe mitzubringen. Absagen sind nicht statthaft.

Fußballresultate

Minerva 1. — Wörmlitz 1. 5:0 (4:0). Minerva 2. — Könnern 2. 1:4 (0:3). Minerva Jugend — Zörbig Jugend 4:1 (2:1).
Bruckdorf 1. — Leipzig-Möckern 1. 2:0. Bruckdorf Jugend — Fichte Halle Jugend 5:0. Bruckdorf 2. — Döllnitz 1. 0:2.
Askania 2. — Wacker Köthen 2. 0:1. Askania 1. Jugend — Wacker Köthen 1. Jugend 1:0. Askania 2. Jugend — Ammendorf 2. Jugend 6:0.
Wansleben 1. — Wettin 1. 3:0. Wansleben 2. — Wettin 2. 1:1.

Handballresultate

Teutschenthal 1. — Beuthlitz 1. 6:3 (2:0). Teutschenthal 2. — Beuthlitz 2. 2:7 (2:4).
Zwintschöna 1. — Nietleben 1. 8:6 (3:3). Zwintschöna Jugend — Osmünde Jugend 3:8 (2:4).
Wörmlitz 1. — Othello 1. 5:3 (2:3). Wörmlitz 2. — Othello 2. 3:7 (3:3).

Queis 1. — Molmeck 1. 12:2

Queis hatte Molmeck 1. und 2. zu Gaste und vertrat den 6. Bezirk würdig. Queis war technisch überlegen. Schiedsrichter gut. Vorher spielten die 2. Mannschaften, wobei Molmeck 4:3 gewann.

2. Kreis, 8. Bezirk. Opposition.

Ueberraschungssieg der Wolsener beim Werbetag. Jeßnitz verliert

Wolsen 1. — Berlin-Schönholz 1. 7:2 (2:1). Unsere Vorschau hatte nun doch ein solches Resultat nicht erwartet. Der 8. Bezirk wurde würdig vertreten. Wolsen spielte die zweite Halbzeit überlegen.

Jeßnitz 1. — Berlin-Treptow 1. 2:5 (2:1). Hier war Berlin besser, sie gewannen verdient.

Wolsen Jugend — Berlin-Baumschulenweg Jugend 2:4 (1:1).
Jeßnitz Jugend — Berlin-Treptow Jugend 3:1.
Mühlbeck 1. — Grüfenhainichen 1. 1:1 (1:1). Sparta hatte man ein besseres Resultat zugetraut. Sie hielten sich bis Halbzeit. Nach dieser versagte der Sturm.
Mühlbeck Jugend — Sparta Jugend 6:1.
Fichte Petersroda 1. — Grüfenhainichen 2. 5:0 (3:0). F. 2. — Brehna 3. 0:0.
Bitterfeld 2. — Sandersdorf 2. 0:1 (0:0).

Hertha Zahna 1. — Vormärts Niemegk 1. 2:5 (2:2). Das Bezirksspielspiel war von Anfang bis Ende flott. Herthas Elf hielt sich gegen seinen erstklassigen Gegner recht tapfer.

Morl 1. — Gröbers 2. 6:4 (3:4)

Obige Mannschaften standen sich in M. zu einem Freundschaftsspiel gegenüber. Gr. hat Anstoß und sofort setzt ein scharfes Spiel ein. In der 15. Minute geht M. durch Mittelstürmer in Führung. Gr. spielt auf Ausgleich, kann ihn aber nicht erzielen, bis der M. Torwart durch einen 2 Meter scharfen Schuß verletzt wurde, aber nach kurzer Zeit wieder ins Spiel eintreten konnte. Ein Mißverständnis bringt Gr. den Ausgleich. Wenige Zeit darauf heißt es schon 4:1 für Gr. M. wird angespornt und kann bis Halbzeit 2 Tore aufholen. Nach Halbzeit geht M. aus sich heraus und kann bis zum Schlußpfiff das Resultat auf 6:4 erhöhen.
Morl Jugend — Gröbers Jugend 2:0 (1:0).

Arbeitersportler!

„Das Stadium einer politischen Neutralität ist überwunden .."

So schrieb der „Volkssport" am 28. Oktober in einem Artikel, dessen einziger Zweck darin bestand, den Arbeitersportlern vorzumachen, daß „eine erfolgversprechende Politik mit der Sozialdemokratischen Partei möglich sei". Das soll ein Wink mit dem Zaunpfahl für die große Masse der Arbeitersportler sein. Daß es dem „Volkssport" dabei am wenigsten als auf Stimmenfang für die SPD. ankommt, gesteht er in diesem Artikel hemmungslos ein.

„Wer zwischen die harten Steine der politischen Parteien gerät, wird gemahlen werden",

droht der „Volkssport" alsdann seinen lieben Lesern. Das ist den ganz offen aufgefordert, den sozialdemokratischen Sportverband zu verlassen, denn die Sozialdemokratie treibe doch eine Politik, „die im Rahmen der Möglichkeit liegt."

Wir haben wiederholt an zahlreichen Beispielen nachgewiesen, daß die Sozialdemokratie weit mehr Interesse für die bürgerlichen Sportverbände aufzubringen vermag, als für die Arbeitersport.

Förderung des bürgerlichen Sports durch die SPD. muß selbst Gellert zugeben

der in einem Artikel „Arbeitersport und Kommunismus" (siehe „Volksblatt" und andere SPD.-Zeitungen) folgendes ständnis entschlüpft:

„Die Ungleichheit bei der Verteilung öffentlichen Mittel, die Bevorzugung der bürgerlichen Sportler auf dem Gebiete der Verwaltungsarbeit und andere Ungerechtigkeiten haben wir sehr oft im Verein festgestellt."

Diese Feststellung ist Gellert zu machen gezwungen, obwohl doch bekanntlich fast auf jedem Kanzleiratssessel ein Sozialdemokrat breit macht. Aber Gellert kennt die Unterstützung des bürgerlichen Sports durch seine Parteigenossen genau so gut, wie wir. Er versucht aber genau so wie der „Volkssport" den Arbeitersportlern einige Tage vor den Kommunalwahlen Sand in die Augen zu machen, als sei dies zu ändern, wenn sie sozialdemokratisch wählen. Dabei wird die SPD. nach den Kommunalwahlen ebenso eifrig wie vorher darum bemüht sein, daß die bürgerlichen Sportorganisationen: blühen, wachsen und gedeihen.

Das müssen sich die Arbeitersportler merken

und sie müssen jede Gelegenheit zur Abrechnung mit den faschistischen Spaltern wahrnehmen. Der Platz für den bewußten Arbeitersportler ist an der Seite der Kommunistischen Partei, die sie im Kampfe gegen den bürgerlichen Sportverbände unterstützt. Der Kommunistischen Liste werden die Arbeitersportler deshalb folgen

und am kommenden Sonntag Liste 3 wählen

Städtespiel Halle-Erfurt am Bußta

Ein Solidaritätsspiel ersten Ranges — Heraus nach dem Sportplatz Trotha

Dem Vorstand der Interessen-Gemeinschaft Halle ist es gelungen, wieder ein Solidaritäts-Fußballspiel nach Halle zu bringen. Die Erfurter Genossen, die noch Mitglied im ATuSB. sind, malen ihre Sympathie mit den hallischen Sportlern zum Ausdruck bringen. Die Erfurter treten mit folgender Mannschaft an:

Erfurt: Hüter (Sp.-V. Eintracht)
Zahn (Vorwärts) Elle (Gispersleben)
Beate (Vorwärts) Schön (ATuSB.) Haase (ATuSB.)
Schäfer Dietrich Stein Wüttcher Saarbach
(Eintracht) (ATuSB.) (Vorwärts) (Eintracht) (Eintracht)

Das Spiel findet 15 Uhr statt. 14 Uhr spielen Funktionäre gegen Schiri. 13 Uhr spielen die Handballer. Das Spiel Halle-Stadt — Land fällt daher aus. **Die Städtemannschaft, die gegen Erfurt spielt, wird diese Woche veröffentlicht.**

Viktoria-Halle bei den Ausgeschlossenen in Leipzig

Der FFC. Viktoria 08 war einer Einladung Sportlust 09 Leipzig gefolgt, um auch mit den Leipziger Sportgenossen in nähere Fühlung zu kommen. Da Sportlust durch die Ausschließung der Vereinsleitung zur Zeit momentan ohne Platz ist, fanden die Spiele auf dem Platze des ebenfalls ausgeschlossenen „Sachsen-Gaues" statt. Bereits um 12 Uhr stellten sich beim Unparteiischen B. 1. Jgd. — Sachsen 1. Jgd. Beide Mannschaften führten ein Spiel vor, welches dem Arbeitersport alle Ehre machte. Beim Stande von 3:3 beendete der Schiri das Spiel. Anschließend betraten Viktoria 2. — Sportlust 2. den Platz. Leipzig hat Anstoß und sie legen ein Tempo vor, welchem sie aber bald zum Opfer fielen. Nach 10 Minuten findet sich V. und nun rollt Angriff auf Angriff auf das Gegners Tor. Schluß 9:1 für V.

Im Hauptspiel standen sich Viktoria 1. und Sportlust 1. gegenüber. Sportlust entpuppte sich als eine äußerst flinke Elf, welche die Hintermannschaft von V. vor eine schwere Aufgabe stellte. Nach 10 Minuten geht Sportlust in Führung. Trotz mit viel Schlußpfiff glückt V. noch durch den rechten Läufer das siegbringende Tor: 3:2. Das ganze Spiel hatte stark unter einer mäßigen Schirileitung zu leiden.

Sportbrüder 1. — ASC. 1. 2:6 (1:3)

Am Sonntag stellten sich obige Mannschaften zum Serienspiel. Wie schon das Resultat besagt, war es Sportbrüder nicht möglich, von letzten Tabellenplatz wegzukommen. In der ersten Viertelstunde ist es ein ausgeglichenes und gleichwertiges Spiel, bei dem es ASC. gelingt, durch Selbstor des rechten Verteidigers mit 1:0 in Führung zu gehen. Sportbrüder dadurch ermutigt, geht vom Anstoß weg gut durch und kann nach schönem Kombinationszug durch Halblinks ausgleichen. ASC. drückt jetzt und kann das Spiel leicht überlegen gestalten. Halbzeit 1:3. Nach der Pause flaut der Kampf etwas ab. Erst nachdem Sportbrüder noch ein zweites Tor nach zweimaliger Abwehr schießt, wird es etwas lebhafter. Doch stellt ASC. durch drei weitere Treffer Sieg und Punkte sicher und kann somit als Sieger das Spielfeld verlassen. Bei ASC. spielten einige Spieler hart. Bei Sportbrüder klappte es im Sturm nicht so recht. Das Spiel sand vor ungefähr 200 Zuschauern statt.

Sportbrüder 2. — Hertha Brachwitz 2. 5:3 (1:1). Hier gewann Sportbrüder dank besserer Spielerfahrung. Währenbdem es bis zur Halbzeit noch 1:1 stand, konnte Sportbrüder erst in den letzten 20 Minuten durch vier zum Teil sehr schöne Tore den Sieg an sich reißen.

Giebichenstein 1. — Leipzig-West 03 1. 3:3 (2:0)

Beide Mannschaften stellten sich um 15 Uhr zum fälligen Rückspiel. Bei schwerem Boden beginnt Giebichenstein den Anstoß. G. fängt gut ab und kann bereits in der 2. Minute durch Kopfball geschärfte werden. Knapp über die Latte endet der Ball ins Aus. G. wartet mit Gegenschuß auf, doch ist die Hintermannschaft auf der Hut. G. geschärfte Stürmerreihe findet sich schlecht, da Mitte vollständig versagt. Unermüdlich arbeitet die Läuferreihe. Ein fertiger Schuß vom Linksaußen bringt G. den ersten Erfolg. Weiterhin behält G. die Oberhand. Auch Leipzig kommt gut auf. Ein Eifer ist die Ausbeute. Er wird vom G. Torwart gehalten. Bald darauf reicht G. linker Läufer den 2. Treffer an. Mit Resultat geht es in die Pause. Nach Anstoß versucht L. aufzuholen und das Tempo, was ebenfalls beiderseitig eine härtere Note ins Spiel bringt. L. außen von G. erhält Platzverweis. Berechnet leitet L. Angriff ein. Durch Mißverständnis von G. Hintermannschaft kommt L. zum erste Tor. G. hat Pech, denn der linke Verteidiger muß auf Grund seiner alten Verletzung das Feld verlassen. Mehr und mehr kommt L. auf. Ein weiterer Treffer bringt L. den 2. Erfolg. Nur mit Mühe kann sich G. Hintermannschaft Luft verschaffen. Ein Freistoß aus der Hälfte kommt L. zugute. Ein weiterer Treffer erneuern. Ein Freistoß aus der Hälfte kommt L. zugute. Ein weiterer Treffer bringt L. den 3. Erfolg. Nur mit Mühe kann bringt den Ausgleich. Wenige Minute bekommt L. den 3. Elfmeter zugesprochen, der jedoch gehalten wird. Kurz darauf ertönt der Schlußpfiff. War das Spiel bis zur Pause recht ausgeglichen, es in der zweiten Hälfte zu wünschen übrig. Schiedsrichter hat seine Sache besser verteten.

Giebichenstein 2. — Leipzig-West 03 2. 4:4. Leipzig führt erst 3:0. Giebichenstein versteht das Resultat umzustellen und die Führung an sich zu reißen. Erst kurz vor Schluß gelingt Leipzig der Ausgleich.

Vereinsmitteilungen

Fichte, Halle (Fußballabteilung). Am Sonntag, dem 17. November, 8 Uhr Dafür beteiligen sich alle Mitglieder an der Waldarbeit der KPD. Die Monatssitzung am Freitag fällt ebenfalls aus.

ASC. Halle. Sonnabend, den 16. November, Treffpunkt aller Mitglieder 18.15 Uhr Rosplatz, am Musterturm, zum Fackelzug. Anstreten hinter Eisenbahnzug. Nach Auflösung geschlossener Abmarsch nach dem Vereinslokal zur Versammlung. Sonntag, 17. November, vormittags 9/7 Uhr, Anstreten am Sportgerät mit Spielmannszug zum Wecken anläßlich der Wahl. Alle Sportgenossen sind verpflichtet, restlos anzutreten.

ASC. Halle. Sonnabend, 16. November, 8/21 Uhr, findet die fällige Mitgliederversammlung im Vereinslokal statt. Jeder aktive Sportgenosse muß erscheinen. Sitzung der 2. Mannschaft.

BJSP. Trotha. Mittwoch, den 13. November, findet eine Verbandssitzung statt. Alle Funktionäre haben zu erscheinen zwecks Platzgestellung zum Wettkampf. Sportgenossen treten Sonntag früh auf dem Wettiner Platz zum Wecken an. Sonnabend zum Fackelzug auf dem Rosplatz.

Sportverein Morl. Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere fällige Versammlung Freitag, den 15. November, im Müllerschen Lokal stattfindet. Unentschuldigtes Fehlen wird satzungsgemäß bestraft.

Fußballklub Sportfreunde Wehau sucht für folgende Tage Spiele nach: Am 20. November für 1. und 2. Elf, am 1. Dezember für 1. Elf, am 8. Dezember für 2. Elf, am 15. Dezember für 2. Elf. Zuschriften an Emil Kretschmer, Nr 15.

Internationales Saalsportfest

der Ortsgr. Halle des A.-R.-u. K.-B. Solidarität
im Volkspark, abends 8 Uhr

u. a. Bundesmeister im 8er Kunstreigen Luckenwalde

Länder-Radball-Wettkampf

Oesterreich (Wien) — Deutschland (S

12. Kostümreigen der Ortsgruppe Halle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291113-16/fragment/page=0012

s rote Halle wählt Kommunisten, Liste 3

e mit dem reaktionären Einheitsblock von Rive bis Schaumburg und seine verderbliche Wirtschaftspolitik!

Die Wohnungsschande von Halle

Ein Kapitel bürgerlich-sozialdemokratischer Wohnungspolitik

n eine derjenigen deutschen Städte, die durch größtes Woh- nd gekennzeichnet sind. Infolge der in Mitteldeutschland mehr entwickelnden Industrie, wodurch Halle zum In- rum Mitteldeutschlands wird und dem Ansturm der essen von Leuna, Bitterfeld, Eisleben, Mansfeld usw. ie, gestalten sich die Verhältnisse auf dem Gebiete des nwesens in Halle immer katastrophaler. Alle krampf- Versuche, durch Beteiligung an Siedlungsgesellschaften usw., ungsnot zu beheben, sind bisher gescheitert und werden Zukunft scheitern, solange nicht das einzig mögliche l mittel zur Beseitigung der Wohnungsnot angewandt ichlich

großzügiger kommunaler Wohnungsbau.

enären Reichs- und Ländergesetze sowie die bevölkerungs- Kommunalpolitik des Bürgertums und der Sozialdemo- sten es jedoch zu einem umfassenden Wohnungsbau in Regie nicht kommen. Das Wohnungselend ist und bleibt olischer Bestandteil des bürgerlich-kapitalistischen Staates. nn das Proletariat die Macht erobert hat, sind die Vor- gen für die Beseitigung dieser grauenhaften Auswüchse erlichen Gesellschaft geschaffen.

ht es auf dem Gebiete des Wohnwesens in Halle aus? Jahre 1927 zur Ermittlung des Wohnungsfehlbetrages hte Reichswohnungszählung hat für Halle 4798 woh- haushaltungen, das sind 8,4 Prozent aller überhaupt enen Haushaltungen, ergeben. Unter 46 Großstädten, von ll größer als Halle sind, steht Halle bezüglich des Um- der Wohnungsnot an 14. Stelle. In Halle befinden sich in ten Wohnvierteln (Trödel, Glaucha usw.) unzählige hafte, heruntergewohnte, überfüllte und hygienisch sich in katastrophalen Zustande befindliche Wohnungen.

hnquartiere, in denen die gefährlichsten Krankheitskeime en und Tausende von Proletarierfamilien eng zu- ngepfercht hausen müssen, sind ein bedeutsames Kennzeichen der Stadt Halle.

ser Tatsache geht hervor, daß in Halle ein außerordentlich Bestand an abbruchreifen Wohnungen vorhanden ist. n Halle durchgeführte Untersuchung von insgesamt 434 ten Kleinwohnungen (alle einräumigen Wohnungen mit ehr Bewohnern, alle zweiräumigen Wohnungen mit 6 oder Bewohnern und alle dreiräumigen Wohnungen mit 8 und Bewohnern) hat außergewöhnlich katastrophale Er- isse gezeitigt:

ent aller Wohnungen sind sonnenlos. 11,7 Prozent ewohnten Räume sind infolge zu kleiner Fenster unge- und gehen sich nach einem anderen Wohnraum gehendes nur indirekt oder überhaupt nicht belichtet. In 15,9 Prozent der untersuchten Wohnungen ist mehr oder weniger starke Feuchtigkeit festgestellt worden. 25,1 Prozent aller untersuchten Wohnungen enthalten nur einen heizbaren Raum (einschließlich Küche). Besonders unzulänglich und unhygienisch sind die Klosettverhältnisse befunden worden. Beispielsweise benutzen 1 Klosett: 5 bis 10 Personen in 20,7 Proz. der Fälle; 11 bis 20 Personen in 54,7 Prozent der Fälle; 21 bis 41 und mehr Personen in 24,6 Prozent der Fälle.

Den Sittlichkeitsaposteln sei gesagt, daß in 40,7 Proz. aller Fälle in den Schlafräumen mangelhafte Geschlechtertrennung festgestellt worden ist.

Die Bettenverhältnisse sind geradezu himmelschreiend.

77,2 Prozent aller Personen haben kein eigenes Bett zur alleinigen Verfügung. Bei 57,9 Prozent aller Haushaltungen entfallen zwei und mehr Personen und bei 32,4 Prozent aller Haushaltungen mehr als zwei Personen auf ein Bett. Es gibt Familien, in denen Eltern mit Kindern über 14 Jahre sowie Geschwister beiderlei Geschlechts über 14 Jahre ein Bett teilen. Bettwäsche ist unzureichend vorhanden, und zwar durchschnittlich pro Bett nur einmal. 6,1 Proz. aller Haushaltungen besitzen noch weniger als dies Mindestmaß und in 4,8 Prozent aller Haushaltungen fehlt Bettwäsche überhaupt.

Das sind die Früchte der bürgerlich-sozialdemokratischen Wohnungsmißwirtschaft! Das ist ein „Kulturbild" aus der Rive-Schaumburg-Stadt. Alle Anträge der KPD. zur Durchführung von kommunalem Wohnungsbau haben Bürgerblock und SPD. abgelehnt.

Am 17. November heißt es: Abrechnen mit dieser Gesellschaft!

Die „Schulstadt" Halle

Halle, die Stadt des Herrn Rive, nennt sich stolz „Schulstadt". Es gibt zwar einige höhere Schulen in Halle, die sich sehen lassen können und mit denen man renommieren kann, aber das Volksschulwesen bleibt trotzdem ein dunkles Kapitel. Im Norden der Stadt gibt es mehrere Volksschulen, deren Zustand einfach himmelschreiend ist. Abgesehen von der unerträglichen Klassenfrequenz, sind die Verhältnisse der Volksschulen z. B. in Trotha nicht mehr als menschenwürdig zu bezeichnen.

Aber der hochwohllöbliche Magistrat hat es trotz der vielen Vorstöße der Kommunisten im Stadtparlament nicht so eilig, die Mißstände im Volksschulwesen abzustellen. Er hat andere Sorgen. Da ist z. B. die Pädagogische Akademie viel wichtiger. Da wird auch gleich eine volle Million geschmissen. Freilich hier handelt es sich ja nicht um Proletenkinder. Einige Zahlen sollen das Wesen der „Schulstadt" Halle mal etwas kennzeichnen.

In Halle werden ausgegeben:

Für 18 000 Volksschüler pro Kind und Jahr 115 Mark!

Für 1950 Mittelschüler pro Kind und Jahr 256 Mark!

Für 2225 höhere Schüler pro Kind und Jahr 432 Mark!

e Verschacherung der städtischen Werke in Halle

Der Raub der städtischen Versorgungsbetriebe durch SPD. und Bürgerblock

alische Stadtparlament, in dem nie ein Hauch schritts zu verspüren war, hat in den letzten Monaten n reaktionären Beschlüsse weit über die Grenzen hinaus traurige Berühmtheit erlangt. Was sich dieses Ge- rlament an Arbeiterfeindlichkeit geleistet hat, keine Kuhhaut. Das beweist ganz besonders der Beschluß

Umwandlung der städtischen Werke in eine A.-G.

nen hierfür folgende Betriebe in Frage: Städtische Berg- Elektrizitätswerk, Gaswerk, Wasserwerk Straßenbahn. Der Magistrat der Stadt Halle erließ am ember 1928 den Entwurf einer Satzung nebst Vertrag Halle mit der zu gründenden Werks-A.-G. Das Aktien- mar mit 20 Millionen vorgesehen.

ertliches Feilschen und Verhandeln setzte zwischen D. und dem Ordnungsblock über diesen Schandplan ein. ließ anfangs durch ihren Fraktionsführer Schaum- erklären, daß die sozialdemokratische Stadtverordneten- dieser Umwandlung der städtischen Werke, „in welcher es auch sei", nie und nimmer zustimmen werde! Die sogar durch ihr Fraktionsmitglied Flücht eine Denk- gegen die Werks-A.-G. ausarbeiten, in der die Nachteile der A.-G. wie folgt angeführt wurden:

Gründungskosten.

höhere Steuerbelastung und die besonderen Ge- ren.

hebung des Mitbestimmungsrechtes der städtischen Körper- ften bei Festsetzung der Tarife. (Bei Erhöhung der trom-, Gas-, Wasser- und Straßenbahn- preise, die jetzt schon zum Teil angekündigt sind! Red.)

eitigung des Kontrollrechtes der Stadtverordnetenversamm- ng.

führung der wirtschaftlichen und sozialen Belange der beiter, Angestellten und Beamten.

eigt sich aber, daß diese Denkschrift der SPD. und die Be- gen Schaumburgs nichts als Schaumschlägerei waren! D. brachte es fertig, in der zweiten Lesung für diese zu stimmen — ja sie besah sogar die Schamlosigkeit, den- der die Denkschrift ausgearbeitet hat, aus Bremen lich, um die Durchpeitschung der Vorlage zu ermöglichen! diese reaktionäre Vorlage, die der erste entscheidende Schritt llen Auslieferung der städtischen Versorgungsbetriebe an bankkapital ist, werden die Stadtverordneten der KPD. be- mitzuwirken:

ber Steuerfrage (die Werke müssen heute bereits Etat 4 700 000 Mark jährlich aufbringen. Die KPD. ver- ch die Massen der Verbraucher nur die Selbstkosten aufzu- haben, bei Staffelung der Preise nach der Leistungsfähigkeit Verbraucher, so daß keine Ueberschüsse gemacht werden); der Tarifpolitik (Preise für Strom, Gas, Wasser und Straßenbahn werden festgesetzt, ohne daß die Vertreter der Arbeiterschaft mit zu beraten haben); 3. bei Arbeiterfragen.

Zu all dem kommt noch, daß man die Werke für 12 Millionen hingegeben hat, während sie um ein Vielfaches mehr wert sind.

Der Schandstreich ist geglückt! Die SPD. hat in holder Eintracht mit dem Bürgerblock die unmittelbarsten Lebensinteressen der städtischen Bevölkerung verraten und dafür einen Direktor und fünf Aufsichtsratsposten bekommen!

Am Sonntag heißt es diesen abgefeimten und verrotteten Burschen die Quittung zu erteilen!

Das werktätige Halle hungert!

Aber die Stadt gewährte im Januar bis März 1928 den um Lohn und Brot kämpfenden Metallarbeitern keine Unterstützung!

Die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit lehnte die Unterstützungsanträge der Kommunisten für die Erwerbslosen ab!

Das werktätige Halle friert!

Aber die städtischen Arbeiter erhielten 1928/29 keine Winterbeihilfen. Ein Winterzuschuß von 40 Mark wurde in wöchentlichen Raten von 3 Mark abgezogen!

Dafür erhielten die Stadträte Fischer I, May und Dölz (SPD.) je 3000 Mark Sondervergütung für „geleistete Ueberstunden"!

Die Erwerbslosen liegen frierend und hungernd auf den Straßen, während die Stadt kirchlichen Vereinen 34 300 Mark und an Kirchen direkt 29 000 Mark Zuwendungen machte!

Das werktätige Halle haust in elenden Wohnhöhlen!

Aber die Stadt weigert sich, einen umfassenden Wohnungsbau in eigener Regie durchzuführen. Zur Linderung der Wohnungsnot hat die Stadt kein Geld!

Aber die Stadt hat für den Flugplatz Halle-Schkeuditz 2¼ Millionen ausgegeben. Für die Pädagogische Akademie stellt die Stadt sofort eine Million bereit!

Das werktätige Halle zahlt Steuern,

die im grotesken Verhältnis zu seiner Armut stehen!

Das werktätige Halle wählt am Sonntag

Liste 3!

Herrschaft des Bürgerblocks-Stadtbankumpl!

„Was wollen Sie denn, meine Herren von links? Sie haben doch bei der Stadtbank kein Geld verloren!" Diese Worte äußerte der saubere heutige Direktor der Werks-A.-G. „Demokrat" Minner, während des größten Skandals der Stadt Halle, der Stadtbank-Affäre in einer Stadtverordnetensitzung. Die 12 Millionen Mk., die in der Stadtbank, dank der „umsichtigen" Verwaltung des Stadtbankdirektors Berger und Sendels der Freunde des Herrn Rive, in der Stadtbank nicht mehr hat vorhanden waren, seien durch verschiedene „Pfandobjekte" gesichert, bis auf den „kleinen" Betrag von 7 bis 8 Millionen Mk. Rive hatte nichts dagegen einzuwenden, daß die „Pfandobjekte" höher als zum Marktpreis in Rechnung gestellt wurden, damit der Verlust nicht noch höher erscheint.

Hat die hallische werktätige Bevölkerung beim Stadtbankskandal wirklich nichts verloren? Nehmen wir an, der Verlust hätte wirklich „nur" 8 Millionen betragen, dann käme bei 200 000 Einwohnern auf den Kopf 40 Mark Defizit,

eine fünfköpfige Familie muß dann 200 Mark Schulden aufbringen und verzinsen!

Direkte Steuermittel können von den Städten nicht erhoben werden, deshalb werden die Tarife für Gas, Strom, Wasser und Straßenbahn künstlich hochgehalten und von den breiten Massen erhoben. Die großen Unternehmer werden durch billige Sondertarife befriedigt, sie sind deshalb auch gern bereit für jede Erhöhung der Tarife zu stimmen, wenn ihre Sondertarife nicht berührt werden!

Nach dem Etat 1929 lieferten die städtischen Werke im Jahre 1929 insgesamt 4 700 000 Mark als Reingewinn an die Stadt ab. Unter der Devise, die neue Werks-A.-G. müsse ausgebaut werden, wird Herr Rive bald mit weiteren Erhöhungen der Tarife aufwarten, um seine Pläne durchzuführen. Die Hauptsache ist, daß kein Kommunist in die Verwaltung der Stadt eindringt, damit seine berühmte Verwaltungstechnik nicht gestört wird. Die Schaumbürger hat er sich durch Direktor- und Aufsichtsratsposten gekauft.

Die Hauptlasten des Stadtbankskandals muß die werktätige Bevölkerung tragen!

Der Stadtbankskandal ist die Ausgeburt der Bürgerblockherrschaft! Bürgerblock und SPD. haben den Hauptverantwortlichen des Stadtbankumpfes, Herrn Rive, wiedergewählt!

Darum fort mit dem bevölkerungsfeindlichen Koalitionsblock von Rive bis Schaumburg!

Der 17. November muß ein Siegestag der kommunistischen Liste werden!

Korrumpierte SPD.-Stadtverordnete

Warum ergreift Flücht die Flucht?

Die hallische Sozialdemokratie ist nicht in der Lage, einen politischen Kampf gegen die KPD. zu führen. Deshalb verzapft sie einen Schwindel nach dem anderen über die Kommunistische Partei und ihre Führer.

Wie steht es aber mit den hallischen SPD.-Führern und Stadtverordneten? Da ist Herr Flücht, ein auf großem Fuße lebender Mensch, der die Kommunisten für den Tod nicht leiden kann. Ihm wurde vor einiger Zeit in Halle der Boden unter den Füßen zu heiß und er mußte „flüchten". Warum? Ihm wurden eine ganze Reihe Verfehlungen vorgeworfen, über die weder er, noch das „Volksblatt" bis heute geantwortet haben. Es ist also etwas an den Beschuldigungen!

Am 11. Dezember 1925 gründete Flücht in Halle einen sozialdemokratischen Korruptionsladen unter der Firma

„Gemeinnützige Beamten-Warenvertriebsgesellschaft GmbH.".

Flücht wurde als Treuhänder, die Kaufleute Hermann Baden und Hella Abramowitz als Gesellschafter ernannt. Als Stammkapital brachte Flücht 5000 Mk. mit, die er vom Allgem. Deutschen Beamtenbund, Ortsausschuß Halle, bekam. Frau Abramowitz machte eine Scheineinlage in Höhe von 17 000 Mark dadurch, daß sie ihre sämtlichen alten Ladenhüter aus ihrer Firma „Mitteldeutscher Wäschebetrieb" ins neue „Geschäft" mitbrachte und sich mit 17 000 Mark bezahlen ließ. Herr Baden lieferte die restlichen 3000 Mark. Damit der Laden noch einen richtigen Anstrich bekam, wurden die sozialdemokratischen Angestellten Alex Möller (MdL.), Konrad Schaumburg, der bisherige Vorsitzende der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, und Franz Sorgenfrei in den Aufsichtsrat berufen.

Diese Leutchen haben auf Kosten der Beamten in dem mehr als drei Jahre bestehenden Unternehmen ganz nette Geschäfte gemacht.

Besonders geschäftstüchtig erwies sich Heinz Flücht. Als Treuhänder kaufte er für sich und seine Frau bei der „Gebwa" für ungefähr 5000 Mark Ware, die er aber nicht bezahlte. Es heißt auch, daß er diese Ware, nur um Geld zu bekommen, weiterverschleuderte. Bis heute ist das Geld nicht bezahlt, da die Verwaltung nur aus sozialdemokratischen Angestellten besteht und eine Krähe der anderen kein Auge aushackt.

In der Arbeiteröffentlichkeit ist seit langem bekannt, daß Flücht sich mit den Geldern des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes ein Auto für 7000 Mark kaufte.

Dieses Auto hat Flücht auf seiner Flucht auch bei sich behalten; wo es sich jetzt befindet, ist nicht bekannt. Er hat es aber noch rechtzeitig vor der Pfändung in Sicherheit gebracht.

Das sind die sauberen SPD.-Stadtverordneten in Reinkultur!

13,40 Mark Stundenlohn

In Halle ist immer „kein Geld" da — d. h. nur, wenn Wohnungen gebaut werden oder die Erwerbslosen und Unterstützungsempfänger Wirtschaftsbeihilfen bekommen sollen. Aber für Flugplätze, Katernenfeste, Rats- und Weindielen hat der Magistrat freie Mittel zur Verfügung gehabt. Und, das dürfen wir nicht vergessen, für hohe Beamtengehälter!

Der Beamtenapparat der Stadt Halle erfordert z. B. pro Jahr 8 452 000 Mark!

Der Oberbürgermeister Rive erhält pro Jahr 42 000 Mk.
pro Monat . . 3500,— Mk.,
pro Stunde . . 13,40 Mk.

542 Angestellte erhalten pro Kopf monatlich 200 Mk.,
pro Tag . . . 6,60 Mk.,
pro Stunde . . 0,83 Mk.

Ein städtischer Arbeiter erhält monatlich 150 Mk.,
täglich . . . . 5,— Mk.,
stündlich . . . 0,63 Mk.

Ein Arbeiter erhält 63 Pfennig Stundenlohn und der Oberbürgermeister 13,40 Mark Stundenlohn. So was soll nun „Demokratie" sein!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291113-16/fragment/page=0013

Kommunistische Wählerzeitun

für das Gebiet der Stadt und des Landkreises Zeitz

Wählt Liste

Forderungen der Kommunisten in Zeitz —

Und woher das Geld für ihre Erfüllung zu nehmen ist

Wie alljährlich bei den Etatberatungen, so hat die kommunistische Fraktion auch bei der Vorbereitung des Haushaltplanes für 1928/29 eine Reihe von Einzelanträgen gestellt, die bei den verschiedenen Etats zur Beratung gekommen sind. Es handelt sich dabei natürlich nur um Anträge im Interesse der Massen der Werktätigen. Darunter z. B. folgende:

Radio fürs Krankenhaus 1000 Mark, Aufenthaltssaal fürs Krankenhaus 20 000 Mark, zur Beschaffung von Wäsche für dasselbe 2500 Mark. Für einen Aufenthaltsraum für Erwerbslose 10 000 Mark, Kinderheim 5000 Mark, für Kriegsbeschädigte 4000 Mark. Wäsche fürs Siechenhaus 5000 Mark, für Obdachlose 500 Mark, für Herbergen 200 Mark, für Krüppelpflege 1000 Mark, für die Stadtküche 8000 Mark. An Kurkosten für Fürsorgepfleglinge 10 000 Mark, für Pflegekinder 5000 Mark, Kleidung für arme Kinder 4500 Mark, Mietunterstützung für unbemittelte Mieter 60 000 Mark, fürs Jugendheim 1650 Mark, für Kinderfürsorge 6600 Mark. In den Fonds zur Verfügung für Magistrat und Stadtverordnetenversammlung für besondere Fälle 130 000 Mark, für die Arbeiter-Samariter 1500 Mark, für die Schulfachabteilung „Bau" 3000 Mark. Zur Abgeltung sozialer Lasten 35 000 Mark, für Schriften 1000 Mark, Kanal Lindenstraße 20 000 Mark und ähnliches mehr.

Diese Posten allein betragen zusammen rund 330 000 Mark, zu deren Deckung vorgeschlagen wurde, die 180 000 Mark Polizeikostenbeiträge, die Zeitz zu zahlen hat, einfach zu streichen. Die Polizei ist bekanntlich verstaatlicht, die Werktätigen von Zeitz haben sowieso kein Interesse an ihr, folglich sind die 180 000 Mark abzulehnen und einzusparen. Weiter bekommt z. B. die Oberrealschule und das Lyzeum Zuschüsse von insgesamt über 200 000 Mark. Nehmen wir also davon 150 000 Mark, so wären die 330 000 Mark gedeckt und alles würde seinen Gang weitergehen, ohne daß einem einzigen Werktätigen auch nur ein einziges Härchen gekrümmt sei.

Natürlich lehnte die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit wie immer diese kommunistischen Anträge ab. Der Etat in Zeitz wurde bisher noch immer von Bürgerlichen und Sozialdemokraten gemeinsam gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Abspeisung der Gemeindearbeiter mit Versprechungen

Versprechungen, leere Versprechungen und keine Taten

Vor rund 12 Monaten machten in Zeitz ein Briefwechsel der städtischen Arbeiter mit dem Magistrat und vorbereitete Forderungen für einen Haustarif, der evtl. im Kampfe durchgesetzt werden sollte, großes Aufsehen, nachdem der „Klassenkampf" diese Tatsache veröffentlicht hatte. Die städtischen Arbeiter wollten nicht mehr länger für den Hungerlohn bei der langen Arbeitszeit arbeiten, wie es im Tarif zwischen dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband einerseits und dem Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden andererseits festgelegt war. Die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbonzen sowie ihre Magistratsbeamten boten sofort alles auf, um die an dem Vorstoß beteiligten sozialdemokratischen Arbeiter zu beschwichtigen.

Leider gaben die Arbeiter in ihrer Gutmütigkeit nach.

Der Zeitzer Magistrat versprach, ihnen besondere Unterstützungen zuzuwenden. Sie sollten Einzelanträge stellen. Der Schluß des Ganzen war,

daß von 138 eingereichten Einzelanträgen der städtischen Arbeiter, im ganzen neun Antragsteller Unterstützungen bekamen.

Löffler bekam für diese Abwürgungsmaßnahme von dem bürgerlichen Hornberg das besondere Lob, daß er hier einmal wirklich standhaft geblieben sei; und dieser Hornberg forderte die Sozialdemokraten auf, sie sollten ihrem Oberbürgermeister doch keine Schwierigkeiten mehr machen. Die bürgerlich-„linke" Einheitsfront war wiederhergestellt. Es blieb bei den neun Anträgen, die bewilligt waren.

Diktaturgelüste Löfflers

Der Oberbürgermeister Löffler, besonders bevorzugter Vertrauensmann der SPD., erklärte anläßlich einer Beatung über die Ausgabe von Badekarten an die Erwerbslosen, wo Popper meinte, daß die Stadtverordneten anderer Meinung seien als der Magistrat:

„Ich (Löffler) gebe nichts auf die Meinung der Stadtverordneten.

Der Städtetag hat sich bereits diese Meinung gebildet, da einige Stadtverordnetenversammlungen wohl Beschlüsse fassen und ganz unbekümmert die Durchführung derselben dem Magistrat überlassen."

Seine SPD.-Leute haben dazu nichts zu sagen. Was Löffler sagt, stimmt für sie. Der einfachste Arbeiter, wenn er nur erst den geringsten Einblick in eine städtische Verwaltung bekommen hat, wird hier ohne weiteres die Frage aufwerfen, wozu denn der Magistrat sich überhaupt für notwendig betrachtet? Er ist doch selbstverständlich das ausführende Organ, die Exekutive der Stadt, so daß selbst nach der Städteordnung ihm die Ausführung überlassen bleiben muß. Löffler will also offenbar etwas anderes sagen und auch das ist sehr klar. Er will nicht ausführen überhaupt, sondern nur das, was er selber bestimmt, und nicht etwa Beschlüsse der Stadtverordneten. Dieser „linke" Sozialdemokrat pfeift auf die „Demokratie", er steuert ganz glatt auf die offene persönliche Diktatur zu.

Bürgerblockpolitik der „Link

Reiterverein Zeitz stellt einen Antrag von 100 M einen Ehrenpreis. Angenommen.

Reiterverein Zeitz stellt Antrag auf 10 Prozent ermäßigung, da der preußische Minister eine Verfügung erlaß daß Pferderennen sehr schonend behandelt werden sollen. nommen.

Bürgerliche Sängergemeinschaft erhält zur S fahrt nach Wien 200 Mark Unterstützung.

Rote Hilfe und IVH. stellen Anträge auf Unterstützung Staatskommissar der Preußischen Regierung Löffler me Anträge als unbegründet zurück.

Männerturnverein „Vater Jahn" werden 150 zur Wanderung bewilligt.

Käufmännischer Turnverein werden zur Kölner fahrt 75 Mark bewilligt.

Verkauf von Revolvern an Kriminalbeam Kommunalpolizei wurde verstaatlicht. Die früheren städtis amten stellen einen Antrag, ihnen die Feuerwaffen (Eigentu Stadt!) zu überlassen, da die Feuerwaffen des Staates zu un sind. SPD. und Bürgertum stimmen zu und verkaufen für 1 pro Stück die Revolver an die Kriminalpolizei.

In dem Wohnungsprozeß Färber-Jäger Ra Mark Kosten entstanden. Durch Amnestie wird das Urteil Färber und Lessig aufgehoben. Die Kosten des Rechtsstreits der Stadt auferlegt.

KPD. stellt den Antrag, eine der Straßen Rosa-Lu burg-Straße zu nennen. Abgelehnt. Paul Frä Bergholz und Ko. prahlen in Arbeiterversammlungen, das Vermächtnis Rosa Luxemburgs weiterführen.

All das sind Beschlüsse, die die SPD., die sogen Linke, gemeinsam mit den Bürgerlichen im Interesse Bürgerlichen gefaßt hat. Das ist aber nur ein Bruchteil.

SPD.-Demagogie auch im Kreistag entlarvt

„Radikale" Anträge der SPD., wenn Neuwahlen in Aussicht — Nichts als Stimmenfang

SPD. und Bürgerliche zeigten sich als „großzügige" Kommunalpolitiker. Stellten die Kommunisten irgendwelche Anträge im Interesse der Werktätigen, so fanden sich SPD. und Bürgerliche stets zusammen, erklärten, das sind nur Agitationsanträge und lehnten gemeinsam ab.

Anders war es plötzlich 1928. Da sollten bereits die Kommunalwahlen stattfinden. Jetzt stellte auch die SPD. Anträge. Bergholz Albert war extra als zweiter Berichterstatter des „Volksbote" im Kreistag erschienen. Am 28. August 1928 standen folgende SPD.-Anträge zur Beratung:

1. Im nächsten Etat sind weit höhere Mittel für Zuschüsse zum Kommunikationswegebau einzusetzen.
2. Der Kreisausschuß soll eine Pressestelle errichten.
3. Einführung einer großzügigen Mutterschaftsbeihilfe (à la Wien).
4. Errichtung eines Altersheims.
5. Antrag auf erhöhte Zuweisung von Hauszinssteuermitteln zum Wohnungsbau.
6. Vorlage eines Rechenschaftsberichtes über die Wahlperiode 1924/28.

Die SPD. nannte diese Anträge wohlerwogene, sachlich durchführbare im Interesse aller Kreisbewohner. Bei der nachherigen Beratung läßt Jaennecke schon den ersten Wermuttropfen fallen und erklärt, daß die Anträge wohl beraten, aber erst bei den Etatsberatungen im Frühjahr 1929 die Mittel bewilligt werden können.

Die Vertreter der KPD. erklärten darauf mit Nachdruck, das sind ja unsere Anträge, die Ihr bei den Etatsberatungen der Vorjahre gemeinsam mit den Bürgerlichen abgelehnt habt.

Nun, die Wahlen fanden nicht 1928 statt, sondern werden erst jetzt getätigt. Die SPD. hatte Gelegenheit, bei den Etatsberatungen 1929 zu ihren Anträgen auch die Mittel zu bew Aber was wurde daraus?

Man sprach von Notjahr, Sparen und allem möglichen, nicht mehr von den Anträgen.

Gehen wir nun den Etat durch und sehen nach den M welche zur „Durchführung der Anträge" bereitgestellt wurden

1. Mittel für Zuschüsse zum Kommunikationswegebau. Mark wie in allen früheren Jahren stehen im Etat. Also erhöht.
2. Pressestelle. Diese ist errichtet worden, da dieselbe nichts Vor jeder Kreistagstagung werden die Pressevertreter geladen. Der Landrat hält ihnen ein Referat über schlechte Finanzlage und sonstigen Schwierigkeiten und die Pressevertreter, dies in ihren Berichten zu berücksichti
3. Mutterschaftsfürsorge. Im Etat dieselben dürftigen M wie im Vorjahre. Also auch nicht erhöht.
4. Errichtung eines Altersheims. Ganze 1000 Mark sind diesen Zweck eingesetzt. In 100 Jahren wird bei d Methode noch kein Altersheim errichtet sein.
5. Beantragte erhöhte Zuweisung von Hauszinssteuern nicht eingetroffen. Dafür aber alle erhaltenen Hauszinssteuerhypotheken in ungünstige Zipsendorfer Flächenlung hineingesteckt. Keine Gemeinde erhielt Hauszinssteuerhypotheken.
6. Rechenschaftsbericht. Infolge der großen Böcke, die ma macht hat, hat man diesen Antrag völlig vergessen.

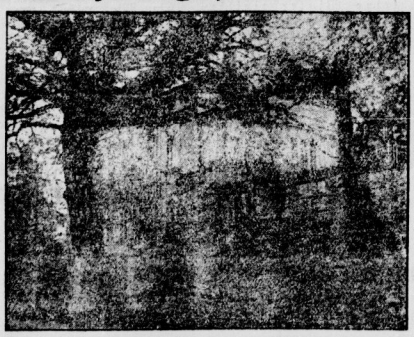
An Stelle dieser nicht durchgeführten Anträge hat man abe allen sonstigen Ecken und Enden gespart. Insbesondere am Ve fahrtsetat.

15 000 Mark, die man in früheren Jahren zur Bekämpfung der Lungentuberkulose verwandt hat, sind in diesem Jahr völlig verschwunden.

So ist der Etat 1929/30 ein Hungeretat, aber nichts an geworden!

Sozialdemokratische Wohnungspolitik

In diese Eisenbahnwagen wurden Bergarbeiter mit Hilfe der SPD.-Staatsgewalt von den Grubengewaltigen hineingesteckt, nachdem sie aus dem Betriebe und den Werkswohnungen gesogen waren. In der benachbarten Zipsendorfer Siedlung stehen 14 Wohnungen leer, weil kein Bergarbeiter die 35 bis 40 Mark Miete aufbringen kann. — Die Bewohner der Eisenbahnwagen bezahlen 230 Mark Miete im Jahr, während die Grube so einen Kasten für rund 60 Mark gekauft hat! Der Landrat dieses Kreises ist ein SPD.-Mann und bewohnt die daneben abgebildete Villa. Die vom Kreis zu tragende Verzinsung derselben erfordert 14 550 Mark pro



Jahr. Davon bezahlt der Herr Landrat 540 Mark Miete (!). Das ist SPD-Wohnungspolitik, wie sie die Massen der Werktätigen durch Steuerlasten und Gesundheitsschäden in der Praxis spüren.

Nichts ist geschehen zur Bekämpfung d Wohnungsnot

Der „Klassenkampf" hat schon vor längerer Zeit die wichti Teile des Geschäftsberichtes des Wohnungsamtes für das 1927/1928 veröffentlicht. Aus diesem Geschäftsbericht, der von Sozialdemokraten Stadtrat Jäger aufgestellt und unterzei ist, wollen wir heute nur nachstehenden Absatz als Beweis unsere Behauptung in der Ueberschrift mitteilen:

„Die Neubautätigkeit hat zwar ihren Fortgang genommen. sind im vergangenen Jahre eine ganze Reihe Neubauwohnu bezugsfertig geworden, größtenteils durch den Bauverein Zeitz stellt. Privatbauten sind fast nicht erfolgt.

Was nützen aber diese Neubauwohnungen, wenn sie nicht b Kreisen zugeführt werden können, die dringend einer Wohnu bedürfen.

Diese erstellten neuen Wohnungen werden nur solchen Famil zugeführt, die finanziell gut gestellt sind und die die den Bauherren und Genossenschaften geforderten Zuschüsse, h Mieten, Einrichtungskosten usw. tragen können. Zum größten sind dieselben als Wohnungssuchende überhaupt nicht vorgem oder kommen von auswärts."

Das sagt Jäger! Was Löffler und seine übrigen SP Trabanten dazu zu sagen haben, wird nicht viel sein oder aber ist Schwindel, wenn sie das Gegenteil behaupten, wie in d Presse und in ihren Flugblättern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019291113-16/fragment/page=0014